IHK-GESCHÄFTSBERICHT 2012

IHK
Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main

Kennzahlen 2012

	2012	2011	2010	2009	2008
Beiträge	24.115	28.141	32.508	27.735	25.942
Gebühren	3.353	3.174	3.083	3.590	3.359
Entgelte	1.934	1.712	1.897	1.846	2.246
Bestandsveränderungen	181	444	492	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	5.059	5.380	4.945	4.493	4.540
Betriebserträge T€	**34.642**	**38.851**	**42.925**	**37.664**	**36.087**
Materialaufwand	2.883	2.755	2.921	2.720	2.592
Personalaufwand	16.480	15.197	14.882	19.884	16.910
Abschreibungen	1.063	921	916	875	895
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.885	15.253	13.944	13.177	14.877
Betriebsaufwand T€	**36.311**	**34.126**	**32.663**	**36.656**	**35.274**
Investitionen T€	**937**	**672**	**499**	**431**	**301**
Mitgliederstruktur					
Mitgliedsunternehmen	97.400	101.434	83.113	86.386	89.778
davon					
ins Handelsregister eingetragene	35.237	34.671	33.070	32.794	32.738
nicht eingetragene Unternehmen	62.163	66.763	50.043	53.592	57.040
davon					
Frankfurt	60.501	63.273	50.315	52.054	54.893
Hochtaunuskreis	20.011	20.690	17.985	18.818	19.043
Main-Taunus-Kreis (ohne Hochheim)	16.888	17.471	14.813	15.514	15.842
Berufsausbildungsverträge					
Neu eingetragene Ausbildungsverträge	5.862	5.738	5.625	5.610	5.996
davon					
Kaufmännische Berufe	4.499	4.468	4.402	4.305	4.631
Technische Berufe	1.363	1.270	1.223	1.305	1.365
Bestand an Ausbildungsverträgen gesamt	14.621	14.347	14.672	15.098	15.585
Prüfungen der beruflichen Fortbildung					
Teilnehmer an Fortbildungsprüfungen	2.958	2.961	3.163	2.842	2.748
Bildungszentrum					
Kurse	265	239	226	213	221
Teilnehmer/-innen	4.087	3.768	3.562	3.560	3.642

IHK-GESCHÄFTSBERICHT

2012

Impressum

Herausgeber
IHK Frankfurt am Main, 2013

Konzept und Gestaltung
Karnath & Partner GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

Herstellung
Druck- und Verlagshaus Zarbock & Co. KG, Frankfurt am Main

Redaktion
Reinhard Fröhlich, Geschäftsführer, IHK Frankfurt am Main, Unternehmenskommunikation

Fotografie
Stefan Krutsch
Jochen Müller
Markus Goetzke
Seite 14/15: Fraport AG
Seite 16/17: mauritius images GmbH

Datenstand
April 2013

Inhalt

4 *Vorwort*

6 *IHK-Themenfelder*

8 IHK-Jahresempfang 2013
10 Mandat der Wirtschaft
12 FrauenMachtKarriere! Mehr Flexibilität in der Talentförderung wagen!
14 FrankfurtRheinMain weiterentwickeln – Wirtschaftsstandort profilieren
16 Kommunale Finanzen
18 Fachkräfte sichern und dem demografischen Wandel begegnen
20 Energie, Umwelt und Rohstoffe: Nachhaltigkeit fördern
22 Fachkräfte
24 Stadtentwicklung
26 Finanzplatz fördern und gestalten
28 Mobilität sichern und Infrastruktur ausbauen
30 Digitale Vernetzung und E-Business fördern
32 Unternehmen gründen helfen, fördern und sichern
34 Industriestandort stärken und ausbauen
36 Wettbewerb fair gestalten
38 Wissensregion ausbauen
40 Interessen der gewerblichen Wirtschaft vertreten
42 Partner für das internationale Geschäftsfeld
44 Services für die betriebliche Praxis
46 IHK-Internet – passgenau am Nutzer

48 *IHK-Gremien*

50 Präsidium
51 Organigramm
52 Ausschüsse

54 *IHK-Jahresabschluss*

56 Lagebericht
76 Bilanz
79 Anhang
96 Bestätigungsvermerk

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Jahr von Landes- und Bundestagswahl wird auch über die Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre für die Metropolregion FrankfurtRheinMain entschieden. Die Ausgangslage für den Start in die nächste Legislaturperiode wird überwiegend positiv gesehen. Das Politik-Management der vergangenen Jahre war in vielen Punkten erfolgreich. Der Ausklang der Staatsschuldenkrise, die Stabilisierung des Bankensystems in Europa, die Erholung der Wachstumskräfte in Deutschland, die hervorragende Exportbilanz als Ausweis der gelungenen Globalisierung und die hohe Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften mit entsprechend starker Beschäftigung gehören zu dieser Bilanz. Die großen Herausforderungen dieser Jahre sind politisch und gesellschaftlich gemeistert worden. Die soziale Marktwirtschaft ist gestärkt aus der Krise hervorgegangen.

Auf der anderen Seite der Bilanz zeigt es sich, mit welchem Aufwand dies erreicht wurde. Die öffentlichen Haushalte spüren auf allen Ebenen die Schuldenbremse, der Handlungsspielraum des Staates zur Sicherung der Infrastruktur ist deutlich geschrumpft. Bei der Energiepolitik hat eine Kehrtwende mit erheblichen Folgewirkungen stattgefunden. Die staatlich induzierten Stromkosten steigen mit der entsprechenden Erhöhung der Standortkosten für die Industrie und insbesondere die IT-Branche. Frankfurt, einer der Rechenzentrumsknoten Europas, könnte dies besonders stark zu spüren bekommen. Vieles wird getan, um den Fachkräftemangel zu lindern, aber bei Arbeitsmigration und Integration braucht es stärkere Impulse.

Bei der IHK Frankfurt ist ebenfalls eine Wahl vorzubereiten. Im Januar 2014 wählen die IHK-Mitgliedsunternehmen die Mitglieder der Vollversammlung. Im Laufe dieses Jahres werden die Mitglieder aufgerufen, dafür zu kandidieren. Die Vollversammlung ist das Gremium der Selbstverwaltung der Wirtschaft. Die Mitwirkung in der Vollversammlung ist sowohl eine standortpolitische Aufgabe als auch eine repräsentative Funktion, denn die Mitglieder der IHK-Vollversammlung prägen in ihrer Person das Bild der Unternehmerschaft.

Im IHK-Bezirk sind 2013 wichtige Weichen zu stellen: Der Masterplan Industrie steht zur Beratung an, die Verbindung von Wohnen und Arbeiten in der Region muss gestaltet werden, für die Sicherung der Fachkräfte müssen wir mehr erreichen, eine Überregulierung des Finanzplatzes Frankfurt muss vermieden werden.

Viele gute Gründe also, dass Sie in diesem Jahr Ihr Wahlrecht nutzen! Für die Prosperität des Wirtschaftsstandorts FrankfurtRheinMain und seiner Unternehmen ist Ihre Stimme auf jeden Fall viel wert!

Prof. Dr. Mathias Müller
Präsident

Matthias Gräßle
Hauptgeschäftsführer

IHK-THEMENFELDER
Veranstaltungen

IHK-Jahresempfang 2013
Mandat der Wirtschaft
FrauenMachtKarriere! Mehr Flexibilität in der Talentförderung wagen!
FrankfurtRheinMain weiterentwickeln – Wirtschaftsstandort profilieren
Kommunale Finanzen
Fachkräfte sichern und dem demografischen Wandel begegnen
Energie, Umwelt und Rohstoffe: Nachhaltigkeit fördern
Fachkräfte
Stadtentwicklung
Finanzplatz fördern und gestalten
Mobilität sichern und Infrastruktur ausbauen
Digitale Vernetzung und E-Business fördern
Unternehmen gründen helfen, fördern und sichern
Industriestandort stärken und ausbauen
Wettbewerb fair gestalten
Wissensregion ausbauen
Interessen der gewerblichen Wirtschaft vertreten
Partner für das internationale Geschäftsfeld
Services für die betriebliche Praxis
IHK-Internet – passgenau am Nutzer

IHK-JAHRESEMPFANG 2013

Finanzplatz und Metropolregion waren Leitmotive der Vorträge und Gespräche beim Jahresempfang der IHK Frankfurt am Main am 22. Januar 2013. „Der Finanzplatz Frankfurt ist eines unserer wertvollsten Assets", sagte Dr. Mathias Müller, Präsident der IHK Frankfurt am Main, vor rund 1.700 Gästen in der IHK Frankfurt. Erst durch das symbiotische Zusammenwirken von Finanzwirtschaft und Realwirtschaft seien die Unternehmen international wettbewerbsfähig. Der IHK-Präsident warnte vor Überregulierung, die dem Finanzplatz schade. Gefordert sei eine Rückkehr zu neuer Sachlichkeit im Umgang mit der Finanzwirtschaft. Gleichzeitig erwartet die IHK von der Finanzwirtschaft ein klares Bekenntnis zum Standort. Dazu gehöre auch ein stärkeres Engagement im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region, betonte der IHK-Präsident.

Neue Akzente setzte der IHK-Präsident beim Standortmarketing. Die Wirtschaftsorganisationen Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, Vereinigung hessischer Unternehmerverbände (VhU) und IHK Frankfurt am Main boten den politischen Vertretern des Regionalverbandes ein Mediationsverfahren zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung an. Der Regionalverband hat diese Initiative inzwischen aufgenommen und dazu einen „moderierten Dialog" begonnen.

Hauptredner des Abends war der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi. „Das dringlichste Projekt – die Finanzunion – nimmt allmählich Gestalt an", sagte der EZB-Präsident. Die Finanzunion sei der wichtigste Integrationsschritt seit dem Vertrag von Maastricht. Der EZB-Präsident ließ keinen Zweifel daran, dass die EZB im Rahmen ihres Mandats alles tue, um die Stabilität des Euro zu wahren. „Nur eine Währung, deren Zukunft nicht im Zweifel steht, kann stabil sein." Dass die EZB künftig die gemeinsame Bankenaufsicht im Euroraum übernimmt, wertete Draghi als eine weitere Würdigung Frankfurts als Finanzzentrum.

Der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier würdigte die Leistungen der IHK-Organisation. „Die IHK ist ein unverzichtbarer Partner für die Frankfurter Unternehmen und verleiht der Wirtschaft eine starke Stimme." Zu Beginn des neuen Jahres könne Hessen auf eine ausgezeichnete Bilanz 2012 blicken. „5,7 Prozent Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2012 – das ist der niedrigste Wert seit 20 Jahren. Hessens Wirtschaft brummt, und die Landesregierung wird weiterhin die politischen Rahmenbedingungen so gestalten, dass unser Wohlstand erhalten bleibt", betonte Bouffier. Ohne den hessischen Mittelstand sei dieser Erfolg nicht möglich, führte der Ministerpräsident weiter aus.

Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann dankte allen Unternehmern, die sich am Standort Frankfurt engagieren, und bekräftigte die Wirtschaft darin, auch weiterhin in Frankfurt zu investieren. Ein gemeinsames wichtiges Anliegen von OB und IHK ist die Schaffung von günstigem Wohnraum. Hierzu hat die IHK einen Runden Tisch der Wohnungswirtschaft der Region FrankfurtRheinMain angestoßen, der nun durch den Regionalverband umgesetzt wird.

Ehrensache

Mandat der Wirtschaft

Selbst entscheiden, selbst machen! So lautet das Prinzip der Selbstverwaltung der Wirtschaft im IHK-Bezirk Frankfurt. Dass dieses traditionsreiche Prinzip gut funktioniert, haben die rund 4.000 ehrenamtlich Tätigen der IHK Frankfurt am Main in 2012 wieder unter Beweis gestellt: Rund 5.700 Prüfungen von Auszubildenden aus Industrie, Handel und Dienstleistung und fast 3.000 Weiterbildungsprüfungen wurden abgenommen und im Bereich der Federführung über 100 Stellungnahmen für landesgesetzliche Vorhaben erstellt. Mit der Verabschiedung der wirtschaftspolitischen Positionen für den IHK-Bezirk Frankfurt und die IHK-Arbeitsgemeinschaft Hessen legten die 89 Mitglieder der Vollversammlung zudem den Grundstein für die wirtschaftspolitische Interessenvertretung der Kammer in 2012 gegenüber der Stadt-, Kreis- und Landespolitik.

Zudem gehörte zum Spektrum der Interessenvertretung von rund 101.000 Mitgliedern aus Industrie, Handel und Dienstleistung in 2012 insbesondere die eindringliche Forderung der IHK Frankfurt, den Gewerbesteuerhebesatz in der Stadt Frankfurt beizubehalten und nicht, wie von Teilen des Frankfurter Magistrats gefordert, weiter anzuheben. Stadtkämmerer Uwe Becker sprach sich daraufhin vor der Vollversammlung gegen die Pläne aus, den Gewerbesteuerhebesatz über die 460-Punktemarke anzuheben.

Intensiv befasste sich das Ehrenamt der IHK Frankfurt in 2012 zudem mit der Fortentwicklung der Metropolregion FrankfurtRheinMain. Dazu zählte die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete ebenso wie die Stärkung des regionalen Standortmarketings. Den politischen Vertretern des Regionalverbandes bot die IHK Frankfurt Ende 2012 gemeinsam mit den Wirtschaftsorganisationen Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main und Vereinigung hessischer Unternehmerverbände (VhU) ein Mediationsverfahren zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung an.

Seine erfolgreiche Arbeit hat das Ehrenamt darüber hinaus fortgesetzt bei der weiteren Stärkung des Industriestandorts. Konkret ging es dabei um die weiteren Schritte zur Erstellung des Masterplans Industrie. Dieser soll anhand der Bedürfnisse der Industrieunternehmen im IHK-Bezirk Frankfurt die Entwicklungsmöglichkeiten und Potenziale des Standorts für die Branche aufzeigen.

Selbst entscheiden, selbst machen – bereits dieser kleine Ausschnitt der Erfolgsbilanz 2012 zeigt, dass der Wirtschaftsstandort Frankfurt, Hochtaunus und Main-Taunus ohne das Engagement und den Gestaltungswillen des Ehrenamtes um einen wesentlichen regionalen Akteur ärmer wäre. Diese Tatsache wiegt umso mehr vor dem Hintergrund der anstehenden IHK-Wahl in 2014. Denn vom 22. Januar bis 18. Februar sind alle Mitgliedsunternehmen aufgerufen, ihre Interessenvertreter für das Parlament der Wirtschaft für die nächsten fünf Jahre zu wählen. Ausgestattet mit dem Mandat der hiesigen Wirtschaft werden diese gewählten Vertreter aus Industrie, Handel und Dienstleistung ihre Anliegen für eine weiterhin positive Entwicklung des Wirtschaftsstandorts in Frankfurt sowie in den Kreisen Hochtaunus und Main-Taunus formulieren.

FrauenMacht

Karriere®

FrauenMachtKarriere! Mehr Flexibilität in der Talentförderung wagen!

Obwohl wir uns erst am Beginn des 21. Jahrhunderts befinden, spricht man heute bereits vom „Jahrhundert der Frauen". Grund für diese These ist die Umverteilung der Kernressource aller Industrienationen - der Bildung. Besonders im Bereich der höheren Bildung wächst der Anteil der Frauen. So machen heute mehr junge Frauen als Männer Abitur, und die Studentinnen an den Unis erreichen bessere und schnellere Abschlüsse – und sie stellen mehr als die Hälfte der Studierendenschaft.

Diese Entwicklung ist historisch neu, folgenreich und gesellschaftlich dringend notwendig! Angesichts des demografischen Wandels werden weibliche Fachkräfte in der Wirtschaft dringend gebraucht. „Mehr Flexibilität bei der Talentförderung wagen" war deswegen eines der Leitmotive der Veranstaltung „FrauenMachtKarriere! 2012" in der IHK Frankfurt am Main. „Bei der Diskussion um den Fachkräftemangel wird der Fokus viel zu sehr darauf gelegt, wie neue Mitarbeiter ins Unternehmen geholt werden können. Genauso wichtig ist es aber, die Mitarbeiter im eigenen Unternehmen zu entwickeln", sagte Karen Hoyndorf, Stellvertretende Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, bei der Eröffnung der Veranstaltung „FrauenMachtKarriere!" vor fast 200 Zuhörerinnen und Zuhörern.

Ein großer Hebel liegt bei den Frauen, die nach familiären Auszeiten ins Unternehmen zurückkehren. Viele Unternehmen haben dies erkannt und mit gezielten Frauen- und Familienförderprogrammen reagiert. Bis zu den Führungsetagen hat sich diese Bewegung noch nicht überall durchgesetzt – trotz freiwilliger Selbstverpflichtung der Unternehmen und politischer Diskussion zur Frauenquote.

Personalverantwortliche in den Unternehmen wissen aber um die Notwendigkeit. Albert Reicherzer, Bereichsvorstand Group Human Resources der Commerzbank AG, sagte auf der Veranstaltung, die Bank habe in den vergangenen Jahren bemerkt, dass gemischte Teams erfolgreicher arbeiten. „Wir wissen, dass wir dank der Frauen den demografischen Wandel besser bewältigen werden. Wir sind überzeugt, dass wir aufgrund der weiblichen Kompetenzen in einer globalisierten Welt besser aufgestellt sind."

Seit 2000 führt die IHK Frankfurt am Main alle zwei Jahre die Tagung „FrauenMachtKarriere!" durch, die sich mit dem Thema Frauen in Führungspositionen beschäftigt. 2012 fand die Veranstaltung unter dem Schwerpunktthema „Weibliche Talente – Finden | Fördern | Halten" statt.

Metropolregion

FrankfurtRheinMain weiterentwickeln – Wirtschaftsstandort profilieren

Die Metropolregion FrankfurtRheinMain steht national und international im Wettbewerb der besten Wirtschaftsstandorte. Dabei muss die Region mit einem klaren Profil und einer klaren Strategie um Fachkräfte, Unternehmen und Investitionen werben. Alle Akteure in der Metropolregion sind aufgefordert, auf Basis einer konsequenten Zusammenarbeit für die Metropolregion FrankfurtRheinMain zu werben und sie weiterzuentwickeln. Die IHK Frankfurt am Main treibt die Vernetzung von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in der Metropolregion maßgeblich voran. So geschehen beim „Wettbewerb der Metropolregionen" im Mai 2012: Mehr als 20 Entscheider aus Wirtschaft und Politik diskutierten in der IHK Frankfurt am Main einen Tag lang mit rund 200 Teilnehmern über die zukünftigen Herausforderungen der Metropolregion FrankfurtRheinMain. Dabei stand auch die Neuaufstellung des Regionalverbands als einem der wichtigsten Organe für die regionale Zusammenarbeit im Mittelpunkt der Diskussion. Hintergrund: Neben dem Amtsantritt der neuen Verbandsspitze wurde im Frühjahr 2012 auch der Präsident der IHK Frankfurt am Main als beratendes Mitglied des IHK-Forum Rhein-Main in den erweiterten Vorstand des Regionalverbands berufen. Somit hat die Wirtschaft nun auch die Möglichkeit, die regionalen Akteure in einem der wichtigsten Gremien der Metropolregion FrankfurtRheinMain unmittelbar zu beraten und gemeinsam für die Region zu wirken.

Das Thema Immobilienstandort FrankfurtRheinMain und damit verbunden die Diskussion über die Wohnungssituation in der Metropolregion war ein Handlungsfeld in der zweiten Jahreshälfte 2012, dem sich die IHK Frankfurt am Main besonders gewidmet hat. So war die IHK Frankfurt am Main erstmals gemeinsam mit weiteren IHKs der Metropolregion mit einem Stand des IHK-Forums Rhein-Main bei der EXPO REAL, einer der größten Fachmessen für Immobilien und Investitionen, vertreten. Beim Immobilien-Kolloquium der IHK Frankfurt am Main wurde im November 2012 die Verfügbarkeit und Situation von Wohn- und Gewerbeflächen intensiv weiterdiskutiert.

Zur Information und Beratung von Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern in der Metropolregion veröffentlicht die IHK Frankfurt am Main zahlreiche Studien und Publikationen. Neben einem Statistikheft über die Metropolregion legt die IHK Frankfurt am Main mit der Beschäftigungs- und Konjunkturprognose für die Metropolregion, die gemeinsam mit dem IHK-Forum Rhein-Main im Herbst 2012 veröffentlicht wurde, jährlich eines der wichtigsten Konjunkturbarometer für die Metropolregion vor.

Gegen Jahresende 2012 zeichnete sich mit dem Austritt verschiedener Kommunen und Kreise aus der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region der Bedarf für eine intensive Diskussion über eine bessere Strukturierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion immer deutlicher ab. Aus Sicht der IHK Frankfurt am Main ist ein stringentes internationales Standortmarketing der Metropolregion unverzichtbar und erfordert eine offene und sachorientierte Diskussion über die Strukturen im Bereich der Wirtschaftsförderung und des Standortmarketings in FrankfurtRheinMain.

GEWERBE-
STEUER
BETTEN-
STEUER
CITY-
MAUT

Kommunale Finanzen

Die Gewerbesteuer ist die Haupteinnahmequelle der Kommunen, stellt aber – ganz besonders in Frankfurt – eine Sonderbelastung für die Gewerbebetriebe dar. Damit die Standortqualität nicht verschlechtert wird, haben sich Mitglieder des Ehren- und Hauptamtes der IHK Frankfurt am Main in ihren regelmäßigen Kontakten mit kommunalen Vertretern des IHK-Bezirks dafür stark gemacht, dass Erhöhungen des Gewerbesteuerhebesatzes vermieden sowie Senkungspotenziale geprüft werden. In diesem Zusammenhang fanden zum Beispiel Gespräche und Diskussionen mit den Frankfurter Oberbürgermeisterkandidaten, dem gewählten Oberbürgermeister Peter Feldmann, dem Frankfurter Stadtkämmerer Uwe Becker, Mitgliedern der Römerfraktionen sowie Vertretern der Gemeinden des Hoch- und Main-Taunus-Kreises statt. Kontakte bestanden auch zu städtischen Mitarbeitern, insbesondere in der Frankfurter Kämmerei, sowie zum hessischen Städte- und Gemeindebund und dem Bund der Steuerzahler Hessen.

Ein wichtiges Ergebnis dieser Bemühungen ist, dass in Frankfurt bisher eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes verhindert werden konnte. Die Stadt bemüht sich zunächst, den Haushalt durch Ausgabensenkungen zu sanieren. Sie möchte den Personalaufwand nachhaltig reduzieren, die freiwilligen Leistungen vollständig auflisten und prüfen sowie die Investitionsmaßnahmen auf das unabdingbare Maß beschränken, d. h. ausschließlich bauliche Mindeststandards verwenden, auf den Neubau des Museums der Weltkulturen verzichten sowie die Neugestaltung der Haupt- und Konstablerwache zurückstellen.

Viele Einsparmaßnahmen hat die Stadt bisher sehr vage gefasst, so dass sie weiter konkretisiert und auch noch verstärkt werden müssen.

Auch hinsichtlich einer Bettensteuer ist die Stadt Frankfurt – nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes – der Forderung der IHK Frankfurt am Main nachgekommen, diese nicht einzuführen. Außerdem hat sich die IHK Frankfurt am Main gegen die Einführung einer City-Maut ausgesprochen.

Die notwendige Sanierung der kommunalen Finanzen wird auch in Zukunft – nicht nur in Frankfurt, sondern auch in den anderen Kommunen des IHK-Bezirks – ein wichtiges Thema sein. Da die Haushaltsprobleme der Kommunen meist nicht auf der Einnahmenseite liegen, sondern auf der Ausgabenseite zu suchen sind, sollte das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts in erster Linie über die Ausgabenseite angegangen werden. Deshalb fordert die IHK Frankfurt am Main die Kommunen auf, bei ihren Konsolidierungsbemühungen alle Spielräume für Einsparungen konsequent zu nutzen. Dabei wird es unumgänglich sein, über eine generelle Senkung von Standards nachzudenken, d. h. über das, was leistbar ist und was nicht. Privatisierungsmöglichkeiten sind auszuschöpfen und die sich daraus ergebenden Erlöse zum Schuldenabbau zu nutzen. Außerdem sollten die Kommunen in konjunkturell guten Jahren mit hohen Steuereinnahmen vermehrt Schulden tilgen und Rücklagen bilden.

Fachkräfte sichern und dem demografischen Wandel begegnen

Der Fachkräftemangel stellt die Unternehmen vor immer größere Herausforderungen. Die neuesten Ergebnisse des IHK-Fachkräftemonitors zeigen, dass in Hessen bis 2015 durchschnittlich über 100.000 Fachkräfte pro Jahr fehlen werden. Politik und Unternehmen müssen deshalb frühzeitig Maßnahmen ergreifen, um Engpässen in bestimmten Branchen, Berufen und Regionen entgegenzuwirken. Die IHK Frankfurt am Main unterstützt ihre Mitgliedsunternehmen durch vielfältige Angebote bei der Bewältigung des Fachkräftemangels. Neben dem IHK-Fachkräftemonitor bietet die IHK Frankfurt am Main mit dem IHK-Demografierechner seit Frühjahr 2012 ein weiteres kostenloses Online-Tool an, um Unternehmen bei einer demografiefesten Personalplanung zu unterstützen.

Im Rahmen des zweiten Demografiekongresses des von der IHK Frankfurt am Main initiierten Demografienetzwerks FrankfurtRheinMain haben sich am 1. März 2012 rund 500 Entscheider aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu den Herausforderungen des Fachkräftemangels ausgetauscht und über Lösungsansätze insbesondere im Bereich der Integration diskutiert. Mit der Beteiligung der IHK Frankfurt am Main am Kooperationsprojekt des Landes Hessen und der Autonomen Gemeinschaft Madrid zum Austausch zur beruflichen Ausbildung wird durch die Anwerbung spanischer Fachkräfte eine weitere Stellschraube zur Linderung des Fachkräftemangels seit Herbst 2012 in Angriff genommen.

IHK zeugnis TAG

Handlungsfelder zur Linderung des Fachkräftemangels diskutierte die IHK Frankfurt am Main auch im Rahmen der Fachkräftekommission des Landes Hessen, deren Abschlussbericht im September 2012 vorgelegt wurde. Darin wird u. a. die Forderung der IHK Frankfurt am Main nach einem Ausbau der Berufs- und Studienorientierung in der Schule aufgegriffen. Damit Schulen ihren Schülern berufliche Wege aufzeigen können, hat die IHK Frankfurt am Main im vergangenen Jahr nicht nur an zahlreichen Messen, Tagen der offenen Tür und Börsen für Schüler und Eltern mitgewirkt, sondern hat auch Lehrer und Elternvertreter in einer Veranstaltung über die Chancen einer dualen Berufsausbildung informiert. Unterstützt wird dieses Angebot mit dem jährlichen IHK-Feriencamp in den Sommerferien, in dem sich 20 junge Menschen zwischen 14 und 18 Jahren praxisnah in den sogenannten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) orientieren können.

Dass junge Nachwuchskräfte hervorragende Chancen am Arbeitsmarkt haben, vermittelten verschiedene Veranstaltungen der IHK Frankfurt am Main, bei der die Vielfalt der Berufe und die Aufstiegschancen öffentlichkeitswirksam präsentiert wurden. Nach der Zeugnisübergabe beim jährlichen IHK-Zeugnistag haben die Absolventinnen und Absolventen mit Note 1 eine Auszeichnung bei der IHK-Besten-Ehrung erhalten. Sieben Prüflinge aus dem IHK-Bezirk Frankfurt am Main schafften es bis zur nationalen Besten-Ehrung der IHK-Organisation in Berlin. Den Kontakt zu diesen leistungsstarken Fachkräften will die IHK Frankfurt am Main intensivieren: So hat sie 2012 zum ersten Mal in einer feierlichen Veranstaltung den besten Absolventen ihrer Prüfungen die Unterlagen für ein mögliches Stipendium der Stiftung Begabtenförderung der Bundesregierung überreicht.

Energie

Energie, Umwelt und Rohstoffe: Nachhaltigkeit fördern

Die Zunahme umweltrechtlicher Regelungen sowie neue Herausforderungen durch die Umstellung energiepolitischer Handlungsweisen lassen bei unseren Mitgliedsunternehmen viele Fragen, insbesondere rechtlicher Natur, aufkommen. Beratungen zu umweltrechtlichen Regelungen und behördlichem Vorgehen waren deshalb auch 2012 ein Schwerpunkt der IHK-Arbeit. Die politische und mediale Präsenz steigender Rohstoff- und Energiepreise war 2012 kaum zu überhören. Auch die IHK Frankfurt am Main hat im Rahmen des Jahresthemas 2012 „Energie und Rohstoffe für morgen" das Thema aufgegriffen und in verschiedenen Veranstaltungen behandelt. Insbesondere die steigenden Rohstoffpreise sowie die fehlende Verfügbarkeit von Seltenen Erden haben 2012 die Industrieunternehmen verunsichert. Seltene Erden besitzen eine große Bedeutung für die Herstellung von Hochtechnologieprodukten. Welche Chancen und Risiken dies für große Volkswirtschaften wie denen Deutschlands und der USA birgt, war Thema des „Earth Day 2012" am 19. April 2012. Die Veranstaltung widmete sich neben geostrategischen Überlegungen zur Rohstoffsicherung den Herausforderungen zur Vermeidung von Umweltbelastungen bei der Gewinnung Seltener Erden und stellte Recyclingstrategien zur Versorgungssicherung vor. Welche Chancen ein betriebliches Recycling birgt, war Thema der Veranstaltung „Mit Recycling aus der Rohstoffklemme" am 20. November 2012. Die Veranstaltung widmete sich den Herausforderungen entstehender Rohstofflücken und stellte Recyclingstrategien zur Versorgungssicherung vor.

Die Abschlussveranstaltung „Ein Jahr Energiewende in Hessen" in der IHK Darmstadt zeigte zudem das große regionale Interesse am Thema. Auf der Abschlussveranstaltung wurde außerdem die Broschüre des IHK-Forums Rhein-Main zum Jahresthema „Energieeffizienz in Unternehmen" vorgestellt. Für den IHK-Bezirk Frankfurt am Main haben die Deutsche Bank, Infraserv Höchst und die Zarbock GmbH daher ihre Effizienzmaßnahmen vorgestellt.

Insbesondere steigende Energiekosten sowie gestiegene Anforderungen an den betrieblichen Energieeinsatz erforderten die Beratungsleistung der IHK Frankfurt am Main. Neben der Unterstützung bei der Implementierung betrieblicher Umwelt- und Energiemanagementsysteme setzt die IHK Frankfurt am Main daher Möglichkeiten zur Reduzierung des Energieeinsatzes im Betriebsablauf, Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Reduzierung von Energiekosten in den Mittelpunkt der Energie-Effizienz-Messe, die die IHK Frankfurt am Main vor einigen Jahren ins Leben gerufen hat. Von Jahr zu Jahr nimmt die Bedeutung dieses Themas zu. Die fünfte Messe im August 2012 besuchten rund 2.100 Teilnehmer, ein Plus von 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Schwerpunkte der Messe waren Energiemanagement, „Green Building" sowie energieeffiziente Sanierung von Immobilien. Die nächste EnergieEffizienz-Messe findet am 10./11. September 2013 statt.

qualifiziert!

Fachkräfte

Um den Fachkräftebedarf in den nächsten Jahren zu decken, wird auch die Nachqualifizierung immer wichtiger. Schon seit längerem stellt sich die IHK Frankfurt am Main dieser Herausforderung. Qualifizierungsbausteine sind hierfür ein probates Mittel in der Qualifizierung von An- und Ungelernten, die damit die für eine IHK-Prüfung in einem Ausbildungsberuf notwendige Berufspraxis erlangen und ggf. als „externe" Prüfungsbewerber zugelassen werden können. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit Bildungsberatern genauso wie Bildungsanbietern, Arbeitsagenturen und Jobcentern. Zur besseren Beratung von An- und Ungelernten hat die IHK Frankfurt am Main im vergangenen Jahr ein Instrument mitentwickelt, mit dem Berater und Bildungsinteressent informell erworbene Kompetenzen dokumentieren können. Zu den Voraussetzungen und zu dem Verfahren der extern absolvierten Ausbildungsprüfung hat die IHK Frankfurt im vergangenen Jahr mehrfach Schulungen für Qualifizierungs- und Arbeitsagenturberater organisiert. Mit knapp 800 Externenprüfungen jährlich ist die IHK Frankfurt am Main die zuständige Stelle in Hessen, die am meisten Angelernte qualifiziert. Der hier in Frankfurt erarbeitete Ansatz hat 2010 den Innovationspreis des Bundesinstituts für Berufsbildung erhalten. Mittlerweile ist der „Frankfurter Weg" in vielen Kommunen Hessens etabliert.

Ein weiteres Potenzial für neue Fachkräfte ist bei Migranten und Zuwanderern mit ausländischem Berufsabschluss zu sehen. Diese hatten bislang keinen Rechtsanspruch auf Bewertung ihrer Abschlüsse, die IHK Frankfurt hatte für sie und ihre oft anfragenden Arbeitgeber freiwillige Gutachten erstellt. Nicht selten spielte ein Abschluss aus dem Ausland bei der Arbeitsvermittlung überhaupt keine Rolle. Seit dem 1. April 2012 erhielten Menschen im In-, aber auch im Ausland den Rechtsanspruch auf die Bewertung ihrer Berufsabschlüsse. Gleichzeitig wurde den deutschen Industrie- und Handelskammern die Aufgabe übertragen, ausländische Abschlüsse zur Gleichwertigkeit mit inländischen IHK-Abschlüssen festzustellen. Da dies den Aufbau von Know-how über alle Berufsbildungsabschlüsse in allen Ländern der Erde bedeutet hätte, haben 77 IHKs eine zentrale Einrichtung als öffentlich-rechtlichen Zusammenschluss hierfür gegründet. Die IHK FOSA (Foreign Skills Approval) in Nürnberg hat diese Aufgabe übernommen und bescheinigt auch Antragstellern aus dem IHK-Bezirk Frankfurt am Main in einem öffentlich-rechtlichen Verfahren die vollwertige oder teilweise gleichwertige Anerkennung des Berufsbildungsabschlusses. Die zentrale Einrichtung garantiert bundeseinheitliche Qualität und Gleichbehandlung. Es hat sich bereits nach kurzer Zeit herausgestellt, dass die IHK FOSA die Industrie- und Handelskammer-Organisation als maßgeblichen Ansprechpartner für die Politik in Fragen der Gleichstellung ausländischer Abschlüsse etabliert hat. Angesichts der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland spielt die Zentralität dieser Anlaufstelle eine wichtige Rolle.

Die IHK Frankfurt hat die Umsetzung dieses neuen Gesetzes intensiv mitbegleitet. Sie führte allein neun Schulungen über die Anwendung des Gesetzes und das neue Verfahren für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Migrationsberatungsstellen und Bildungsanbieter durch. Rund 200 Interessenten ließen sich telefonisch zu den Anforderungen des Verfahrens beraten, in 15 Beratungsgesprächen überprüften IHK-Mitarbeiter, ob die Unterlagen ausreichend und aussagekräftig waren. Im November würdigte Hessens Wirtschaftsminister Rentsch die ersten hessischen Antragsteller, die eine vollwertige Anerkennung ihrer ausländischen Berufsabschlüsse erhalten haben, darunter auch ein Antragsteller aus dem IHK-Bezirk Frankfurt am Main.

Arbeiten & Wohnen

Stadtentwicklung

Die demografische Entwicklung und aktuelle Tendenzen der Stadtentwicklung stellen den IHK-Bezirk vor vielfältige Herausforderungen. Neben Räumen, die mittel- bis langfristig einen Bevölkerungsrückgang aufweisen werden und die sich den damit verbundenen Konsequenzen und Herausforderungen stellen müssen, verzeichnet der Kern der Metropolregion FrankfurtRheinMain Wachstum. Insbesondere die Stadt Frankfurt am Main ist als wachsende Metropole gefordert, die steigende Nachfrage nach Wohnflächen zu bedienen. Durch die geringen Flächenreserven sind in den vergangenen Jahren zunehmend Konfliktsituationen entstanden, die durch die unterschiedlichen Belange von Wohnen und Arbeiten, d. h. Flächenansprüche für Wohnungsbau sowie Flächenansprüche für Industrie und Gewerbe und weitere Infrastrukturen bedingt sind. Diese und weitere immobilienwirtschaftliche Themen wurden auch beim Frankfurter Immobilien-Kolloquium diskutiert, das am 20. November 2012 in den Räumen der IHK stattfand. Um die aktuellen Preisentwicklungen auf dem Wohnungs- und Gewerbemarkt im IHK-Bezirk zu veranschaulichen, sind im zurückliegenden Jahr auch wieder die Immobilienmarktberichte der Frankfurter Immobilienbörse bei der IHK Frankfurt erschienen.

Angesichts einer zunehmenden Verknappung von Wohnraum, steigender städtebaulich-funktionaler Ansprüche an Stadtquartiere sowie dem Aspekt der Öffentlichkeitsbeteiligung nehmen die Anforderungen an die Stadtentwicklung zu. Moderne Quartiere sollen für alle Generationen geeignet sein, soziale Komponenten berücksichtigen, höchsten ökologischen sowie städtebaulichen und funktionalen Ansprüchen genügen und müssen zugleich ökonomisch vertretbar sein. Inmitten Frankfurts, zwischen Bockenheim und Westend, entsteht ein neues Stadtquartier, das diesen Aspekten Rechnung tragen soll. Die Neustrukturierung des ehemaligen Universitätsgeländes ist eines der bedeutendsten Projekte der Stadtentwicklung in Frankfurt. Das bisher durch die Universität geprägte Areal soll unter dem Titel „Kulturcampus" zu einem Ort entwickelt werden, an dem man arbeiten und wohnen, Kultur gestalten und städtebauliche Vielfalt erleben kann.

Vor diesem Hintergrund begleitet die IHK Frankfurt am Main das Stadtentwicklungsprojekt „Kulturcampus Frankfurt" von Anfang an. Nach einer Auftaktveranstaltung im Jahr 2011 knüpfte die Veranstaltung „Kultur + Stadt: Internationale Erfahrungen und Perspektiven für den Kulturcampus Frankfurt" am 10. Mai 2012 thematisch an die vorausgegangenen Diskussionen an. Im Beisein von Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung wurden zu Beginn Kernfragen formuliert, auf die die Veranstaltung Antworten geben sollte: Welche Erfahrungen haben andere Städte in Deutschland und weltweit mit Prozessen der Stadtentwicklung gemacht? Was kann man aus diesen Erfahrungen lernen und auf Frankfurt übertragen? Im Dialog mit internationalen Experten wurden Standpunkte der Entwicklung für den Kulturcampus aufgezeigt und diskutiert.

In einem Fachgespräch mit Mitgliedern der Ausschüsse Bau- und Immobilienwirtschaft, Tourismus, Handel und Verkehr wurden die weiteren Planungen kritisch begleitet und die Interessen der Wirtschaft im Dialog vertreten. Die Perspektive der Unternehmen wurde im Rahmen der Planungswerkstätten durch das Ehrenamt in den Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung eingebracht.

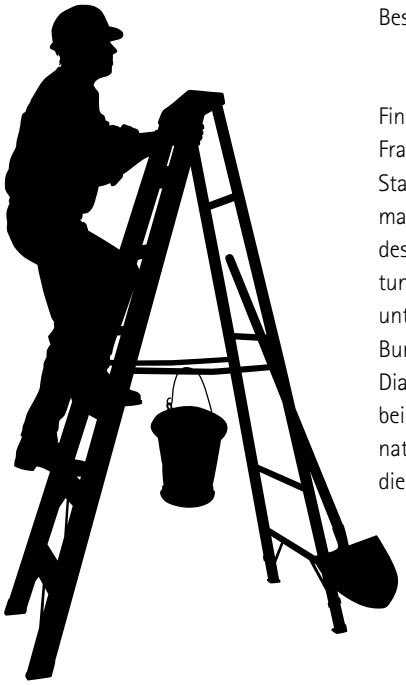
FINANZPLATZ FRANKFURT

Finanzplatz fördern und gestalten

Die Finanzindustrie steht durch umfangreiche Veränderungen des regulatorischen Umfeldes vor großen Herausforderungen. Ob Basel III, Solvency II, MiFID II, AnsFuG oder Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts – mit allen Regulierungsvorhaben setzte sich die IHK Frankfurt am Main im zurückliegenden Jahr intensiv auseinander und zeigte mögliche Konsequenzen für die Unternehmen auf. Sie appellierte an die Verantwortlichen in Politik und Aufsichtsbehörden, bei der Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte auf nationale Alleingänge zu verzichten, um Wettbewerbsverzerrungen und Regulationsarbitrage zu vermeiden.

Für die Entwicklung des Finanzplatzes Frankfurt als uneingeschränkt führendes Finanzzentrum in Deutschland ist es von fundamentaler Bedeutung, sich an der zukünftigen Gestaltung der nationalen, europäischen und internationalen Finanzarchitektur zu beteiligen. Als Regulierungsstandort Nummer eins in Europa bieten sich große Chancen für einen breiten Dialog mit der Aufsicht. Und diese Position wird die Mainmetropole aller Voraussicht nach noch ausbauen können: Denn zur EZB sowie zu den Aufsichtsbehörden EIOPA (European Insurance and Occupational Pensions Authority) und ESRB (European Systemic Risk Board) wird im Zuge der bevorstehenden Errichtung einer Bankenunion die Europäische Bankenaufsicht in Frankfurt ihre Arbeit aufnehmen. Dies eröffnet weitere Chancen, den künftigen Rechts- und Regulierungsrahmen nachhaltig mitzugestalten und die Position des Finanzplatzes Frankfurt im internationalen Wettbewerb zu stärken.

Umso unverständlicher ist es, dass im Zuge einseitiger politischer Entscheidungen die gewachsene Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt beeinträchtigt zu werden droht. Insbesondere die angedachte Finanztransaktionssteuer führt in die falsche Richtung. Wenn die Steuer nur in Teilen der EU realisiert wird, reicht ein Knopfdruck, um Finanzströme in das unbesteuerte London umzuleiten. Der Finanzplatz Frankfurt mit seinen vielen Tausend Beschäftigten hätte dann das Nachsehen.



Im Verbund mit ihren Partnern aus Medien und Politik, insbesondere als Mitglied der Finanzplatzarbeitsgruppe des Hessischen Kabinetts, sowie mit der Finanzplatzinitiative Frankfurt Main Finance arbeitet die IHK Frankfurt am Main für das gemeinsame Ziel, die Standortvorteile der Region so zu verbessern, dass daraus attraktive Alleinstellungsmerkmale im globalen Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen und Institutionen des Finanzsektors erwachsen. Diesem Ziel widmeten sich auch die zahlreichen Veranstaltungen, die die IHK Frankfurt am Main im abgelaufenen Jahr organisiert oder wesentlich unterstützt hat. Das Deutsche Wirtschaftsforum brachte wesentliche Entscheider aus Bundes- und Landespolitik sowie Unternehmen und Institutionen zu einem fundierten Dialog über Europa in Frankfurt zusammen; beim Sustainable Finance Forum, aber auch beim 5. Finanzplatztag oder beim Eurobörsentag 2012 diskutierten nationale und internationale Bankexperten über nachhaltige Geschäftsmodelle und die Anforderungen an die Bank der Zukunft.

FRANKFURTER WIRTSCHAFTSVERKEHR

Innerstädtische Funktionsträger

AN

KRITIK

A3 → Ri F
- Kurz vor Te
Geschwindigk

Platz für Be- + Entladen

Parken in der 2. Reihe

Überwachung mangelt

SVZ
Citylogistik
Anlieferhöfe
} fehlt

Halten in Knotenbereichen

Ungerechtfertigte Nutzung von Ladezonen

ÖPNV: Fahrkartenautomat sehr schwer zu verstehen

Durcheinander der Beschilderung

DB-Park
Hbf wird in
integrier

ANFORDERUNGEN

Einheitliches Beschilderungssystem für Hotels!

Leitsysteme von außen in die Stadt

Opti
Bus
(Prob

Information an/über Baustellen

positiv begleiten/Veränderung verkaufen

Führen von Touristenströmen
Bsp. Parkleitsystem

→ Einbezug von Ausweichrouten

Zur
Tage

Kommunikation der Erreichbarkeit mit Öff. Verkehrsmittel

Info ÖPNV: Orientierung + Automaten!

Tarifstruktur optimieren

Einzelhandel mit einzelnen Quartieren in Leitsystem aufnehmen

Funktion von Kommerzialisierung
→ Internet-Auskunft

Info/Gebrauchsanweisung zu Online-Ticket

POTENZIALE

Personen-Wirtschaftsverkehr

Multifunktionale Flächennutzung
- ausweiten

zeitliche Verlagerung

Güter-Wirtschaftsverke

Standortentscheidungen
→ Auswirkungen prüfen

Baustelle als temporär eingerichtete Werk betrachten

grund
Beri

Elek
Fahrp
→

[redacted]

Genehmigungen Sondernutzungsflächen

Mobilität sichern und Infrastruktur ausbauen

Das Leitbild der mobilen Gesellschaft ist nach wie vor stark durch das Auto geprägt. Die Auswirkungen machen sich insbesondere in prosperierenden Ballungsräumen bemerkbar: Das erhöhte Verkehrsaufkommen durch den motorisierten Individualverkehr belastet die Hauptverkehrsachsen – und das längst nicht mehr nur zu Spitzenzeiten. Gesellschaftliche Veränderungen, die sich unter anderem in der wieder wachsenden Bedeutung der Innenstadt als Wohnort abbilden, die Ausweitung von citynaher Betriebsansiedlung und die zunehmende Bedeutung des Versandhandels tragen ebenfalls dazu bei, dass es in der Verkehrsinfrastruktur vermehrt zu Kapazitätsengpässen kommt.

Städte wie Frankfurt am Main sind Räume mit hohen Nutzungskonkurrenzen. Sie sollen Wohnort, Freizeit- und Erholungsraum sowie Versorgungszentrum sein und darüber hinaus eine gute Erreichbarkeit bei hoher Aufenthaltsqualität aufweisen. Dabei kommt es zwangsläufig zu Zielkonflikten zwischen den Nutzergruppen, die unterschiedliche Bedürfnisse und Anforderungen an die Stadt stellen. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für die positive Entwicklung eines Standorts jedoch ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Um das wachsende Verkehrsaufkommen besser zu organisieren, sind daher konzertierte Anstrengungen von allen Verkehrsteilnehmern und -beteiligten erforderlich. Die IHK-Zukunftsklausur zum „Frankfurter Wirtschaftsverkehr" hat dafür die Initialzündung geliefert. Über 40 Experten aus unterschiedlichen Branchen- und Wirkungsbereichen waren von der IHK Frankfurt am Main eingeladen, ihre persönlichen Einschätzungen zum Frankfurter Wirtschaftsverkehr darzulegen.

Das Expertengremium analysierte zunächst die Ist-Situation, um darauf aufbauend die Potenziale für eine Verbesserung der Effizienz des Frankfurter Wirtschaftsverkehrs zu formulieren. Übereinstimmend stellten die Experten fest, dass der Innenstadtverkehr sehr stark durch die Pkw-Nutzung geprägt ist. Der große Anteil des motorisierten Individualverkehrs in Verbindung mit einem zunehmenden Zulieferverkehr und Andienungsaufkommen belastet die Straßeninfrastruktur und bringt diese in Spitzenzeiten an die Grenze der Belastbarkeit.

Projektideen und ein Maßnahmenkatalog

In der letzten Arbeitsphase leiteten die Teilnehmer aus den vertiefenden Diskussionen schließlich konkrete Projektideen und Maßnahmen ab. Zu den wichtigsten Ergebnissen zählten die Einrichtung eines IHK-Arbeitskreises Wirtschaftsverkehr, der die Aufgabe hat, sich für den Wirtschaftsverkehr der Stadt Frankfurt am Main einzusetzen und dessen Notwendigkeiten gegenüber der Politik zu formulieren. Der Arbeitskreis will eine Datenbasis schaffen, mit dem Ziel, ein professionelles Lagebild vom Wirtschaftsverkehr zu zeichnen und Aussagen zur zukünftigen Entwicklung abzuleiten. Mit der Implementierung eines Mobilitätsinformationssystems sollen die wesentlichen Daten für eine effiziente Verkehrsträgernutzung zusammengefasst werden. Und durch eine Kosten-Nutzen-Analyse sollen Mittel gefunden werden, die Ausnutzung der vorhandenen Infrastruktur zu optimieren. Die Zielsetzung dabei ist: Leerfahrten vermeiden und Synergien nutzen.

Die Ergebnisse sind in einer Publikation erschienen, die zum Download unter www.frankfurt-main.ihk.de\wirtschaftsverkehr bereitsteht.

Online-Marketing-Tag: Die Mac...

Online-Marketing-Tag: Die Macht der

www.frankfurt-main.ihk.de/presse/meldungen/2012/13048/index.html

Online-M@rketing-Tag

Digitale Vernetzung und E-Business fördern

Digital-Strategien haben sich in der heutigen Geschäftswelt zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor entwickelt. Die Entwicklungen in den sozialen Medien und der Siegeszug mobiler Endgeräte bieten Unternehmen zusätzliche Chancen, gleichzeitig entstehen aber auch neue Risiken. Wie erfolgreiche Digital-Strategien aussehen, erfuhren 450 Teilnehmer auf dem Online-Marketing-Tag am 26. Juni in der IHK Frankfurt am Main. Die Veranstaltung fand zum achten Mal statt und wird organisiert vom BIEG Hessen, der E-Business Beratungsstelle der IHKs Frankfurt am Main, Offenbach am Main, Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern und Fulda. Der nächste Online-Marketing-Tag findet am 18. Juni 2013 in der IHK Frankfurt am Main statt.

Eine notwendige Voraussetzung für den digitalen Erfolg ist Sichtbarkeit im Internet. Insbesondere gilt dies für kleine und mittlere Unternehmen, die nicht den Bekanntheitsgrad großer Marken haben. Sichtbarkeit beginnt bei Google, der größten Suchmaschine in Deutschland. Für eine gute Suchmaschinenposition ist es unerlässlich, sich mit den neuen Mechanismen von Google auseinanderzusetzen. Mit über 100 Teilnehmern fand am 17. September das BIEG-Seminar „Suchmaschinenoptimierung" statt.

Herzstück einer Digital-Strategie ist und bleibt die Unternehmenswebsite. Eine leicht zu bedienende Website, auf der sich Besucher schnell zurechtfinden und rasch bewegen können, hinterlässt einen guten Eindruck. Fehler hingegen frustrieren den Besucher, verschwenden seine Zeit und bringen Negativpunkte für Produkt und Anbieter. Auf dem BIEG-Seminar „Moderne Webseitengestaltung" informierten sich am 1. Oktober in der IHK Frankfurt am Main rund 130 Unternehmen darüber, welche Designs 2012 "state of the art" sind und wie eine intuitive Navigation aufgebaut wird.

Im Bereich Social Media hat sich XING als Business-Netzwerk fest etabliert. Rund fünf Millionen Deutsche nutzen das Netzwerk für Geschäft, Job und Karriere. Doch nur wenige schöpfen seine Möglichkeiten voll aus: Aufträge generieren, neue Mitarbeiter finden oder Kontakte pflegen. Auf dem Seminar „XING richtig nutzen" zeigte das BIEG Hessen am 28. November, wie Unternehmen XING effektiv einsetzen können.

Bereits zum vierten Mal fand in der IHK Frankfurt am Main das „Frankfurter Symposium für Digitale Infrastruktur" statt. In den Reden vor rund 300 geladenen Gästen standen die Entwicklungsmöglichkeiten durch Cloud Computing als Standortfaktor im Mittelpunkt. Frankfurt und das Rhein-Main-Gebiet sind heute einer der wichtigsten Datenumschlagplätze in Deutschland und Europa. Dr. Roland Gerschermann, Vizepräsident der IHK Frankfurt am Main, wies darauf hin, dass das wirtschaftliche Potenzial, das mit der Cloud verbunden ist, nicht an den Unternehmen und dem Standort FrankfurtRheinMain vorbeilaufen dürfe. „Technologien wie diese müssen flankiert werden durch sachgemäßes gesetzgeberisches Vorgehen, das einen vernünftigen Rahmen für das Cloud Computing setzt."

„Kreisbereisung"

Unternehmen gründen helfen, fördern und sichern

Mit ihrer breiten Angebotspalette konnte die IHK Frankfurt am Main 2012 abermals vielen angehenden und bestehenden Mitgliedsunternehmen aktuelle und handhabbare Hilfestellungen für die betriebliche Praxis vermitteln. Die IHK Frankfurt am Main war damit einmal mehr erste Adresse für Unternehmen in Fragen der betrieblichen Praxis und konnte sich erfolgreich als verlässlicher Ansprechpartner für Startups und etablierte Betriebe im IHK-Bezirk präsentieren.

Von der Existenzgründung über die Unternehmensfinanzierung, die Krisenprävention und -bewältigung bis hin zu Fragen der Unternehmensnachfolge: Das Leistungsspektrum der IHK Frankfurt am Main orientierte sich insbesondere daran, passgenaue Antworten auf die vielfältigen Fragen zu finden, die im Lebenszyklus eines Unternehmens auftreten können. Dabei ermöglichte der IHK Frankfurt am Main insbesondere die Einbindung ihres kompetenten ehrenamtlichen Branchennetzwerks aus erfahrenen Wirtschafts- und Unternehmensberatern sowie Finanzdienstleistern, ihr Serviceangebot besonders eng an den konkreten Bedürfnissen der betrieblichen Praxis auszurichten.

Neben individuellen, kostenfreien Beratungen zu Gründungsplänen, Finanzierungsvorhaben, Rechtsproblemen und Nachfolgeregelungen umfasst das Spektrum moderner Unternehmens-Services ein umfangreiches Portfolio an Musterverträgen, Checklisten und Merkblättern. In einer breiten Palette an Seminaren und Veranstaltungen konnten die Mitgliedsunternehmen sich zu für sie relevanten Themen intensiv informieren bzw. weiterbilden. Ein besonderes Highlight im Jahr 2012 war die Entwicklung der Webinarreihe „Erfolgsfaktoren im Mittelstand", bei der engagierte Vertreter des Ehrenamtes sukzessive verschiedene Aspekte solider Unternehmensführung in komprimierter Form vermitteln.

Zahlreiche gut besuchte Veranstaltungen von Praktikern für Praktiker rundeten das Leistungsspektrum ab. Der 11. Mittelstandstag FrankfurtRheinMain war mit mehr als 800 Teilnehmern erneut das zentrale Forum der Region für Erfahrungsaustausch und Wissensvermittlung rund um die Belange mittelständischer Unternehmen – ob öffentliche Fördermittel, Internationalisierungsstrategien oder Dokumentenmanagement. Die 4. Jahrestagung Personal brachte 300 Personalverantwortliche aus dem gesamten Bundesgebiet in den Räumlichkeiten der IHK Frankfurt am Main zusammen, um sich über aktuelle Herausforderungen für die betriebliche Personalarbeit – Talent-Management, Fachkräftesicherung und betriebliches Gesundheitsmanagement – auszutauschen. Und das 11. Frankfurter Symposium Compliance & Unternehmenssicherheit bot für fast 500 Unternehmer und Manager eine Fülle von Erfahrungsberichten zur Implementierung von Compliance-Management-Systemen sowie zur Verhinderung von Unternehmenskorruption.

2. Frankfurter
INDUSTRIEDIALOG

Industriestandort stärken und ausbauen

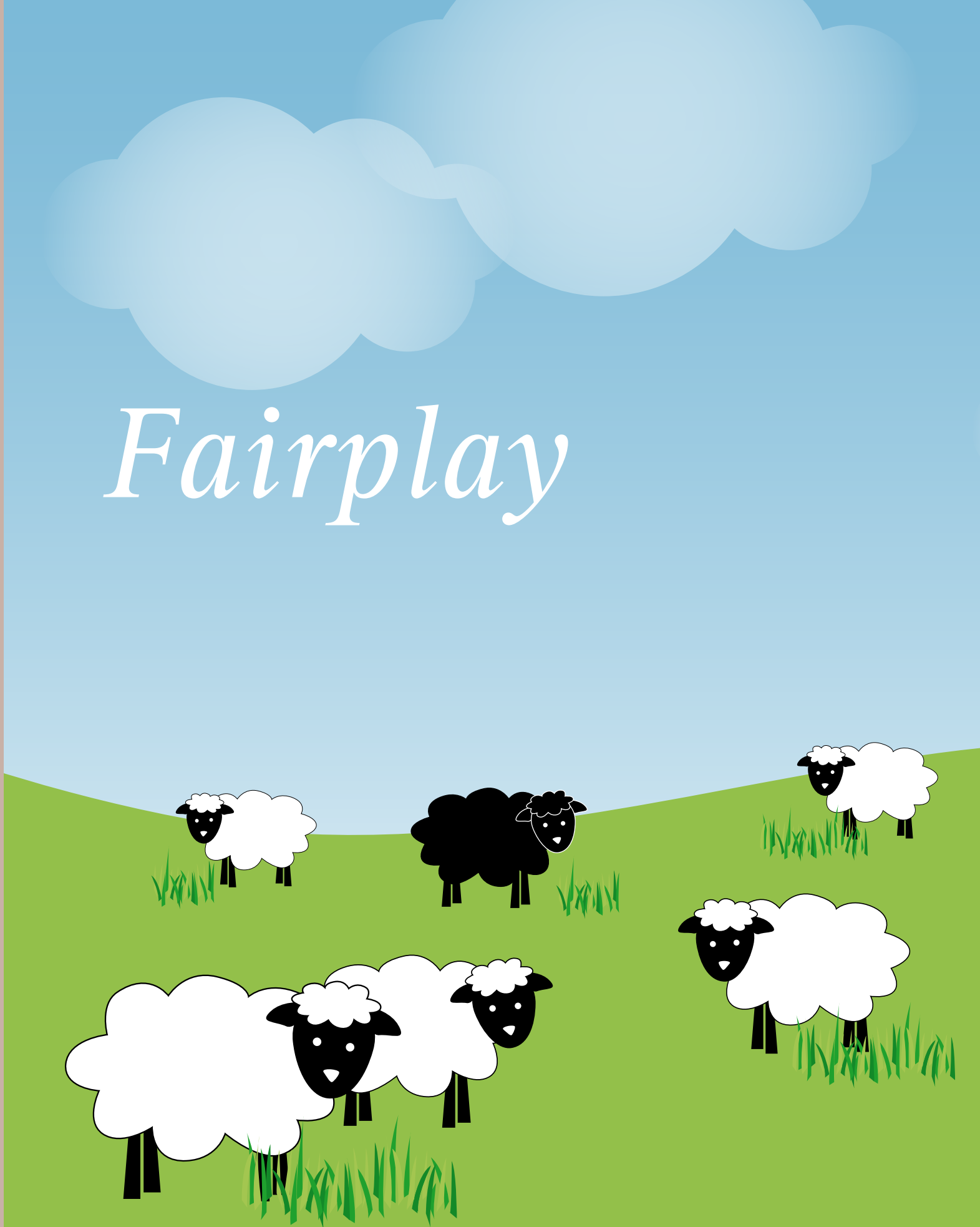
Nach wie vor ist die Industrie für den Wirtschaftsstandort FrankfurtRheinMain von zentraler Bedeutung. Immerhin sind rund 350.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe tätig, die knapp ein Viertel der regionalen Wertschöpfung erwirtschaften. Das sind mehr als doppelt so viele wie etwa im Kredit- und Versicherungsgewerbe. Die Region FrankfurtRheinMain zeichnet sich durch eine Vielzahl von Innovationstreibern und Marktführern aus, die sich als Hidden Champions auf den globalen Märkten einen Namen machen. So zählt die Region knapp 3.000 High-Tech-Unternehmen mit zahlreichen Mitarbeitern in Forschung und Entwicklung. Die industriellen Stärken der Region liegen traditionell in den Branchen Chemie, Pharma und LifeScience. Doch wurden auch in den Bereichen Automotive, Avionik und Elektrotechnik in den vergangenen Jahren beträchtliche Wachstumsraten verzeichnet. Diese Tatsachen stärker ins Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit zu bringen sowie Handlungsempfehlungen für die Landes-, Regional- und Stadtpolitik zu erarbeiten, war Ziel und Gegenstand dreier Großveranstaltungen der IHK Frankfurt am Main.

Mit der Langen Nacht der Industrie hat die IHK Frankfurt am Main gemeinsam mit den beteiligten Unternehmen erfolgreich Marketing für den Industriestandort FrankfurtRheinMain betrieben. Frankfurt ist mehr als nur ein Finanzplatz bzw. eine Logistikdrehscheibe. Der Standort ist einer der herausragenden und innovativsten Industriestandorte Deutschlands. Davon konnten sich am 12. Juni 2012 die Teilnehmer der Langen Nacht der Industrie überzeugen. Mehr als 1.100 Besucher erhielten einen Einblick in Frankfurter Industriebetriebe. Dafür öffneten 22 Unternehmen ihre Tore und präsentierten sich in 100 Minuten Schülern, Studenten und Berufstätigen und anderen Interessenten. Die Veranstaltung diente auch der Imagepflege der Industrie und machte deutlich, dass das Jahrzehnte alte Bild einer Industrie mit rußenden Schornsteinen längst überholt ist. Vielmehr ist moderne Industrie umweltschonender Problemlöser für die Herausforderungen unserer Zeit – wie demografischer Wandel und Ressourceneffizienz.

Im Rahmen des 2. Frankfurter Industriedialogs am 21. August 2012 diskutierten über 100 Vertreter aus Politik und Wirtschaft in Arbeitsgruppen über die Top-3-Themen aus Sicht der Industrie: Akzeptanz, Energiewende sowie Flächen und Logistik. Ziel der gemeinsamen Veranstaltung der IHK Frankfurt am Main mit der Infraserv Höchst GmbH war es, durch einen ergebnisorientierten Austausch ein gemeinsames Problembewusstsein für die Branche zu schaffen und Denkanstöße zu liefern, wie der Industriestandort Frankfurt zu bewahren und weiterzuentwickeln ist.

Abgerundet wurden die Aktivitäten der IHK Frankfurt am Main zur Bedeutung des Industriestandorts mit dem Frankfurter Industrieabend am 21. November 2012. Diese Veranstaltung, die gemeinsam mit dem Wirtschaftsdezernat der Stadt Frankfurt nun zum zweiten Male stattfand, dient in erster Linie der Vernetzung der Branche. So kamen rund 100 Repräsentanten von Unternehmen, Gewerkschaften, Politik und Verbänden zusammen, um sich über die Fortschritte beim Masterplan Industrie für Frankfurt am Main zu informieren und ihre Vorstellungen und Wünsche zur Verbesserung der Standortqualität zu diskutieren.

Fairplay



Wettbewerb fair gestalten

Die Abschaffung des fliegenden Gerichtsstands, keine irreführende Werbung und keine rechtsmissbräuchlichen Abmahnungen – dies sind die Eckpunkte fairen Wettbewerbs, für die sich die IHK Frankfurt am Main 2012 gegenüber dem Gesetzgeber stark gemacht hat. Diese Forderungen haben nun Eingang in verschiedene Gesetzesentwürfe gefunden.

Ob Routenplaner, Kochrezept oder Factory Outlet: Über das Internet lassen sich viele Informationen schnell und einfach per Mausklick abrufen. Häufig merkt der User nicht auf den ersten Blick, dass solche Informationsangebote – oder auch der Download von Dateien – Geld kosten, da der Hinweis auf die Kostenpflicht oft nur im Fließtext am unteren Seitenrand des Angebots oder in AGB versteckt ist.

Diese auch von der IHK Frankfurt am Main beklagte Geschäftspraxis einiger schwarzer Schafe der Branche war Anlass für den Gesetzgeber, neue Regelungen zum besseren Schutz von Verbrauchern vor Kostenfallen im Internet zu schaffen. Mit der sogenannten Button-Lösung wird solchen Geschäftspraktiken nun ein Riegel vorgeschoben. Zunächst sollten die neuen Regelungen auch auf B2B-Geschäfte ausgedehnt werden. Hiergegen hat sich die IHK-Organisation jedoch erfolgreich eingesetzt. Daher gelten die Neuerungen jetzt nur für Verträge zwischen Unternehmen und Verbrauchern.

Die Eindämmung des Adressbuchunwesens ist sogar EU-weit einen wichtigen Schritt vorangekommen. Nach einer Umfrage der Europäischen Kommission zu der Problematik, an der sich auch die IHK-Organisation beteiligt hat, arbeitet der Europäische Gesetzgeber derzeit an einer einheitlichen Lösung. Eindeutig irreführende Praktiken sollen künftig ausdrücklich verboten werden.

Wie dringend nötig eine Regelung ist, hat das hohe Aufkommen an Nachfragen von Betroffenen in 2012 gezeigt. Häufig sitzen die Unternehmen im Ausland, so dass den deutschen Institutionen die Hände gebunden sind. Durch individuelle Beratung sowie Internet-Informationen mit einer Musteranfechtungserklärung konnte die IHK Frankfurt am Main viele Unternehmen vor einem finanziellen Schaden bewahren.

Um bereits Existenzgründer vor unseriösen Adressbuchangeboten zu warnen, hat die IHK Frankfurt am Main gemeinsam mit den anderen hessischen IHKs, den Notarkammern sowie dem Deutschen Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität einen Flyer mit den wichtigsten Informationen zum Adressbuchschwindel herausgegeben. Der Flyer liegt bei den Gewerbeämtern, den IHKs sowie bei den Notaren aus.

Neben individueller Beratung hat die IHK Frankfurt am Main 2012 Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Wettbewerbsthemen angeboten. In der Veranstaltung „Gewusst wie! Werbung und der richtige Umgang mit Abmahnungen" erhielten die Teilnehmer wertvolle Tipps für rechtssichere Werbung sowie den richtigen Umgang mit Abmahnungen.

Bereits zum 13. Mal hat Prof. Dr. Thomas Hoeren das immer dichter werdende Regelwerk des Internet-Rechts spannend und anschaulich dargestellt. Viele Teilnehmer kamen zum wiederholten Male in die IHK.

Hans-Messer-Preis

ausgezeichnet

Dissertationspreis

Wissensregion ausbauen

Die moderne Wissensgesellschaft lebt vom Transfer. Doch auch im digitalen Zeitalter gelingt der Austausch von Erfahrungswissen, der aus der Zusammenarbeit von Menschen hervorgeht, am besten in räumlicher Nähe. Insofern prägen die Wissenschaftsstrukturen einer Region zugleich das lokale Innovationsgeschehen. Funktionierende Cluster stellen dabei den wichtigsten Faktor im internationalen Standortmarketing dar. Die Forschungsinfrastruktur in der Region FrankfurtRheinMain bietet beste Voraussetzungen für die Bildung von Clustern. So sind in der Region derzeit 30 Hochschulen an 37 Standorten, sechs Max-Planck-Institute, drei Fraunhofer-Institute sowie ein Helmholtz-Zentrum tätig. Darüber hinaus sind etwa 80 zum Teil weltweit tätige Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen angesiedelt. Schließlich gibt es mit dem „House of Finance", dem „House of IT", dem „House of Logistics and Mobility" sowie dem „House of Clean Energy" vier interdisziplinäre Forschungszentren.

Vor diesem Hintergrund haben wir die vom Regionalverband, der Wirtschaftsinitiative und einigen südhessischen IHKs getragene Initiative „Wissensregion FrankfurtRheinMain" bei einer Reihe von Projekten wie der Wissensbilanz und dem Wissensatlas unterstützt. Die Initiative trägt dazu bei, FrankfurtRheinMain als wichtigen deutschen Wissenschafts- und Forschungsstandort zu vermarkten und das „Wir-Gefühl" und die Identität der zahlreichen Player auf diesem Gebiet in der Region zu erhöhen. Zentrales Projekt war im vergangenen Jahr die Erarbeitung einer umfangreichen Clusterstrategie für FrankfurtRheinMain. Mit einer Erhebung von Kennzahlen (Beschäftigtenzahl, Umsatz etc.) in zwölf regionalspezifischen Branchen sowie durch Experteninterviews und Branchenworkshops wurden zunächst die wichtigen Netzwerke und Cluster der Region identifiziert und beschrieben. Im nächsten Schritt soll die Erhebung als Grundlage für Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Cluster in der Region FrankfurtRheinMain dienen.

Mit der Verleihung des Hans-Messer-Preises am 7. Februar 2012 und der Verleihung des Dissertationspreises am 12. November 2012 hat die IHK Frankfurt am Main wieder die Exzellenz der wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung an den Hochschulen gewürdigt und ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht. So konnten sich bei den beiden Veranstaltungen jeweils rund 150 Teilnehmer von der Leistungsstärke der Fachhochschule Frankfurt und der Goethe-Universität überzeugen.

Schließlich hat die IHK Frankfurt federführend für die Arbeitsgemeinschaft hessischer IHKs eine Studie zum Thema „Innovationsfinanzierung in Hessen" erarbeitet. Mit dieser Studie ist es gelungen, die hessischen IHKs nachhaltig in den Diskussionsprozess mit der Landesregierung um die Ausgestaltung der hessischen Programme monetärer Innovationsförderung einzubringen. Für die Unternehmen hat die Studie zu mehr Transparenz im Förderdschungel beigetragen.

Wirtschaft *trifft* Politik

Interessen der gewerblichen Wirtschaft vertreten

Mit Verabschiedung der „Wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation 2013" hat die IHK Frankfurt am Main im Dezember 2012 ihre maßgebliche wirtschaftspolitische Positionierung im Vorfeld der Landtags- und Bundestagswahl 2013 unter Einbeziehung aller Ausschüsse und der Vollversammlung entwickelt. Dabei werden in 29 Themenfeldern Forderungen in den verschiedensten politischen Bereichen von der Energie- über die Verkehrs- bis hin zur Bildungspolitik formuliert. Mit Bezug auf die Belange der regionalen Wirtschaft werden die wichtigsten Herausforderungen für eine wettbewerbsfähige und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik benannt und im Dialog mit den politischen Akteuren thematisiert.

Zur Interessenvertretung der Wirtschaft zählte 2012 – neben zahlreichen Gesprächen mit kommunalen und landespolitischen Vertretern und Entscheidungsgremien – insbesondere auch der Dialog mit dem 2012 neu gewählten Stadtoberhaupt Frankfurts, Oberbürgermeister Peter Feldmann. In den von ihm priorisierten Handlungsfeldern, wie zum Beispiel die Internationalität der Stadt Frankfurt am Main und deren Wohnraumsituation, informiert und berät die IHK Frankfurt am Main kommunalpolitische Entscheider im Sinne des Gesamtinteresses der gewerblichen Wirtschaft des Kammerbezirks. Daher beteiligt sich die IHK Frankfurt am Main an den Gesprächen zur Weiterentwicklung der Wohnungspolitik für Frankfurt und die Metropolregion und fördert die Neuausrichtung der Institutionen der Wirtschaftsförderung und des Standortmarketings.

Die Interessenvertretung in den regionalen Netzwerken wird durch Veranstaltungen wie das „Wirtschaft trifft Politik"-Format gefördert, das im August 2012 zum zweiten Mal in Bad Homburg stattfand. Zudem lädt die IHK Frankfurt am Main regelmäßig Gewerbevereinsvorsitzende und Wirtschaftsförderer des Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreises sowie der Stadt Frankfurt am Main zum Erfahrungsaustausch ein, um aktuelle Entwicklungen und Projekte zu diskutieren.

Darüber hinaus nimmt die IHK Frankfurt am Main Stellung zu einer Vielzahl von kommunalen und regionalen Planungen. Im vorigen Jahr wurden mehrere hundert Stellungnahmen zu Bauleitplänen, Verkehrsmaßnahmen und anderen Standort-Vorhaben der Verwaltungen der 25 Städte und Kommunen im IHK-Bezirk verfasst. Zudem nimmt die IHK Frankfurt am Main in ihrer Funktion als Federführer für einige Politikfelder innerhalb der Arbeitsgemeinschaft hessischer IHKs bei landespolitischen Vorhaben Stellung gegenüber der Landesregierung bzw. Behörden auf kommunaler und Landesebene. Diesen Stellungnahmen gehen in der Regel intensive Beratungsprozesse mit den fachlich zuständigen Ausschüssen der Vollversammlung voraus. Auf diese Weise ist die Meinungsbildung der IHK gegenüber Politik und Verwaltung durch die Abwägung mit den Vertretern der Unternehmen im Rahmen der demokratisch legitimierten Verfassung gestützt.

30. Deutsch-Brasilianische Wirtschaftstage

Partner für den internationalen Geschäftserfolg

Das internationale Geschäft erwies sich auch im Jahr 2012 als Zugpferd für die Unternehmen unserer Region. Dabei haben sich die Gewichte verschoben: Während die Nachfrage aus den europäischen Nachbarmärkten, insbesondere in Südeuropa, in Folge der Schuldenkrise merklich nachließ, konnte dies durch einen teils hohen Nachfragezuwachs auf den außereuropäischen Märkten mehr als wettgemacht werden.

Im Zentrum der globalen Wachstumsdynamik stehen dabei weiterhin die Schwellenländer. Mit ihrem Veranstaltungsprogramm trug die IHK Frankfurt am Main dem in besonderer Weise Rechnung. So war sie Gastgeberin des „Greater China Day", der jährlichen zentralen Deutschland-Veranstaltung der deutschen Auslandshandelskammern in China, Hongkong und Taiwan. Knapp 300 Unternehmensvertreter informierten sich dabei aus erster Hand über das aktuelle China-Geschäft und knüpften Kontakte. Auf Initiative der IHK fanden erstmals auch die 30. Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage in Frankfurt statt, mit rund 800 Teilnehmern aus Deutschland und Brasilien, die sich zwei Tage lang in hochkarätigen Panels, Workshops und bei zahlreichen Netzwerkgelegenheiten über die Chancen, die die größte und dynamisch wachsende Volkswirtschaft Südamerikas bietet, informieren und austauschen konnten.

Auch Auslandsmessen bieten traditionell eine gute Gelegenheit, einen neuen Markt im Ausland zu erkunden oder verstärkt zu bearbeiten. Die IHK Frankfurt bewarb und betreute in diesem Jahr die hessischen Gemeinschaftsmessestände auf der SIMTOS in Seoul/Korea, einer wichtigen Maschinen- und Werkzeugmesse für den asiatischen Raum, sowie auf der Project Qatar in Katar, der wichtigsten Bau- und Immobilienmesse für den arabischen Raum.

Der Dialog zwischen Politik und Wirtschaft ist wichtig und schafft Vertrauen, gerade über Grenzen hinweg. Für diesen Dialog ist die IHK Frankfurt am Main immer wieder gefragte Plattform. Der ungarische Ministerpräsident Victor Orban nutzt eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung in der IHK Frankfurt am Main, um vor 400 Zuhörern für die ungarische Wirtschafts- und Europapolitik zu werben.

Chancen im Auslandsgeschäft aufzeigen, fit machen für den Geschäftserfolg auf den weltweiten Märkten und Unterstützung bei der praktischen Abwicklung – das sind die Kernaufgaben der IHK. Als effektiver Partner für Fragen der Abwicklung des Auslandsgeschäfts steht die Beglaubigungsstelle der IHK Frankfurt am Main den Unternehmen zur Verfügung. So wurden nicht nur knapp 24.000 Ursprungszeugnisse und rund 18.000 Beglaubigungen ausgestellt, sondern auch fast 4.000 Einzelauskünfte zu Zollthemen und speziellen Fragen des Außenwirtschaftsrechts erteilt. Ergänzend konnten sich exportorientierte Unternehmen in einer Reihe von Veranstaltungen zu den Themen des Zoll- und Außenwirtschaftsrechts umfassend informieren.

5 Nationalitäten

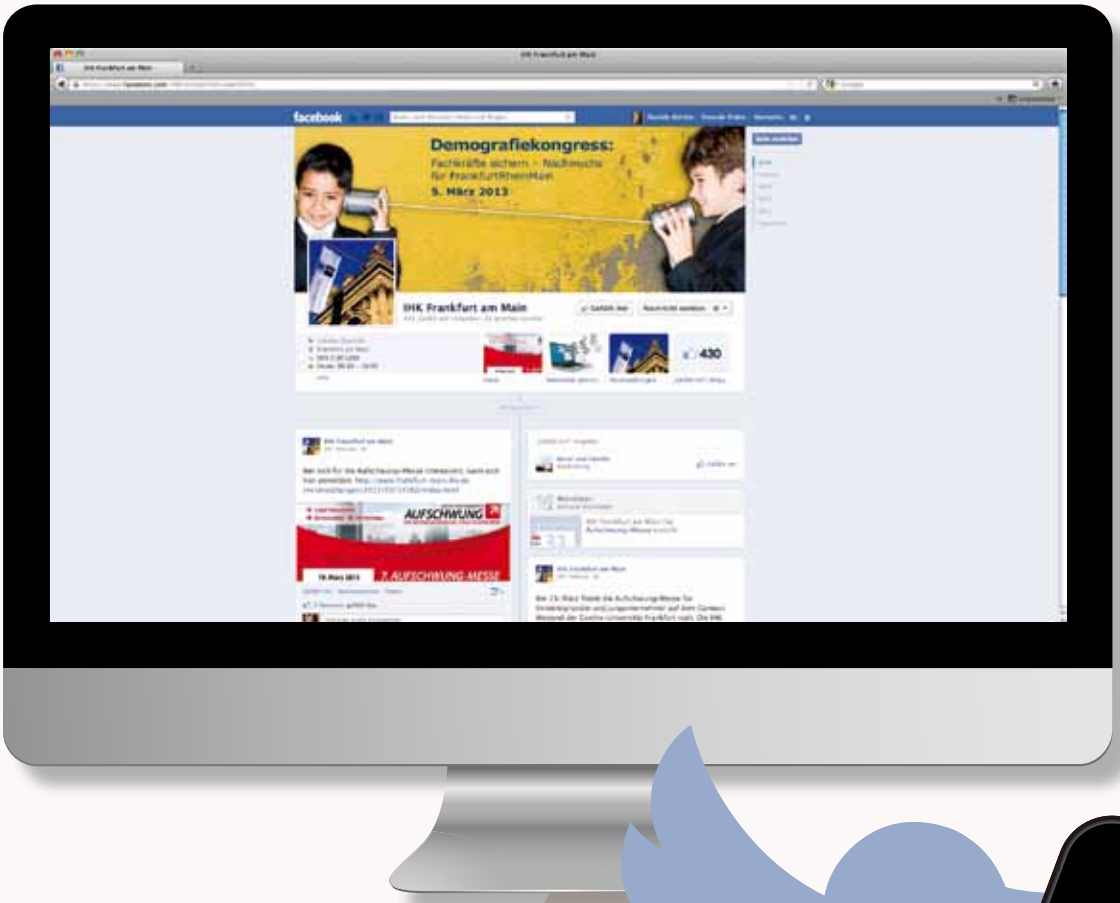
7 Sprachen

Services für die betriebliche Praxis

Seit 14 Jahren gibt es das Service-Center in der IHK Frankfurt am Main. Entstanden ist es aus der Überlegung, die Leistungen der IHK für ihre Mitgliedsunternehmen transparenter zu machen und die Kundenorientierung zu verstärken. In der Praxis hat sich das bewährt. Aus dem Informationszentrum, das mit vier Mitarbeitern an den Start ging, ist ein modernes, leistungsstarkes Service-Center geworden.

Bei der Strukturierung der Geschäftsprozesse und der Organisationsbereiche wurden diejenigen Leistungen in das Service-Center verlagert, die am häufigsten von Mitgliedsunternehmen und Kunden abgefragt werden. Nach dem Motto „Kurze Wege für den Kunden" können diese entweder direkt beraten oder bei tiefergehenden Fragen ohne Umwege an den entsprechenden Fachberater weitergeleitet werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Service-Centers haben im Jahr 2012 fast 50.000 Anrufer und fast 9.000 Besucher bedient. Dabei werden sie den hohen Anforderungen an diesem internationalen Standort gerecht. Das IHK-Service-Team setzt sich aus fünf Nationalitäten zusammen und ist in der Lage, seine Kunden in sieben Sprachen zu beraten. Passgenaue, qualifizierte Informationen und individuelle Erstberatung zu Aus- und Weiterbildung, Existenzgründung, Firmenauskünfte und Adressrecherchen für Wirtschaftskontakte gehören genauso zum Angebot wie eine zügige direkte Steuerung der Anfragen in die Geschäftsbereiche.

Das Service-Center ist das Aushängeschild der IHK. Der erste Eindruck zählt. Sichere Erreichbarkeit, Kompetenz und Freundlichkeit sind die wesentlichen Kriterien, die den optimalen Support für unsere derzeitigen und zukünftigen Mitglieder gewährleisten. Und das wird nicht dem Zufall überlassen. Um alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf ein einheitliches kundenorientiertes Verhalten einzuschwören, wurden Grundsätze im Umgang mit den Kunden entwickelt. Die Einführung von Leitfäden und Qualitätsstandards sowie ein zeitgemäßes Beschwerdemanagement gewährleisten eine kontinuierliche Kundenorientierung. Die regelmäßige, systematische Erfassung der Bedürfnisse und Erwartungen unserer Mitglieder und die Umsetzung dieser Wünsche in Dienstleistungen und Produkte ist ein langfristiges Ziel. Das Team stellt sich in regelmäßigen Abständen einer Qualitätsumfrage, um die fachliche Kompetenz und die Service-Qualität messen zu lassen und weiter zu verbessern. Die starke Nachfrage der IHK-Mitgliedsunternehmen bestätigt den eingeschlagenen Weg!



UNTERNEHMENSKOMMUNIKATION

IHK
Frankfurt am Main

IHK-Internet – passgenau am Nutzer

Verstehen durch Sehen

Bewegtbild ist im Kommen. 84 % der Internetnutzer wünschen sich mehr Informationen im Videoformat. Diesem Trend trägt auch die IHK Frankfurt Rechnung. Neben zahlreichen Videodokumentationen von Veranstaltungen und Events in der IHK gibt es nun auch eine Reihe von Erklärfilmen im Internet. „Was muss ich tun, um Taxifahrer zu werden? Welche Inhalte muss das Impressum für meinen Online-Shop haben, und was gilt überhaupt als Online-Shop?" Diese und viele andere Fragen werden nicht mehr nur im klassischen Textformat beantwortet, sondern Schritt für Schritt mit Bild und Ton erläutert.

Mobil ist mehr

Kommt bald das Ende von PC und Notebook? Die Verkaufszahlen von PCs sind schon länger rückläufig, die von Notebooks im vergangenen Jahr zum ersten Mal. Die Entwicklung scheint sich fortzusetzen. Das Internet wird künftig vornehmlich von Smartphones und Tablet-PCs aus angesteuert. Die IHK Frankfurt hat sich darauf eingestellt. Alle IHK-Internet-Informationen sind seit Beginn des Jahres passgenau für jeden mobilen Bildschirm verfügbar, sei es Smartphone oder Tablet.

Der Inhalt zählt

Die Nutzer der IHK-Website schätzen das Angebot. 8 Millionen Clicks im Jahr belegen, dass die Mitglieder hier Nützliches für ihre Geschäftssituation finden und mit der themenorientierten Struktur sehr gut zurechtkommen. Acht von zehn Nutzern finden auf Anhieb das, was sie suchen – und sind mit dem, was sie finden, hochzufrieden. „Klare Struktur, leichte Orientierung und verständliche Ausführungen der Texte" ist einer der Kommentare, die die Nutzer des IHK-Internets bei einer Umfrage zum Ende des letzten Jahres abgegeben haben.

Navigieren und finden

Dennoch: Luft nach oben gibt es immer. Mit Beginn dieses Jahres haben wir die Suchmaschine überarbeitet. Die sich an Ebay orientierende Facettennavigation ermöglicht die Einschränkung der Suche nach Themengebieten und Informationstypen (wie z. B. Downloads, Pressemeldungen, Veranstaltungen). Mit dieser Suche sollten auch diejenigen der über 2 Mio. jährlichen Nutzer unserer Website schnell zu ihren Inhalten kommen, die spezialisierte Infos aus unseren über 8.000 Internetseiten ziehen wollen.

Mitgezwitschert

Soziale Medien sind inzwischen etabliert. Die IHK Frankfurt am Main ist mittlerweile versierter Nutzer von Facebook, Twitter und Co. Neben Plattformen für Existenzgründer (XING) und Auszubildende (Zeugnistag Facebook) wurde im letzten Jahr zum ersten Mal eine Veranstaltung live mit einer Twitterwall begleitet. Über 100 Beiträge wurden während des Demografiekongresses aus den Foren gepostet. Und nicht nur das: Mehrere Dutzend neue Follower sind dabei auf unseren Twitter-Kanal gekommen. Folgen Sie uns schon auf Twitter?

IHK-GREMIEN

Präsidium

Organigramm

Ausschüsse

Präsidium **Mitglieder**

PRÄSIDENT
Prof. Dr. Mathias Müller
Inhaber
Immobilienwirtschaftliche Beratung

VIZEPRÄSIDENT
Horst Platz
Inhaber
Horst Platz Elektro-Industrie-
vertretungen e.K.

STELLVERTRETENDE PRÄSIDENTIN
Karen Hoyndorf
Geschäftsführer Personal
Compass Group Deutschland GmbH

VIZEPRÄSIDENT
Dr. Lutz Raettig
Geschäftsleiter
Morgan Stanley Bank
International Ltd.

STELLVERTRETENDER PRÄSIDENT
Prof. Dr. Wolfram Wrabetz
Vorsitzender des Vorstands
HELVETIA INTERNATIONAL
Versicherungs-AG

VIZEPRÄSIDENT
Thomas Reichert
Geschäftsführer
Haxen-Reichert Metzgerei-,
Gaststätten- und Partyservice-
Betriebsgesellschaft mbH

VIZEPRÄSIDENT
Dr. Roland Gerschermann
Geschäftsführer
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

VIZEPRÄSIDENTIN
Susanne von Verschuer
Geschäftsführerin
Internationale Spedition H. & C.
Fermont GmbH & Co. Kommandit-
gesellschaft

VIZEPRÄSIDENT
Stefan Messer
Vorsitzender der Geschäftsführung
MESSER Group GmbH

VIZEPRÄSIDENT
Prof. Dr. Martin Wentz
Geschäftsführer
Wentz Concept Projektstrategie GmbH

IHK-Organigramm Stand 22. März 2013

Präsidium

PRÄSIDENT
Prof. Dr. Mathias Müller

STELLVERTRETENDE PRÄSIDENTEN
Karen Hoyndorf, Prof. Dr. Wolfram Wrabetz

VIZEPRÄSIDENTEN
Dr. Roland Gerschermann, Stefan Messer, Horst Platz, Dr. Lutz Raettig, Thomas Reichert, Susanne von Verschuer, Prof. Dr. Martin Wentz

PRÄSIDIALBÜRO
Dorothea Gutsch, stv. Geschäftsführerin
Persönliche Referentin des Präsidenten

Hauptgeschäftsführung

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER
Matthias Gräßle

BÜRO DER ARBEITSGEMEINSCHAFT HESSISCHER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN
Astrid Bischoff

PERSONAL
Sabine Syed, Geschäftsführerin
Personal, IHK-Service-Center und Geschäftsstellen
Ausschuss: Hochtaunus/Main-Taunus

FINANZEN UND ORGANISATION
Ulla Bender, Geschäftsführerin
Finanz- und Rechnungswesen, Beitragswesen, Controlling, IT-Services, Datenmanagement
Ausschuss: Haushalt

UNTERNEHMENSKOMMUNIKATION
Reinhard Fröhlich, Geschäftsführer, Pressesprecher, Facility Management
Ausschuss: Informationswirtschaft

UNTERNEHMENSENTWICKLUNG
Dr. Tanja Engelhardt, Leiterin

Geschäftsfelder

STANDORTPOLITIK
Dr. Andreas Freundt, Geschäftsführer
Ausschüsse: Einzelhandel, Tourismus, Verkehr

WIRTSCHAFTSPOLITIK UND METROPOLENENTWICKLUNG
Dr. Ralf Geruschkat, Geschäftsführer
Ausschüsse: Bau- und Immobilienwirtschaft, Kleine und Mittlere Unternehmen

FINANZPLATZ | UNTERNEHMENSFÖRDERUNG | STARTHILFE
Dr. Matthias Schoder, Geschäftsführer
Ausschüsse: Banken, Finanzdienstleistungen, Versicherung, Wirtschafts- und Unternehmensberatung

AUS- UND WEITERBILDUNG
Dr. Brigitte Scheuerle, Geschäftsführerin
Ausschüsse: Bildungswirtschaft, Berufsbildung

INNOVATION UND UMWELT
Detlev Osterloh, Geschäftsführer
Ausschuss: Industrie

INTERNATIONAL
Dr. Jürgen Ratzinger, Geschäftsführer
Ausschüsse: Außenwirtschaft, Großhandel, Handelsvertreter

RECHT UND STEUERN
Carmen Tontsch, Geschäftsführerin
Ausschüsse: Steuern, Recht

Ausschüsse **Vorsitzende**

AUSSENWIRTSCHAFTSAUSSCHUSS
Stefan Messer
Vorsitzender der Geschäftsführung
MESSER Group GmbH

BANKENAUSSCHUSS
Dr. Lutz Raettig
Geschäftsleiter
Morgan Stanley Bank International Ltd.

AUSSCHUSS
BAU- UND IMMOBILIENWIRTSCHAFT
Prof. Dr. Mathias Müller
Inhaber
Immobilienwirtschaftliche Beratung

AUSSCHUSS BILDUNGSWIRTSCHAFT
Dr. Udo Lemke
Geschäftsführer
Provadis Partner für Bildung und
Beratung GmbH

EINZELHANDELSAUSSCHUSS
Dr. Joachim Stoll
Persönlich haftender Gesellschafter
Leder-Stoll OHG

AUSSCHUSS FINANZDIENSTLEISTUNGEN
Richard Pfefferkorn
Inhaber der Generalvertretung
Frankfurter Allianz Vers. Ges.

GROSSHANDELSAUSSCHUSS
Johannes Erhart
Persönlich haftender Gesellschafter
ERHART KG

HANDELSVERTRETERAUSSCHUSS
Horst Platz
Inhaber
Horst Platz Elektro-Industrie-
vertretungen e.K.

HAUSHALTSAUSSCHUSS
Richard Pfefferkorn
Inhaber der Generalvertretung
Frankfurter Allianz Vers. Ges.

AUSSCHUSS
HOCHTAUNUS/MAIN-TAUNUS
Horst Platz
Inhaber
Horst Platz Elektro-Industrie-
vertretungen e.K.

INDUSTRIEAUSSCHUSS
Jürgen Vormann
Vorsitzender der Geschäftsführung
Infraserv GmbH & Co. Höchst KG

AUSSCHUSS FÜR TOURISMUS
Martin Katz
Vorsitzender der Geschäftsführung
AMEROPA-REISEN GmbH

AUSSCHUSS
INFORMATIONSWIRTSCHAFT
Dr. Roland Gerschermann
Geschäftsführer
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

VERKEHRSAUSSCHUSS
Susanne von Verschuer
Geschäftsführerin
Internationale Spedition H. & C.
Fermont GmbH & Co. Kommandit-
gesellschaft

AUSSCHUSS
KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN
Antje-Imme Strack
Geschäftsführende Gesellschafterin
UFS Universal FinanzService,
unabhängige Gesellschaft mbH

VERSICHERUNGSAUSSCHUSS
Prof. Dr. Wolfram Wrabetz
Vorsitzender des Vorstands
HELVETIA INTERNATIONAL
Versicherungs-AG

RECHTSAUSSCHUSS
Dr. jur. Peter Reusch
Chefsyndikus
Helvetia Schweizerische Versicherungs-
gesellschaft AG

AUSSCHUSS WIRTSCHAFTS- UND
UNTERNEHMENSBERATUNGEN
Karen Hoyndorf
Geschäftsführer Personal
Compass Group Deutschland GmbH

STEUERAUSSCHUSS
Dr. jur. Götz Weitbrecht
Head of Tax Continental Europe
Deutsche Bank Aktiengesellschaft

IHK-JAHRESABSCHLUSS 2012

Lagebericht

Bilanz

Jahresabschluss

Bestätigungsvermerk

1. Fachkräfte sichern – Wohlstand erhalten

Die wirtschaftliche Erholung der letzten Jahre macht das Problem der Fachkräfteknappheit deutlich sichtbar. War Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten im Überfluss verfügbar, so wird diese zunehmend zum limitierenden Faktor für die volkswirtschaftliche Entwicklung und zu einer der Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft und die Politik. Ob Ingenieure, Kaufleute oder IT-Experten, in vielen Branchen, insbesondere in mittelständischen Unternehmen, fehlen gut ausgebildete Mitarbeiter, und bereits jedes dritte Unternehmen in der Region FrankfurtRheinMain hat Schwierigkeiten, Neubesetzungen innerhalb einer angemessenen Frist vorzunehmen. Darüber hinaus wird die Entwicklung zur vernetzten, hochmobilen Gesellschaft mit wissensintensiven Produkten und Dienstleistungen den Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften weiter erhöhen. Während die Nachfrage nach Fachpersonal steigt, sinkt gleichzeitig die Zahl der Erwerbspersonen. Wenn aber Fachkräfte dauerhaft fehlen, gehen neben dem Wachstum auch die Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit geringeren Qualifikationen verloren. Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass bis 2025 über 6,5 Millionen Arbeitskräfte aufgrund des demografischen Wandels weniger zur Verfügung stehen werden.

Der DIHK, die Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern, hat im Herbst 2012 im Rahmen einer Umfrage mehr als 20.000 Antworten von Unternehmen aus Industrie, Dienstleistung, Handel und Bauwirtschaft zu ihren Erfahrungen und Erwartungen ausgewertet. Demnach bleibt der Fachkräftemangel über alle Qualifikationsniveaus selbst bei konjunkturellen Schwächephasen eine Herausforderung. Dieser Mangel kann sich zukünftig als Wachstumsbremse erweisen und ein ernstes strukturelles Problem für Innovationen „Made in Germany" darstellen. Die derzeit große Stärke und die Vorteile vieler deutscher Betriebe im internationalen Wettbewerb werden bei sinkender Investitions- und Innovationstätigkeit gefährdet sein. Während mittlere und große Betriebe auf den Fachkräftemangel wegen des international standardisierten Wissensstands, insbesondere bei den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), über eine Verlagerung von Unternehmensteilen in das Ausland reagieren können, werden die Belegschaften in kleineren Betrieben mit einer Mehrbelastung und Arbeitsverdichtung konfrontiert, von der vor allem die personalintensiven Branchen der Gesundheits- und Sozialdienstleister betroffen sein werden. Mit zunehmender Knappheit der Personalressource rechnen viele Betriebe mit deutlich steigenden Arbeitskosten, die in Folge die Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen werden.

Die IHK Frankfurt unterstützt kleine und mittlere Unternehmen regelmäßig, ihren individuellen Bedarf an qualifiziertem Personal zu ermitteln, neue Wege in der Personalgewinnung im In- und Ausland zu beschreiten, vorhandene Fachkräftepotenziale zu mobilisieren und in den Arbeitsmarkt zu integrieren, fördert die Zusammenarbeit in regionalen Netzwerken aus Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften und Politik.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt auf den Handlungsfeldern Aus- und Weiterbildung, Verbesserung der Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Integration und Zuwanderung. Durch eine Erhöhung der Ausbildungsqualität und eine Verringerung der Abbrüche auf allen Bildungsniveaus, von Schule über duale Ausbildung bis hin zum Studium, kann die Zahl der Erwerbspersonen deutlich positiv beeinflusst werden. Zur Steigerung der Attraktivität der Ausbildung werden derzeit die Möglichkeiten für Auslandsaufenthalte und der Erwerb von Zusatzqualifikationen schon während der Ausbildungszeit untersucht. Da die Qualifikationsanforderungen stetig zunehmen, ist Voraussetzung hierfür eine generelle Leistungssteigerung des Bildungssystems. Frauen sind die Erwerbspersonengrup-

pe, die das höchste Potenzial bei der Fachkräfteaktivierung hat und gleichzeitig wegen der Pflege von Angehörigen in Zukunft erheblich mehr Unterstützung benötigt, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Durch Weiterbildung können bestimmte Zielgruppen wie Ältere oder Personen mit Migrationshintergrund aktiviert und deren Erwerbsfähigkeit erhalten und über qualifizierte Zuwanderung ein hoher Beitrag zur Fachkräftesicherung geleistet werden. Berechnungen zeigen, dass alleine durch die Verringerung der Abbruchquoten im Bildungsverlauf sowie die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen zusätzlich bis zu 4,5 Millionen Personen für den Arbeitsmarkt verfügbar sein könnten.

Damit Deutschland ein leistungsfähiger und attraktiver Standort bleibt, ist es notwendig, dass alle Akteure auf den verschiedenen Handlungsfeldern zur Fachkräftesicherung gleichzeitig und zügig an Lösungen und Maßnahmen arbeiten. Besonders ist hier die Politik gefordert, durch verbesserte Rahmenbedingungen einen zentralen Beitrag zur Verhinderung des Fachkräftemangels zu leisten. Denn ein geringeres Wachstum infolge eines mangelnden Angebots bedeutet nicht nur Einbußen am heutigen Wohlstand, sondern gefährdet auch die Finanzierung der umlagebasierten sozialen Sicherungssysteme.

2. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Im Laufe des Jahres schwächte sich das Wachstum der Weltwirtschaft ab und fiel besonders in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nur mäßig aus. Neben den Nachwirkungen aus dem starken Rohölpreisanstieg des Vorjahres waren hierfür vor allem globale und länderspezifische Faktoren verantwortlich. Die ungelösten Probleme der öffentlichen Haushalte in einzelnen wichtigen Industrieländern sowie geopolitische Konflikte im Nahen und Fernen Osten erhöhten die Unsicherheit bei Investoren und Konsumenten. Auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern, deren Wirtschaft unmittelbar nach der Finanzkrise kräftig expandiert war, ließ die konjunkturelle Dynamik nach. Die zahlreichen strukturellen Wirtschaftsprobleme, die in der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in den USA und den Krisenländern der Eurozone zum Ausdruck kommen, dämpften die Investitionstätigkeit und die Nachfrage.

Unter dem Einfluss der Staatsschulden- und Bankenkrisen war die wirtschaftliche Entwicklung in Europa von den notwendigen Anpassungsprozessen in einigen Ländern geprägt. Dabei droht der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten dort heftiger auszufallen und länger anzuhalten als zuvor vermutet. Die hohe Unsicherheit über den Fortgang der Krise im Euroraum veranlasste die Unternehmen, Investitionsvorhaben teilweise zu unterlassen oder zurückzustellen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt trübte sich weiter ein und zeigte in Spanien und Griechenland, wo zuletzt mehr als ein Viertel der Erwerbspersonen arbeitslos waren, ein erschreckendes Ausmaß. Die Rettungspakete der Europäischen Union und der Europäischen Zentralbank waren in diesem Zusammenhang wichtig und führten zu einer Beruhigung der Lage. In den von der Schuldenkrise besonders betroffenen Ländern sind zudem Anzeichen für Anpassungsfortschritte spürbar. Die Leistungsbilanzdefizite verringerten sich, und die Anpassung der Kostenstrukturen kam in Gang. Voraussetzung für eine dauerhafte Stabilisierung und merkliche Erholung der Wirtschaftslage ist allerdings, dass sich die Krisen nicht erneut verschärfen und die Konsolidierungs- und Reformanstrengungen weiter anhalten.

Nach einem dynamischen Start in 2012 haben sich im Jahresverlauf die konjunkturellen Perspektiven in Deutschland zwar eingetrübt, aber die Wirtschaft zeigte sich, trotz der Belastungen durch die schweren Anpassungsrezessionen in Europa und die sich aus der Schuldenkrise ergebenden Unwägbarkeiten, im europäischen Vergleich in einem stabilen Zustand. Da die deutschen Unternehmen auf allen wichtigen

Märkten präsent sind, waren die Exporte wieder der Wachstumstreiber. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts liegt voraussichtlich bei 0,7 Prozent. Laut der Herbst-Umfrage des DIHKs stuften beinahe neun von zehn Unternehmen ihre Geschäftslage als gut oder befriedigend ein. Die Zunahme der Verbraucherpreise verlangsamte sich, und mit Preissteigerungen von durchschnittlich zwei Prozent näherte sich die Inflationsrate den Zielvorgaben der Europäischen Zentralbank. Weder Unternehmen noch Haushalte haben in besorgniserregendem Maß Schulden angehäuft, und der Staatshaushalt ist nahezu ausgeglichen. Aus dieser soliden Konjunkturentwicklung resultierte ein stabiler Arbeitsmarkt. Im Jahresdurchschnitt war im Vergleich zum Vorjahr deutschlandweit ein Rückgang der Arbeitslosenquote von 7,1 auf 6,8 Prozent zu verzeichnen. Die Zahl der Erwerbstätigen konnte um 422.000 auf rund 41,6 Millionen Personen gesteigert werden. Damit wurde das sechste Jahr in Folge ein neuer Höchststand bei den Beschäftigtenzahlen erreicht.

Auch die Wirtschaft in Hessen entwickelte sich wieder positiv, konnte sich aber auch den Auswirkungen der schwachen Konjunktur in Europa im Jahresverlauf immer weniger entziehen und verlor zum Jahresende spürbar an Dynamik. Nach den bisherigen Berechnungen dürfte das Bruttoinlandsprodukt in 2012 um 1,0 Prozent, und damit wieder über dem Bundesdurchschnitt, gestiegen sein. Die Industrienachfrage sank im dritten Quartal, genauso wie die Umsätze im Einzelhandel und mit ausländischen Geschäftspartnern. Das hessische Bauhauptgewerbe blieb eine Stütze der Konjunktur. Niedrige Zinsen und die anhaltende Finanzkrise führten zu einer Flucht in Immobilien und begünstigten nicht nur den Wohnungsbau, sondern auch den gewerblichen und industriellen Bau. Insgesamt verringerte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vorjahr um rund zwei Prozent. In Folge der konjunkturellen Abschwächung stieg die Arbeitslosenquote zum Jahresende geringfügig um 0,1 auf 5,5 Prozent.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen im IHK-Bezirk Frankfurt verlangsamte sich ab der zweiten Jahreshälfte merklich. Der IHK-Geschäftsklimaindikator, dem eine regelmäßige Befragung von 2.600 Unternehmen zugrunde liegt, fiel im Jahresverlauf um acht Punkte, lag damit aber im langfristigen Durchschnitt nach wie vor auf einem guten Niveau. Die Bauwirtschaft behauptete sich als einzige Branche gegen den Trend sinkender Erwartungen und profitierte von der Suche nach beständigen Wertanlagen in unsicheren Zeiten. Immer noch berichteten fast 90 Prozent der Unternehmen von einer guten oder stabilen Geschäftslage. Mehr als ein Fünftel der Unternehmen rechnete für die nächsten Monate bereits mit einer besseren Entwicklung der Geschäfte. Auch die Exportbranche blickte hinsichtlich der weiter zunehmenden Bedeutung der Schwellenländer als Absatzmärkte und der soliden Nachfrage aus den USA, Brasilien, Teilen Asiens und Chinas wieder positiver in die Zukunft.

Der Fachkräftebedarf, fehlender Berufsnachwuchs sowie Produktionseinschränkungen wegen fehlender Arbeitskräfte waren auch in 2012 die drängenden Themen. Unter diesen Bedingungen entwickelte sich der Arbeitsmarkt im Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreis sowie in der Stadt Frankfurt positiv. Mit rund 35.000 arbeitslos gemeldeten Personen erfasste die Statistik im Jahresdurchschnitt fast 500 Arbeitslose weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich auf 6,0 Prozent. In den beiden Landkreisen lag die Quote mit 3,8 Prozent im Hochtaunuskreis auf Vorjahresniveau und mit 4,2 Prozent im Main-Taunus-Kreis geringfügig über der des Vorjahres, aber immer noch deutlich unter der in Frankfurt am Main. Dass die Arbeitslosenquote nicht stärker zurückging, ist dem Umstand geschuldet, dass es für viele Unternehmen immer schwerer wird, offene Stellen adäquat zu besetzen. Losgelöst vom zukünftigen Wachstumstempo werden die Unternehmen im IHK-Bezirk Frankfurt allein wegen der demografischen Entwicklung verstärkt Fachkräfte suchen. Der Diskrepanz zwischen Arbeitskräfteangebot und

-nachfrage können die Unternehmen nur durch nachhaltigere Maßnahmen der Personalrekrutierung, der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, einer familienfreundlichen Personalpolitik und der Qualifizierung von Beschäftigten begegnen.

3. Leistungsschwerpunkte und wesentliche Projekte

In der regionalpolitischen Zusammenarbeit am Wirtschaftsstandort FrankfurtRheinMain intensivierten die Mitglieder von Präsidium und Hauptgeschäftsführung ihre Anstrengungen, die Metropolregion zu einem noch kraftvolleren Wirtschaftsraum in Hessen zu entwickeln. Die festgelegten Handlungsfelder und Themen sehen hierfür eine besonders starke Vernetzung und Kooperation zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung vor. Um den vielfältigen Anforderungen der wachsenden Region gerecht zu werden, ist die enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit allen Akteuren, insbesondere der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, dem Regionalverband FrankfurtRheinMain, dem IHK-Forum Rhein-Main und der Wirtschaftsförderung der Stadt Frankfurt erforderlich. In den einzelnen Geschäftsbereichen stehen insbesondere die Sicherung des Fachkräfteangebots, die Energie- und Rohstoffversorgung und die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen im Mittelpunkt der Aktivitäten.

Ausbildungssituation zum 31. Dezember 2012

Die Situation für die Bewerber auf dem Ausbildungsmarkt war in 2012 weiterhin attraktiv. Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und unterstützt durch die stabile konjunkturelle Lage haben viele Unternehmen ihr Ausbildungsangebot erhöht. Gleichzeitig stieg die Zahl der Bewerber – auch als Folge doppelter Abiturjahrgänge. Dadurch konnte der demografische Effekt in diesem Jahr gedämpft werden. Nach der Statistik der Arbeitsagentur Frankfurt standen rechnerisch jedem unversorgten Bewerber immer noch 4,4 unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber. Die Vertragszahlen der Mitgliedsunternehmen im IHK-Bezirk Frankfurt konnten im Vorjahresvergleich einen Zuwachs von 1,7 Prozent ausweisen, während in Hessen ein Rückgang der Ausbildungsverträge von 1,9 Prozent und im gesamten Bundesgebiet von 1,7 Prozent zu verzeichnen war. Die IHK-Unternehmen in Hessen blieben nach wie vor die größten Anbieter der dualen Ausbildung und stellten wie bisher rund 60 Prozent aller Ausbildungsverhältnisse mit 150 anerkannten Ausbildungsberufen in den Bereichen Industrie, Handel und Dienstleistung.

Die vom Berufsbildungsgesetz geforderte jährliche Meldung der Ausbildungsverträge zum 31. Dezember weist für die IHK Frankfurt insgesamt 5.862 neu eingetragene Ausbildungsverhältnisse aus. Damit stiegen die Ausbildungszahlen auf den höchsten Stand seit der Wirtschaftskrise 2008. Nach jahrelangen Rückgängen im industriell-technischen Bereich konnte die Steigerungsrate von 5,0 Prozent aus dem Vorjahr nochmals mit einem Zuwachs um 6,7 Prozent auf 1.363 Verträge übertroffen werden. Hiervon profitierten insbesondere die Berufe der Elektrotechnik- und Chemiebranche. Die kaufmännischen und kaufmännisch verwandten Berufe stellten mit 76,8 Prozent immer noch den Hauptanteil der Ausbildungsplätze, allerdings stieg die Zahl der Neueintragungen nur um 0,7 Prozent auf 4.499 Verträge. Im Rahmen des fortgeführten Ausbildungspaktes konnten im vergangenen Jahr 566 zusätzliche Ausbildungsplätze, 323 neue Ausbildungsbetriebe und 183 Plätze für Einstiegsqualifizierungen (EQ) eingeworben werden.

Bei den Abschlussprüfungen der IHK Frankfurt legten von den rund 5.700 angetretenen Auszubildenden aus 120 Berufen 5.200 erfolgreich ihre Prüfung ab. Von diesen erhielten 270 angehende Fachkräfte die Abschlussnote „sehr gut", und sieben Auszubildende wurden als Bundessieger in verschiedenen Berufen in Berlin geehrt.

Trotz dieser guten Quote ist es weiterhin erforderlich, dass die Projekte der IHK Frankfurt und ihrer Kooperationspartner zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern intensiviert und gleichzeitig neue Strategien gefunden werden, um dem Frankfurter Bewerbermangel entgegenzuwirken. Langfristig gefährdet die mangelnde Ausbildungsreife den notwendigen Nachwuchs von Fachkräften für die Wirtschaft in der Metropolregion. Während sich für die schwächeren Jugendlichen der direkte Einstieg in die Ausbildung nach wie vor als schwierig gestaltet, steigen die Zahlen der studienberechtigten Schulabgänger weiter an. In einem von der IHK Frankfurt begleiteten Projekt an Frankfurter Realschulen ging nur ein Viertel der Abgänger direkt in die duale Berufsausbildung über, obwohl gut ausgebildete Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zukünftig, mehr noch als akademische Kräfte, fehlen werden. Damit der drohende Mangel nicht zum Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung wird, unterstützt die IHK Frankfurt die Fachkräftekommission der hessischen Landesregierung bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Bewältigung der Fachkräftelücke. Außerdem werden die hessischen IHKs weiter nachdrücklich dafür werben, dass Umwege der Schulabgänger über Berufsfachschulen und Fachoberschulen keine Alternative zum direkten Einstieg in die berufliche Ausbildung darstellen.

Besondere Unterstützung benötigen aber die Schulabgänger, die keinen direkten Zugang in die betriebliche Ausbildung finden. Zwar hat sich die Zahl dieser Jugendlichen, die in eine Vielzahl unterschiedlichster Maßnahmen übergangsweise eingetreten sind, bundesweit auf rund 300.000 Personen deutlich verringert, allerdings ist festzustellen, dass optimale Übergänge in eine Ausbildung und anschließende Festeinstellung nur dann möglich sind, wenn die Angebote und deren Wirksamkeit transparent und effizient gestaltet werden. Die IHK Frankfurt hat deswegen ihr Engagement bei der hessenweiten Strategie „OLoV - Qualitätsstandards zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit" ausgebaut und arbeitet in Frankfurt, Bad Homburg und Hofheim intensiv mit den Akteuren auf dem Ausbildungsmarkt an der Förderung der Ausbildungsreife, der Unterstützung bei der Berufsauswahl, der Akquise und Vermittlung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen, der Einbeziehung der Erziehungsberechtigten in diese Prozesse sowie an geeigneten Maßnahmen zur Qualifizierung der schulischen Fachkräfte im Bereich der Berufsorientierung. Ab der 7. Klasse wird für alle Schülerinnen und Schüler mindestens jährlich eine regionale Berufsorientierungsveranstaltung und spätestens in der Vorabgangsklasse ein professionelles Bewerbungstraining durchgeführt. Bei fehlender Berufseignung werden notwendige Fördermaßnahmen angeboten. Dabei kann die IHK Frankfurt auf das bereits eingeführte IHK-Feriencamp „Berufsorientierung für MINT-Berufe" zurückgreifen. Über die Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs thematisiert die IHK Frankfurt ausdrücklich die Notwendigkeit einer Reform der vollzeitschulischen Angebote in den Beruflichen Schulen, die die Attraktivität der dualen Ausbildung für die Schülerinnen und Schüler nach dem allgemeinbildenden Schulabschluss erwiesenermaßen verringern.

Die Entwicklungen zeigen, dass es immer wichtiger wird, Bewerber und Betriebe passgenau zusammenzuführen. Erstmals haben alle IHKs in Deutschland deswegen mit einer gemeinsamen Lehrstellenbörse den Unternehmen die Möglichkeit gegeben, Ausbildungsplätze im Internet bundesweit kostenfrei zu annoncieren, um so die Chancen der Kontaktanbahnung zu erhöhen. Bewerber wiederum finden viele berufsspezifische Informationen. Mit der IHK-Ausbildungsbörse kann die Suche nach dem passenden Auszubildenden noch effizienter gestaltet werden, da nicht nur Stellenangebote veröffentlicht werden, sondern auch gezielt nach passenden Bewerbern gesucht werden kann. Die bundesweite Börse weist die Angebote aus dem IHK-Bezirk Frankfurt regelmäßig unter den Top 3 aller Inserate aus.

Auch in 2013 ist erneut mit einem Überhang an betrieblichen Ausbildungsplätzen zu rechnen. Deshalb wird das Team der Ausbildungsberater der IHK Frankfurt seinen Einsatz verstärken und neue Wege

gehen. Bisher besuchen diese Mitarbeiter regelmäßig die Unternehmen und sprechen mit der Unternehmensleitung, den Ausbildern sowie den Auszubildenden. Sie beraten die Betriebe, die erstmalig ausbilden wollen, über die Voraussetzungen und die Durchführung der Berufsausbildung und helfen dabei, Auszubildende einzustellen. Darüber hinaus führen sie Informationsveranstaltungen über neue Ausbildungsberufe für Unternehmen, Berufsschulen, Berufsberater des Arbeitsamtes sowie für Lehrer und Schüler allgemeinbildender Schulen durch. Sie beraten überbetriebliche Ausbildungsstätten, koordinieren die Verbundausbildung, erstellen Ausbildungspläne und informieren über die Förderung von Ausbildungsplätzen. Zum ersten Mal werden sie, um die Vermittlungsarbeit zu verbessern und auch um Abiturienten für die Option der dualen Ausbildung anzusprechen, ein IHK-Speed-Dating für Unternehmen und Interessenten anbieten, deren Ausbildungsplätze zu diesem Zeitpunkt noch unbesetzt sind. Außerdem wird erstmals ein IHK-Azubi-Recruiting-Tag durchgeführt. Personal- und Ausbildungsleiter der Unternehmen haben dann die Möglichkeit, ihre bisherigen Bewerbungsverfahren auf den Prüfstand zu stellen und neue Formen der Ansprache und neue Wege der Personalakquise kennenzulernen.

Der dualen Berufsausbildung in Deutschland kommt eine bedeutende Schlüsselrolle nicht nur bei der Fachkräftesicherung, sondern auch bei dem Thema der Jugendarbeitslosigkeit zu. Nirgendwo in Europa ist die Jugendarbeitslosigkeit so gering wie in Deutschland. Deswegen versuchen verschiedene Länder wie Spanien, Italien, Griechenland und Portugal unter dem Stichwort „Bildungsexport" Bausteine des deutschen Ausbildungssystems zu übernehmen. Erfolgsgaranten sind dabei die hohe Praxisorientierung durch das Lernen im Betrieb. Darüber hinaus hat sich die IHK Frankfurt im letzten Jahr im Rahmen der internationalen Fachkräfteanwerbung aktiv in einem gemeinsamen Projekt von Landesregierung und Wirtschaftsorganisationen engagiert, um Fachkräfte aus der derzeit konjunkturschwachen Region Madrid für Arbeitsplätze in der Metropolregion FrankfurtRheinMain zu gewinnen. Hierfür hatte die IHK Frankfurt im Vorfeld einer Delegationsreise nach Madrid Unternehmen identifiziert, die bereit sind, vorzugsweise spanische Fachkräfte einzustellen.

Förderung der Aus- und Weiterbildung

Deutschland verfügt derzeit über einen bemerkenswert robusten und dynamischen Arbeitsmarkt. Jährlich werden über fünf Millionen Stellen erfolgreich neu besetzt. Zugleich können aber fast eine Million Stellen mangels geeigneter Bewerberinnen und Bewerber nicht besetzt werden – mit allen wirtschaftlichen Folgen. Die Aktualisierung des IHK-Fachkräftemonitors, eines gemeinsamen Projekts der IHKs Darmstadt und Frankfurt, macht eindrücklich sichtbar, dass in naher Zukunft nicht nur die hochqualifizierten Akademiker rar werden, sondern insbesondere die nichtakademischen Fachkräfte mit Berufsausbildung. Die Berechnungen zeigen, dass in den nächsten Jahren in Hessen jährlich durchschnittlich mehr als 150.000 Fachkräfte fehlen werden – allein 80.000 im IHK-Bezirk Frankfurt. Davon werden insbesondere die sogenannten MINT-Berufe, aber auch Fach- und Betriebswirte, spezialisierte Kaufleute sowie Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich betroffen sein.

Qualifizierung ist der Schlüssel, um Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung in Arbeit zu bringen. Dabei sind Qualifizierungsbausteine ein erprobtes sowie erfolgreiches Mittel. Mit knapp 800 Externenprüfungen jährlich ist die IHK Frankfurt die zuständige Stelle in Hessen und qualifiziert die meisten An- und Ungelernten für den Arbeitsmarkt. Der für eine IHK-Prüfung notwendige Nachweis der Fähigkeiten und der beruflichen Erfahrung kann über diese Bausteine erworben werden und ermöglicht eine Zulassung der Bewerber zur Prüfung. Zu den Voraussetzungen und dem Verfahren dieser speziellen Ausbildungsprüfungen hat die IHK Frankfurt im vergangenen Jahr mehrfach Schulungen organisiert, um die notwendige enge Zusammenarbeit mit Bildungsanbietern, -beratern, Arbeitsagenturen und

Jobcentern zu optimieren. Dabei wurde ein Instrument entwickelt, mit dem angehende Prüflinge und Berater die im täglichen Arbeitsumfeld erworbenen erforderlichen Kompetenzen einfach und transparent dokumentieren können. Außerdem hat die IHK Frankfurt ein Konzept entwickelt, wie Strafgefangene mit Hilfe dieser Qualifizierungsbausteine Teile einer beruflichen Qualifikation im Vollzug durchlaufen können, um so im Anschluss ihre Chancen für eine Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern.

Erst seit kurzem entdecken immer mehr Betriebe, unter dem Aspekt der notwendigen Neugestaltung der Arbeitsabläufe, das Potenzial der Fachkräfte mit Behinderungen, obwohl diese Menschen in der Regel überdurchschnittlich motiviert sind. Deswegen hat der Berufsbildungsausschuss der IHK Frankfurt im vergangenen Jahr zur Verbesserung der Integration neue Profile zur Ausbildung von behinderten Jugendlichen beschlossen.

Die Industrie- und Handelskammern sind seit April 2012 bundesweit als zuständige Stellen für die Durchführung des Anerkennungsverfahrens für ausländische Berufsbildungsabschlüsse nach dem Berufsbildungsgesetz verantwortlich. Um diese neue Aufgabe kompetent, effizient und einheitlich zu gewährleisten, wurde eine zentrale Einrichtung in Nürnberg als öffentlich-rechtlicher Zusammenschluss, die IHK FOSA (Foreign Skills Approval), gegründet. Mitbürger und Ausländer mit Erwerbsaussichten in Deutschland haben seitdem einen Rechtsanspruch auf Prüfung der Gleichwertigkeit in Bezug auf einen deutschen Berufsbildungsabschluss. Zuwanderern, die im Ausland einen Beruf erlernt haben, wird es damit leichter gemacht, in Deutschland eine ihrer Qualifikation entsprechende Beschäftigung auszuüben. Bereits nach kurzer Zeit wird deutlich, dass sich die IHK-Organisation über die IHK FOSA als maßgeblicher Ansprechpartner für die Politik in Fragen der Gleichstellung ausländischer Abschlüsse etabliert hat. Die Ausgestaltung und Umsetzung des neuen Gesetzes wurde von der IHK Frankfurt intensiv begleitet und Migrationsberatungsstellen und Bildungsanbieter umfassend durch sie über die Anwendung des Gesetzes und das neue Verfahren geschult. Im November würdigte Hessens Wirtschaftsminister Rentsch die ersten hessischen Antragsteller, die eine vollwertige Anerkennung ihrer ausländischen Berufsabschlüsse erhalten haben, darunter auch Antragsteller aus dem IHK-Bezirk Frankfurt.

Die „Lange Nacht der Industrie" wurde von der IHK Frankfurt nun zum zweiten Mal erfolgreich platziert und unter Beteiligung von weiteren IHKs in die Metropolregion FrankfurtRheinMain ausgedehnt. Nicht zuletzt durch das große Medienecho der Veranstaltung gelang es, mehr als 1.100 Schülern und der interessierten Öffentlichkeit direkten Einblick in die industrielle Arbeitswirklichkeit zu ermöglichen und ein zeitgemäßes Bild des produzierenden Gewerbes zu vermitteln und so die Industrie als interessanten und zukunftssicheren Arbeitgeber zu präsentieren.

Metropolregion FrankfurtRheinMain

Der Regionalverband hat sich über seinen erweiterten Kompetenzbereich die Aufgabe gesetzt, die Aktivitäten hinsichtlich eines gemeinsamen Erscheinungsbildes der Region, der Erstellung des Regionalen Flächennutzungs- und Landschaftsplans, der Fördermittelakquise, der strategischen Ausrichtung und Zielsetzung der regionalen Gesellschaften sowie eines regionalen Monitorings zu steuern und zu koordinieren. Durch die Benennung des Präsidenten der IHK Frankfurt als eines von fünf beratenden Mitgliedern des Regionalvorstands hat die Wirtschaft nun die Möglichkeit, ihre Belange und Forderungen direkt in dem wichtigsten Gremium der Metropolregion zu äußern.

In jüngster Zeit hat die Diskussion über einen einheitlichen Auftritt der Metropolregion, bedingt durch die Austritte verschiedener Städte und Kreise und dem angekündigten Austritt des Landes Hessen aus der

Gesellschaft „FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region", wieder zugenommen. Aus Sicht der Wirtschaft müssen effiziente und schlankere Formen der Zusammenarbeit gefunden werden, die den anstehenden Herausforderungen in der Metropolregion – vom Mangel an Wohnraum über das internationale Standortmarketing bis hin zur Energiewende und zukünftigen Mobilität – gewachsen sind. Während der Global Business Week 2012 hat die IHK Frankfurt in der Veranstaltung „Wettbewerb der Metropolregionen" eine erste Jahresbilanz des Metropolgesetzes mit dem Fazit gezogen, dass die Möglichkeiten des Gesetzes besser ausgeschöpft werden müssen, um durch den Beitritt weiterer Städte zum Regionalverband der tatsächlichen Verflechtung der Metropolregion gerecht werden zu können. Hierzu bietet die IHK Frankfurt unverändert ihre kompetente Unterstützung an.

In einem von der IHK Frankfurt gemeinsam mit der IHK Gießen-Friedberg, der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main und der Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände (VhU) angeregten moderierten Prozess soll im Laufe des Jahres versucht werden, ein von allen Beteiligten akzeptiertes Modell gemeinsamer Wirtschaftsförderung in der Region zu entwerfen.

Mittelstandsorientierung

Mehr als 99,5 Prozent der Unternehmen im IHK-Bezirk Frankfurt zählen zum Mittelstand. Diese mittelständischen Unternehmen sind heute und in Zukunft das Rückgrat der Wirtschaft und das Fundament, auf dem die wirtschaftliche Prosperität der Region beruht. Sie bilden mehr als 80 Prozent der Fachkräfte aus und beschäftigen ca. 78 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer. Durch die Orientierung am Erhalt und der langfristigen Wertsteigerung des Unternehmens liegt ihr besonderer Schwerpunkt auf dem engen und vertrauensvollen Kontakt des Unternehmers zu Kunden und Mitarbeitern.

Damit sich die wirtschaftliche Stärke des Mittelstands auch in Zukunft weiter voll entfalten kann, setzt sich der Ausschuss „Kleine und Mittlere Unternehmen" in der IHK Frankfurt für die Belange dieser Unternehmen ein, prüft und diskutiert branchenübergreifend mittelstandspolitische Themen und Fragestellungen. Unternehmer, Geschäftsführer und Gesellschafter erhalten eine Plattform für einen selbstbestimmten praktischen Erfahrungs- und Informationsaustausch und haben, über den Dialog mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, regelmäßig Gelegenheit, sich in aktuelle Diskussionen einzubringen. In 2012 setzten sich die Mitglieder des Ausschusses schwerpunktmäßig mit Themen des gesellschaftlichen Engagements im Mittelstand, neuen Herausforderungen bei der Personalgewinnung und -bindung sowie der Steuerung von Innovationsprozessen in mittelständischen Unternehmen auseinander. Mit der Veranstaltungsreihe „New Kammer" werden regelmäßig die Vertreter neuer, insbesondere mittelständischer Mitgliedsfirmen, persönlich begrüßt. Hier haben sie Gelegenheit zur Kontaktpflege mit anderen Unternehmen und können sich über das Leistungsspektrum der IHK Frankfurt informieren.

Eine weitere Gelegenheit, sich mit anderen Unternehmern und Experten über aktuelle mittelstandsrelevante Fragen auszutauschen, ergibt sich durch regelmäßige und differenzierte Veranstaltungsangebote. So wurde beispielsweise auf dem 11. Mittelstandstag FrankfurtRheinMain in insgesamt 17 Foren umfassend über wichtige Neuerungen informiert. Themen waren unter anderem Unternehmensnachfolge und Finanzierung, Marketing, Fördermittel und -instrumente und Haftungsrisiken. Die 4. Jahrestagung Personal, die von der IHK Frankfurt unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veranstaltet wurde, hatte die Schwerpunkte Talent-Management, Zukunft der Arbeit und Gesundheitsmanagement. Mit den Teilnehmern fand in sieben Foren ein reger Austausch zu den Themen Mitarbeitergewinnung und -bindung, Zeitarbeit und alternative Entlohnungssysteme statt.

Die IHK Frankfurt bietet aber auch abseits ihrer Publikumsveranstaltungen vielfältige Services. Passgenau konzipierte Informationen und Unterstützungsangebote für jeden Entwicklungsabschnitt, in dem sich ein Unternehmen befindet, von der Gründung bis zur Nachfolge, können von Existenzgründern und Mitgliedsunternehmen abgerufen werden. Eine besondere Neuerung war dabei die Entwicklung einer Webinarreihe auf der IHK-Homepage. Unter der Überschrift „Erfolgsfaktoren im Mittelstand" vermitteln engagierte Vertreter des Ehrenamtes in komprimierter Form, zunächst beschränkt auf den Bereich der Unternehmensfinanzierung, sukzessive verschiedene Aspekte solider Unternehmensführung. Diese Reihe, die das traditionelle Beratungsangebot zu Unternehmensförderung und Starthilfe ergänzt, soll im Folgejahr weiter ausgebaut werden.

Die Konjunkturprognosen der IHK Frankfurt untersuchten pro Quartal neben der wirtschaftlichen Lage die Investitionsvorhaben und besonders den zunehmenden Fachkräftemangel und ermöglichten den Blick auf die Entwicklung des Landes Hessen, der Metropolregion FrankfurtRheinMain sowie des IHK-Bezirks Frankfurt. Inzwischen geben zwei Drittel der befragten Unternehmen an, offene Stellen mit hohen Qualifikationsanforderungen längerfristig nicht besetzen zu können. Hauptmotive für die Suche nach Fachkräften sind altersbedingter Ersatz und die Fluktuation von Personal. Die Auswirkungen des demografischen Wandels, mit Fokus auf den Einzelhandel, beleuchtete die 2012 veröffentlichte Broschüre „Einzelhandel und Demografischer Wandel" der IHK Frankfurt. Die veränderte Entwicklung von Bevölkerung und Haushalten wird direkte Auswirkungen auf das Konsumverhalten haben. Daraus lassen sich die Zukunftstrends in den verschiedenen Sparten des Einzelhandels ableiten, aus denen Empfehlungen zur Anpassung an diesen Wandel sowie an die Bewältigung des Fachkräftemangels in der Region gegeben werden können.

Die Diskussion um die angekündigte und bisher mehrfach verschobene Tarifreform der GEMA-Gebühren hat bundesweit in den Medien Einzug gehalten. Die IHK Frankfurt begrüßt das Ziel der Reform, ein transparentes Tarifsystem zu schaffen, hält aber Verbesserungen für erforderlich. Die Vergütung der Urheberrechte sollte in ihrer Höhe angemessen sein und darf keinesfalls Größenordnungen erreichen, die Veranstalter von öffentlichen Musikdarbietungen in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringt oder sogar deren Existenz bedroht. In Gesprächen mit betroffenen Unternehmen und in Sitzungen des Ausschusses für Tourismus wurde das konkrete Ausmaß der angekündigten Reform für die Mitgliedsunternehmen aus dem IHK-Bezirk diskutiert. Die Ergebnisse der Gespräche sind in den Positionsfindungsprozess der IHKs in Deutschland eingeflossen.

Die steigende Einwohnerzahl Frankfurts ist auf der einen Seite der Beleg für die Attraktivität der Region als Wohn- und Arbeitsort, auf der anderen Seite verschärft die wachsende Nachfrage nach Wohnraum die Situation auf dem Wohnungsmarkt, vor allem für Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen. Wenn Fachkräfte nicht ausreichend Wohnraum vorfinden, werden sie in andere, mit FrankfurtRheinMain konkurrierende, Regionen ziehen. Deshalb ist die Verfügbarkeit von Wohnimmobilien, vor allem im unteren und mittleren Preissegment, aus Sicht der Wirtschaft schon heute ein entscheidender Standortfaktor. Bezahlbarer Wohnraum ist im Wettbewerb um Fachkräfte gerade für den Mittelstand unabdingbar. Um die Attraktivität der Region für Fachkräfte zu erhalten, ist Voraussetzung, die breit diversifizierten Anforderungen aller Wohnraumnachfrager abzudecken. Dass die Entwicklung hinsichtlich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in anderen Metropolregionen deutlich positiver verläuft als in FrankfurtRheinMain, sollte deshalb als Signal verstanden werden.

Die zweitägige EnergieEffizienz-Messe, die bereits zum fünften Mal in der IHK Frankfurt stattfand, bot mittleren Unternehmen und Entscheidungsträgern vorwiegend aus der Industrie, der Immobilienwirtschaft und der öffentlichen Hand mit einem umfangreichen Kongress- und Ausstellungsprogramm praktische Hilfe und Anregungen zum effizienteren Energieeinsatz. In diesem Forum wurden nicht nur die Potenziale eines energieeffizienten, nachhaltigen Energiemanagements in Produktion und Logistik thematisiert, sondern besonders auf den komplexen Bereich des Gebäudeenergiemanagements fokussiert. Gegenüber dem Vorjahr steigerten sich die Besucherzahlen um 18,0 Prozent auf 2.180 Teilnehmer.

Internationalität des Wirtschaftsstandorts

In der MetropolRegion FrankfurtRheinMain gehört das internationale Geschäft zu den Treibern des Wirtschaftswachstums. Die insgesamt weiterhin positiven weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen boten für die Unternehmen gute Voraussetzungen, um ihr Engagement auf chancenreichen Auslandsmärkten auf- und weiter auszubauen. Allerdings haben sich die Gewichte verschoben. Während die Nachfrage aus den europäischen Nachbarmärkten, hauptsächlich aus Südeuropa, in Folge der Eurokrise erheblich zurückging, erlaubte die Dynamik in zahlreichen außereuropäischen Märkten eine weitere Steigerung des Auslandsgeschäfts. Am stärksten stiegen die Exporte nach Indien und China.

Damit die Erzeugnisse die Kunden in aller Welt termingerecht erreichen, müssen, insbesondere bei Exporten außerhalb der Europäischen Union, umfangreiche Zollformalitäten erledigt werden. Die Mitarbeiter der Beglaubigungsstelle der IHK Frankfurt sind hierfür kompetenter Partner. So wurden nicht nur knapp 24.000 Ursprungszeugnisse und rund 18.000 Beglaubigungen ausgestellt, sondern auch über 3.800 Einzelauskünfte zu Zollthemen und speziellen Fragen des Außenwirtschaftsrechts erteilt. Ergänzend konnten sich exportorientierte Dienstleistungs- und Industrieunternehmen in mehreren Veranstaltungen zu den Themen des Zoll- und Außenwirtschaftsrechts umfassend informieren. Darüber hinaus hat sich die IHK Frankfurt gemeinsam mit anderen IHKs und dem DIHK in Brüssel weiter massiv dafür eingesetzt, die von der EU-Kommission geplanten Änderungen im nicht-präferentiellen Ursprungsrecht, die für die Exportunternehmen umfangreiche bürokratische Mehrbelastungen zur Folge hätten, abzuwenden. Das Thema ist noch nicht endgültig geregelt, jedoch war ein wichtiger Erfolg, dass sich das Europäische Parlament die Sichtweise der deutschen IHKs zu eigen gemacht hat.

Individuelle Beratung und verschiedene Veranstaltungsformate blieben bewährte Wege für Informationsvermittlung und Networking, um so Experten und interessierte Unternehmen zusammenzuführen. Regelmäßige Schwerpunkte bildeten hier die beiden Veranstaltungen zu Korea, die Wirtschaftstage Indien, Russland und Afrika, diesmal mit Schwerpunkt Nigeria, sowie der zweimal jährlich stattfindende „China Jour Fixe". Zudem war die IHK Frankfurt Gastgeber des diesjährigen „Greater China Day", der jährlich stattfindenden zentralen Deutschland-Veranstaltung der deutschen AHKn Greater China. Knapp 300 Unternehmensvertreter aus ganz Deutschland informierten sich dabei aus erster Hand über die aktuellen Entwicklungen im dynamischen China-Geschäft, dessen struktureller Wandel der Wirtschaft zugute kommt und die Nachfrage nach deutschen Produkten und Know-how verstärkt.

Die erstmalig gemeinsam mit dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) und seinem brasilianischen Partnerverband, der Confederação National da Indústria (CNI), in Frankfurt auf Initiative der IHK Frankfurt organisierten Brasilianischen Wirtschaftstage waren die zentrale Außenwirtschaftsveranstaltung mit deutschlandweiter Bedeutung. Rund 800 Teilnehmer, vor allem aus mittelständischen Firmen, informierten sich zwei Tage lang in zahlreichen Workshops über Handels-, Wechselkurs- und Finanzierungsfragen und schwerpunktmäßig zu den Themen Innovation, Lokalisierung und Steuern,

um sich einen Überblick über die größte und dynamisch wachsende Volkswirtschaft Südamerikas zu verschaffen. Wesentlicher Bestandteil der Konferenz waren jedoch die Gespräche mit den zahlreichen hochrangigen Unternehmensvertretern, die aus Brasilien angereist waren.

Darüber hinaus bieten Messen eine gute Gelegenheit, einen Auslandsmarkt zu erkunden oder verstärkt zu bearbeiten. Die IHK Frankfurt bewarb und betreute in diesem Jahr die hessischen Gemeinschaftsstände der SIMTOS in Seoul, Korea, einer internationalen Maschinen- und Werkzeugmesse, sowie der Project Qatar in Katar, der wichtigsten Bau- und Immobilienmesse für den arabischen Raum.

Auch in diesem Jahr war die IHK Frankfurt wieder Anlaufpunkt für hochrangige Besucher und Delegationen aus aller Welt. Einer der prominenten Besucher war der ungarische Premierminister Victor Orbán, der im Februar vor über 400 Teilnehmern eine programmatische Rede zur ungarischen Wirtschafts- und Europapolitik hielt. Darüber hinaus besuchten eine hochrangige Delegation von Abgeordneten des thailändischen Parlaments sowie prominente Wirtschafts- und Verbandsvertreter aus Australien, begleitet vom australischen Botschafter in Deutschland, Peter Tesch, die IHK Frankfurt, um sich zu informieren und sich mit Unternehmern aus der Region Frankfurt auszutauschen. Auf zunehmendes Interesse weltweit stößt das deutsche System der dualen Ausbildung. Dies war auch der Inhalt einer Informationsveranstaltung für den saudi-arabischen Arbeitsministers Adel al-Fakeih Anfang Dezember in der IHK Frankfurt, die die beiden Geschäftsfelder International und Aus- und Weiterbildung gemeinsam durchführten.

Über die Mitgliedschaft bei den deutschen Auslandshandelskammern, die in 80 Ländern niedergelassen sind, hat die IHK Frankfurt unmittelbaren Zugang zu deren Expertise. Neben dieser engen Kooperation, die eine optimale Erschließung und Nutzung der Informationsquellen in den Zielländern für unsere Mitgliedsunternehmen gewährleistet, bestehen zu den wichtigen Schwellenländern besonders intensive Beziehungen. So beherbergt die IHK Frankfurt seit mehreren Jahren das Deutschland-Büro der AHKn der Region Mercosur (Chile, Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay) sowie die Vertretung der Wirtschaftskammer Serbien und betreibt in Kooperation mit der AHK Indien ein India Desk, welches hohe Beratungskompetenz in allen Indien-Fragen gewährleistet, sowie gemeinsam mit der IHK Darmstadt das China Competence Center, um den deutsch-chinesischen Wirtschaftsaustausch in der Region zu intensivieren.

Profilierung des Finanzplatzes

Ein stabiles und effizientes Bankensystem ist grundlegende Voraussetzung für ein florierendes Wirtschaftsleben, insofern sind die Bemühungen der Bundesregierung, Regulierungslücken zu schließen, richtig. Allerdings kommt es, und hierauf hat die IHK Frankfurt stets hingewiesen, neben wirksamer Regelsetzung darauf an, die kumulierten Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung nicht aus dem Blick zu verlieren. Vor diesem Hintergrund ist es für die IHK Frankfurt unverständlich, dass im Zuge einseitiger politischer Entscheidungen die gewachsene Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt wieder beeinträchtigt zu werden droht. Insbesondere die angedachte Finanztransaktionssteuer ist für Frankfurt und die deutsche Volkswirtschaft ein Schritt in die falsche Richtung. Wenn die Steuer nur in Teilen von Europa realisiert wird, reicht ein Knopfdruck, um Finanzströme in unbesteuerte Länder umzuleiten. Der Finanzplatz Frankfurt mit seinen vielen Tausend Beschäftigten hätte das Nachsehen. Durch diese Steuer würden zudem Unternehmen der Realwirtschaft, die sich zur Steuerung von Risiken im internationalen Geschäftsverkehr mit Optionsgeschäften gegen unerwartete Entwicklungen, seien es Zins- oder Währungsrisiken oder steigende Rohstoffpreise, absichern, belastet.

Auf diese und andere Fehlentwicklungen hat die IHK Frankfurt im zurückliegenden Jahr wiederholt hingewiesen. Im Verbund mit ihren Partnern aus der Politik sowie mit der Finanzplatzinitiative Frankfurt Main Finance verfolgt die IHK Frankfurt das gemeinsame Ziel, die bestehenden Standortvorteile der Metropolregion FrankfurtRheinMain so zu verbessern, dass daraus attraktive Alleinstellungsmerkmale im globalen Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen und Institutionen des Finanzsektors erwachsen.

Mit Blick auf die vorangegangene Bankenkrise waren die Anstrengungen, richtige Weichen zu stellen, um das globale Finanzsystem zu stabilisieren, ebenso intensiv und wichtig. Die vereinbarten Regulierungsvorhaben, etwa Basel III, Solvency II, MiFID und EMIR, befinden sich konzeptionell auf der Zielgeraden oder treten in die Phase der Umsetzung auf nationaler Ebene ein. Frankfurt als Regulierungsstandort Nummer eins in Europa kommt in diesem Kontext eine besondere Verantwortung zu. Diese Position wird die Mainmetropole aller Voraussicht nach künftig sogar noch ausbauen können. Denn zur Europäischen Zentralbank sowie zu den Aufsichtsbehörden EIOPA (European Insurance and Occupational Authority) und ESRB (European Systemic Risk Board) wird im Zuge der bevorstehenden Errichtung einer Bankenunion die Europäische Bankenaufsicht ihren Sitz in Frankfurt bekommen. Insofern wächst die bereits hohe institutionelle Bedeutung der „City of the Euro" auf europäischer Ebene weiter an.

Dem Finanzplatz widmeten sich die zahlreichen Veranstaltungen, die die IHK Frankfurt im abgelaufenen Jahr organisiert oder als Kooperationspartner wesentlich unterstützt hat. Das Deutsche Wirtschaftsforum brachte Entscheider aus Bundes- und Landespolitik sowie Unternehmen und Institutionen zu einem fundierten Dialog über Europa in Frankfurt zusammen. Beim Sustainable Finance Forum, aber auch beim 5. Finanzplatztag oder beim Eurobörsentag diskutierten nationale und internationale Bankexperten über nachhaltige Geschäftsmodelle und die Anforderungen an die Bank der Zukunft. Das Frankfurter Symposium „Compliance & Unternehmenssicherheit" bot für Unternehmer und Manager vielfältige Erfahrungsberichte zum rechtlichen Rahmen unternehmerischer Verantwortung.

Infrastruktur – Mobilität und Stadtentwicklung

Die Frage der Akzeptanz von großen Infrastrukturprojekten in unserer heutigen Gesellschaft bestimmte den Meinungsaustausch und die Aktivitäten in den IHK-Ausschüssen. Um sich diesem Thema zu nähern, initiierte die IHK Frankfurt gemeinsam mit dem IHK-Forum Rhein-Main und der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main eine Veranstaltungsreihe. In den Podiumsdiskussionen wurden die Fragen „Ist die Verkehrsdrehscheibe wirklich ein Jobmotor?", „Warum schweigen Mehrheiten?" und „Wie viel Logistik braucht die Wirtschaft?" diskutiert. Deutlich wurde dabei, dass die derzeit besonders guten Voraussetzungen des Logistikstandorts die Grundlagen für den wirtschaftlichen Erfolg der Region sind. Die Diskussionen zeigten, dass die Standortanforderungen insgesamt nicht vernachlässigt werden dürfen, aber darüber hinaus auch, dass zukünftig eine verstärkte Auseinandersetzung mit den Fragen des Ausgleichs der daraus resultierenden Lasten stattfinden und akzeptable Lösungen erarbeitet werden müssen. Vor diesem Hintergrund setzt sich die IHK für einen Ausbau der Infrastruktur ein, ohne dabei die Bedürfnisse der verschiedenen Betroffenen zu ignorieren.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der IHK-Klausur „Zukunft des Wirtschaftsverkehrs in Frankfurt". Auch hier stand in der Diskussion im Vordergrund, wie der Verkehr in einer dynamischen Stadt wie Frankfurt effizienter und zugleich umweltfreundlicher gestaltet werden kann. Über 40 Experten entwickelten praxisnahe Lösungsansätze für die Alltagsprobleme im Frankfurter Wirtschaftsverkehr. Am Ende stand ein valider Ziel- und Maßnahmenkatalog, der in einer Broschüre zusammengefasst wurde, die über die IHK-Homepage kostenfrei abgerufen werden kann. Ein weiteres Ergebnis der Zukunftsklausur ist au-

ßerdem die Etablierung eines dauerhaften IHK-Arbeitskreises „Wirtschaftsverkehr", der sich zukünftig den Herausforderungen annimmt, die sich aus dem Warentransport ergeben, hierzu Lösungsansätze erarbeitet und diese kommuniziert.

Die Neustrukturierung des ehemaligen Universitätsgeländes in Bockenheim hin zum Kulturcampus Frankfurt – einem Viertel, in dem Kultur, Wohnen und Arbeiten miteinander verbunden sein sollen - ist eines der bedeutendsten Projekte der Stadtentwicklung. Nach einer Positionsbestimmung, die durch das Ehrenamt in internen Arbeitskreisen erarbeitet wurde, hat die IHK Frankfurt die Planungen kritisch begleitet und die Interessen der Wirtschaft in Dialogforen vertreten. Die Perspektive der Unternehmen wurde durch das Ehrenamt in den Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung eingebracht. Die IHK Frankfurt hat zu einer öffentlichen Veranstaltung internationale Stadtentwicklungsexperten eingeladen, um mögliche Standpunkte der Entwicklung für den Kulturcampus Frankfurt aufzuzeigen und zu diskutieren.

Bereits seit dem Jahr 1967 gibt es das Fach- und Kompetenzzentrum Immobilienbörse unter der Trägerschaft der IHK Frankfurt, dessen Ziel die Verbesserung der Markttransparenz auf dem Immobilienmarkt im IHK-Bezirk ist. Dafür werden regelmäßig der Gewerbe- und der Wohnungsmarktbericht aufgelegt, die über die IHK-Homepage kostenfrei erhältlich sind und die einen fundierten Überblick über die Entwicklungen erlauben.

4. Geschäftsentwicklung

Die Mitglieder der Vollversammlung hatten, im Hinblick auf den positiven Ergebnisvortrag aus Vorjahren, für 2012 erneute Grundbeitragssenkungen für kleingewerbetreibende Unternehmer und eine Umlagesenkung von 0,13 auf 0,11 Prozent beschlossen, die dauerhafte und jährliche Entlastungen für die Mitgliedsunternehmen bewirkten. Gemeinsam mit zusätzlich rückläufigen Beitragsabrechnungen aus Vorjahren führten diese zu dem Rückgang der betrieblichen Erträge um 4,2 Mio. € auf insgesamt 34,6 Mio. €. Im Wesentlichen bedingt durch diese rückläufige Ertragsentwicklung verringerte sich auch das Jahresergebnis und fiel erwartungsgemäß mit -3,0 Mio. € negativ aus.

Ertragslage

Die Erträge wurden mit 24,1 Mio. € hauptsächlich durch die Mitgliedsbeiträge bestimmt. Diese verringerten sich aufgrund der beschlossenen Beitragssenkungen und wegen korrigierter Bemessungsgrundlagen um 4,0 Mio. € und lagen geringfügig unter den Erwartungen. Nach wie vor entfallen fast zwei Drittel der Beiträge auf die Umlagen, die nur von Unternehmen mit Gewerbeertrag erhoben werden, und ein Drittel auf die Grundbeiträge, zu denen lediglich rund 60 Prozent der Mitgliedsunternehmen veranlagt werden. Auch für 2013 hat die Vollversammlung auf Vorschlag des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers die in Vorjahren beschlossenen Senkungen des Umlagesatzes und der Grundbeiträge beibehalten, um so das positive Ergebnis aus Vorjahren an die beitragszahlenden Mitgliedsunternehmen zurückzuführen. Diese Reduzierung des Umlagesatzes von ehemals 0,44 Prozent in 1994 auf nun 0,11 Prozent bedeutet eine Ermäßigung um insgesamt 75 Prozent. Die Gebühren für hoheitliche Tätigkeiten sowie die damit korrespondierende Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen waren in Summe mit 3,5 Mio. € die zweitgrößten Erlöspositionen. Unter Einbeziehung der Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen entfielen auf die Gebühren für die Betreuung von Ausbildungsverhältnissen und die Abnahme von Prüfungen in der Aus- und Fortbildung erneut 2,6 Mio. €. Die im Laufe des Jahres ansteigende Nachfrage für die Weiterbildungsangebote des Bildungszentrums führte zu einem Anstieg

bei den Entgelten und Dienstleistungen um 0,2 Mio. € auf 1,9 Mio. €. Im negativen Finanzergebnis von -1,2 Mio. € wurden die nach den Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ermittelten Aufwendungen aus der Aufzinsung für langfristige Rückstellungen in Höhe von 3,6 Mio. € ausgewiesen.

Der operative Aufwand – 16,5 Mio. € Personalaufwand und 19,8 Mio. € betriebliche Aufwendungen einschließlich der Abschreibungen – stieg im Vorjahresvergleich um 2,2 Mio. € an. Insbesondere ergaben sich die höheren Aufwendungen aus Rückstellungsveränderungen im Personalbereich und aus geplanten externen Beratungsleistungen. Des Weiteren waren in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen Beiträge für verschiedene Projekte in Höhe von 0,8 Mio. € enthalten, die sowohl der Entwicklung der Region, der Einrichtung einer neuen Kommunikationsanlage als auch der Implementierung neuer gesetzlicher Aufgaben dienten und deren ergebnisneutraler Ausgleich über Entnahmen aus den von den Mitgliedern der Vollversammlung in Vorjahren dotierten zweckgebundenen Rücklagen erfolgte.

Unter Berücksichtigung der von der Vollversammlung am 5. Dezember 2012 gefassten Beschlüsse über die Rücklagenveränderungen und unter Einbeziehung des Ergebnisvortrags weist die Erfolgsrechnung ein Ergebnis von 7,7 Mio. € aus.

Vermögens- und Finanzlage

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme um 0,4 Mio. € auf 152,6 Mio. € verringert. Grund für den Rückgang war vor allem der Beschluss der Vollversammlung, den Ergebnisvortrag über Senkungen der Mitgliedsbeiträge sukzessive an die Unternehmen zurückzuführen, der zu einer Abnahme des Umlaufvermögens, insbesondere des Kassenbestandes, und des Eigenkapitals führte. Das Anlagevermögen stieg maßgeblich aufgrund der Investitionen bei den Finanzanlagen um 2,2 Prozent auf 134,1 Mio. € und spiegelt die anhaltenden Investitionen in die finanzielle Absicherung der korrespondierenden Positionen bei Rücklagen und Rückstellungen. Die Anlagenintensität lag, bedingt durch den Rückgang des Umlaufvermögens, mit 87,9 Prozent des Gesamtvermögens über der des Vorjahres. Das Umlaufvermögen einschließlich der Rechnungsabgrenzungsposten verringerte sich um 3,3 Mio. € auf 18,5 Mio. €. Dabei waren für den Anstieg der Vorräte um 0,2 Mio. € erhöhte Unfertige Leistungen für die Abgrenzung von Ausbildungsgebühren maßgeblich, die erst zum Zeitpunkt der Anmeldung zur jeweiligen Abschlussprüfung fakturiert werden. Aufgrund der zu Beginn des Monats Dezember versandten Beitragsbescheide der Veranlagungen des IV. Quartals 2012 erhöhten sich die Forderungen, trotz der rückläufigen Mitgliedsbeiträge, um 0,5 Mio. € oder um 17,4 Prozent auf 3,4 Mio. €. Die Sonstigen Vermögensgegenstände verringerten sich um 0,5 Mio. € auf 0,6 Mio. €, hauptsächlich wegen rückläufiger Ansprüche an die IHK Innovationsberatung, das BIEG Hessen und die Aufgabenstellen, alle drei Einrichtungen der Arbeitsgemeinschaft der hessischen IHKs. Die liquiden Mittel nahmen im Wesentlichen durch die beschlossenen Beitragssenkungen um 3,4 Mio. € auf 12,7 Mio. € ab. Auf der Passivseite verminderte sich das Eigenkapital um 3,0 Mio. € aufgrund des negativen Jahresergebnisses auf nunmehr 74,1 Mio. €. Die Rückstellungen stiegen um 2,1 Mio. € auf 75,7 Mio. € ebenso wie die Verbindlichkeiten um 0,5 Mio. € auf 2,8 Mio. €. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden weiterhin nicht. Ein wichtiges Ziel, die Sicherung der Liquidität, wurde über den positiven Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit, der im abgelaufenen Geschäftsjahr bei 0,5 Mio. € lag, erreicht. Die Finanzrechnung schloss mit einem Mittelbestand von 12,7 Mio. €, der um 3,4 Mio. € unter dem des Vorjahres lag.

Bei der Erstellung der Bilanz wurden alle erkennbaren Risiken aus nicht kalkulierbaren Beitragsschwankungen, die aufgrund von Konjunkturausschlägen im IHK-Bezirk oder aus dem Abrechnungsverfahren selbst resultieren können, und sonstigen Verpflichtungen berücksichtigt. Den pflichtmäßigen und zweck-

gebundenen Rücklagen und Rückstellungen auf der Passivseite steht eine solide finanzielle Deckung durch das Finanzanlagevermögen auf der Aktivseite gegenüber. Damit sind die Handlungsfähigkeit und eine sachgerechte Aufgabenerfüllung der IHK Frankfurt auch zukünftig gewährleistet.

Investitionen

Die Investitionstätigkeit belief sich im Saldo auf 4,0 Mio. €. Hiervon entfielen 0,1 Mio. € auf immaterielle Vermögenswerte, 0,9 Mio. € auf das Sachanlagevermögen und 3,0 Mio. € auf das Finanzanlagevermögen. Mit 11,5 Prozent, bezogen auf die Betriebserträge, lag die Investitionsquote geringfügig unter der des Vorjahres. Die Investitionen wurden überwiegend in erforderliche Programmerweiterungen zur Optimierung der Raumverwaltungs- und der Veranstaltungsdatenbank, im Bereich der DV- und Kommunikationsanlagen insbesondere für die Anschaffung einer neuen zentralen Speichereinheit sowie den Einbau neuer Etagenswitche getätigt. Darüber hinaus wurden Monitore und eine neue Hardwareeinheit für das Backupsystem der IHK Frankfurt beschafft und die Kantinenausstattung erneuert. Der Großteil der Investitionen betraf das Finanzanlagevermögen und hier maßgeblich den Zukauf neuer Anteile nach der Ausschüttung der ordentlichen Nettoerträge des extern verwalteten Fondsvermögens und die Werterhöhungen der Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen. Zu diesen Investitionen kamen 1,5 Mio. € für substanzerhaltende Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen, die unmittelbar in die betrieblichen Aufwendungen eingeflossen sind.

Personal

Personalbestand

Zum 31.12.2012 beschäftigte die IHK Frankfurt 206 (VJ 199) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Mitarbeiterzahl ist durch Doppelbesetzungen im Rahmen der Altersnachfolge sowie durch zunehmende Teilzeitbeschäftigungen gestiegen. Weitere 12 Beschäftigte sind in den Sondereinrichtungen der IHK-Arbeitsgemeinschaft Hessen, dem Beratungs- und Informationszentrum Elektronischer Geschäftsverkehr Hessen, der IHK-Innovationsberatung Hessen und den gewerblichen und kaufmännischen Aufgabenstellen tätig.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Diversity

Die IHK Frankfurt bietet elf verschiedene Teilzeitmodelle sowie Telearbeit an. Zum Jahresende waren 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit beschäftigt, das entspricht einer Quote von 19,4 Prozent, die sich gegenüber dem Vorjahr erneut um 2,3 Prozentpunkte erhöht hat. Der Nutzen liegt in einem flexiblen Gestaltungsspielraum der Arbeitszeiten. Dieser wird nicht nur den Bedürfnissen der Mitarbeiter, sich der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen zu widmen, gerecht und ermöglicht die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, sondern bietet auch Vorteile bei der Planung der Personalressourcen.

Aktuell befinden sich 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Altersteilzeit. Im Rahmen der beruflichen Integration waren zum Jahresende 10 schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Internationalität des Wirtschaftsstandorts spiegelt sich auch in der Belegschaft wider. 10,8 Prozent der Beschäftigten sind ausländischer Herkunft und vertreten 11 Nationalitäten. Der Anteil der Frauen, bezogen auf alle Beschäftigten, stieg auf 64,7 Prozent (Vorjahr 63,8 Prozent), im Bereich der Führungskräfte lag die Quote weiterhin bei 36 Prozent. In die Diskussion um die Frauenförderung in der regionalen Wirtschaft bringt sich die IHK Frankfurt mit der Veranstaltungsreihe „FrauenMachtKarriere!" ein, die in diesem Jahr unter dem Leitmotiv „Weibliche Talente – finden, fördern, halten" durchgeführt wurde.

Personalentwicklung/Weiterbildung/Betriebliche Ausbildung/ Fach- und Führungsnachwuchs

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter prägen in ihrer Vielfalt das Erscheinungsbild der IHK Frankfurt und stehen mit ihrer Expertise und Kompetenz für das umfangreiche Dienstleistungsangebot, für Qualität und Zuverlässigkeit. Sie sind gesuchte Ansprechpartner der Unternehmen über den IHK-Bezirk hinaus. Zur Förderung der persönlichen Entwicklung bietet die IHK Frankfurt individuelle, kompetenzbasierte Weiterbildungsmaßnahmen an, die systematisch an künftigen Anforderungen geplant und in jährlichen Mitarbeitergesprächen festgelegt werden. Für die Führungskräfte ist ein 360-Grad-Feedback eingeführt, das mit entsprechenden Maßnahmen zur Entwicklung der Führungsrolle begleitet wird. Als Basis hierfür hat die IHK Frankfurt Führungsleitlinien etabliert und damit ein Wertesystem geschaffen, das den Orientierungsrahmen für Führung und Zusammenarbeit vorgibt und die Grundlage der Feedback-Systeme ist. Kreative Vorschläge und Innovationen sind darüber hinaus ein wichtiger Faktor, um eine ständige Verbesserung der Produkte, Dienstleistungen sowie der internen Strukturen zu erreichen. Die IHK Frankfurt nutzt im Rahmen des Ideenmanagements dementsprechend das Potenzial ihrer Beschäftigten.

Vor dem Hintergrund der Auswirkungen des demografischen Wandels ist auch die IHK Frankfurt vor die Herausforderung der Fachkräftesicherung gestellt. Erfreulicherweise verminderte sich das durchschnittliche Alter der Beschäftigten um 0,2 Jahre auf 45,5 Jahre. Neben den Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der individuellen Förderung und einem betrieblichen Gesundheits- und Ideenmanagement werden vielfältige Möglichkeiten der Potenzialerschließung genutzt und neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl durch externe Einstellungen als auch innerhalb der IHK-Organisation gewonnen. Darüber hinaus werden regelmäßig Praktika für Schüler und Studenten und eine Wahlstation für Rechtsreferendare innerhalb der juristischen Ausbildung angeboten. Nicht selten ergibt sich daraus ein beruflicher Start bei der IHK. Zum Jahresende befanden sich 9 Auszubildende in drei Jahrgängen in einem Ausbildungsverhältnis in den Berufen Kaufleute für Bürokommunikation, Bürokaufleute und Fachinformatiker, von denen die erfolgreichen Absolventen mit gutem Ausbildungsverlauf einen Jahresvertrag mit der Option der späteren Übernahme erhalten.

Gesundheitsmanagement

Leistungsfähige und motivierte Beschäftigte spielen eine zentrale Rolle bei der Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben sowie bei der Erbringung des breiten Dienstleistungsangebots. Im Rahmen einer präventiven Gesundheitsförderung für die Beschäftigten ist ein betriebliches Gesundheitsmanagement eingerichtet, durch welches wir für Gesundheitsrisiken sensibilisieren. Hierzu gehören neben regelmäßigen Ersthelfer-Ausbildungen, Begehungen von Arbeitsstätten, betriebsärztlichen Pflicht- und Angebotsuntersuchungen, Aktionstagen zu Schwerpunktthemen, jährlichen Grippeschutzimpfungen auch die Gestaltung der Arbeitsplätze nach ergonomischen Erkenntnissen. Außerdem wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Teilnahme an den regionalen Laufereignissen ermöglicht.

Der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der IHK Frankfurt danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Mitgliedern des Personalrats für ihr Engagement und die guten Leistungen im vergangenen Jahr.

5. Chancen- und Risikobericht

Die IHK Frankfurt verfügt seit Jahren über ein auf freiwilliger Basis eingeführtes Risikomanagement-System, welches für Transparenz in der gesamten IHK Frankfurt sorgt. Es stellt sicher, dass wesentliche bestands-, erfolgs- und existenzgefährdende Risiken in den Geschäftsbereichen frühzeitig identifiziert, kontinuierlich überwacht, bewertet und auf ein akzeptables Maß begrenzt werden. Dadurch wird gewährleistet, dass die Geschäftsführung über mögliche Risiken frühzeitig informiert und in die Lage versetzt wird, rechtzeitig gegenzusteuern.

Unter diesen Gesichtspunkten ergeben sich für die IHK Frankfurt als Körperschaft des öffentlichen Rechts gleichbleibende Risikofaktoren, die hauptsächlich in rechtlichen Risiken aus regulatorischen Einflüssen der Politik bestehen, welche sich zukünftig aber auch an den Entwicklungen und Entscheidungen in den europäischen Nachbarländern orientieren könnten. Auch die Wirtschaftsführung der Industrie- und Handelskammern war in jüngster Zeit immer wieder Gegenstand von Verfahren vor Verwaltungsgerichten. Bundesweit richteten sich Klagen von Mitgliedsunternehmen unterschiedlicher IHK-Bezirke gegen die Höhe der satzungsbedingten und zweckgebundenen Rücklagen. Damit stellte sich die Frage nach der Zulässigkeit und den Grenzen einer verwaltungsgerichtlichen Kontrolle der Wirtschaftsführung hinsichtlich der Beschlüsse der Vollversammlung. Ein externes fachkundiges Gutachten kommt hier zu dem Ergebnis, dass eine Beanstandung der Wirtschaftsführung durch Verwaltungsgerichte oder auch Rechnungshöfe nur bei evident fehlender wirtschaftlicher Vertretbarkeit möglich und zulässig ist und die getroffenen Zweckbestimmungen der Vollversammlung im Rahmen der Selbstverwaltungsgarantie grundsätzlich unantastbar sind, und stärkt damit erstmals öffentlich die Selbstverwaltungsbefugnis.

Die regelmäßigen Diskussionen zu den Fragen der Alternativen zur Selbstverwaltung der Wirtschaft, zur Finanzierung der Körperschaft des öffentlichen Rechts über Pflichtbeiträge, der Reform des Kammerwesens, der Übertragbarkeit von hoheitlichen Aufgaben auf private Dienstleister oder die Verlagerung auf staatliche Stellen bergen sehr wohl auch Chancen für die ständige Überprüfung der Prozesse, Dienstleistungen und Produkte und eine konsequente Neuausrichtung der Organisation. Konjunkturelle Schwankungen, gerade im Hinblick auf die Situation auf den Finanzmärkten und deren Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Lage, können nachgelagert erheblichen Einfluss auf die Liquiditätssituation nehmen, genauso wie die Neugestaltung der Gemeindefinanzen, Reformen zur Erbschafts- und Unternehmenssteuer und weitere die Wirtschaft belastende Regelungen, die die Ertragslage der Mitgliedsunternehmen beeinflussen. Aus dem Umfang der Entwicklung, Neugründung und Ansiedlung von Unternehmen können sich genauso wie aus Unternehmensschließungen oder Firmensitzverlagerungen finanzielle Chancen, aber auch Risiken für die zukünftige Gewerbeertragsentwicklung im IHK-Bezirk ergeben, die nicht sicher einzuschätzen sind. Mit der jeweiligen Wirtschaftslage der Unternehmen korrespondieren die übrigen Erträge der IHK. So werden die Bereitschaft zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, die Teilnehmerzahlen bei Fort- und Weiterbildungsangeboten und die Auslastung der Veranstaltungen und der Vermietungen stark von der wirtschaftlichen Situation der Unternehmen und zukünftig zusätzlich durch die demografische Entwicklung beeinflusst. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel bietet gleichzeitig aber auch Chancen für eine nachhaltige und ansteigende Ausbildungsbereitschaft und für Investitionen in eine dauerhafte berufliche Weiterbildung.

Die Finanzanlagen unterliegen Risiken aus der Veränderung von Zinssätzen, Kursrisiken und sonstigen Preisrisiken. Sonstige Preisrisiken können aus der Marktbewertung der Finanzanlagen resultieren. Bei Anlagen mit fester Laufzeit ist davon auszugehen, dass eventuelle Marktschwankungen nur temporär sind und sich zum Laufzeitende ausgleichen, da eine Rückzahlung in Höhe des nominellen Anlagebetrags vorgenommen wird. In den Richtlinien für die Finanzwirtschaft ist das Anlagespektrum für die IHK Frankfurt festgelegt. Hier gilt das Prinzip der Sicherheit und Verfügbarkeit vor Renditezielen. Aus diesem Grund mussten in den letzten Jahren keine Abschreibungen auf Finanzanlagen vorgenommen werden.

Gefährdungen, die die täglichen Geschäftsabwicklungen beeinträchtigen können, werden durch interne Kontrollmechanismen und die externe Überprüfung der Einhaltung der hinterlegten Qualitätsstandards permanent beobachtet. Unternehmenskritische IT-Systeme sind grundsätzlich redundant ausgelegt. Durch vertragliche Gestaltungen werden Wiederherstellzeiten bei technischen Unterbrechungen garantiert. Der Einsatz eines professionellen Sicherheitsservices steuert die tägliche Besucherzahl für IHK und Deutsche Börse AG gleichermaßen. Der vorhandene Versicherungsschutz deckt alle vorhandenen und absehbaren Risiken.

Risiken, die den Fortbestand der IHK Frankfurt unter Substanz- und Liquiditätsgesichtspunkten gefährden oder die zukünftige Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, werden aus heutiger Sicht nicht gesehen, wobei nachlaufende Auswirkungen der Krisenjahre aufgrund zeitlich nachgelagerter Steuerfestsetzungen nicht berücksichtigt wurden. Für alle im abgelaufenen Geschäftsjahr erkennbaren Risiken wurde, soweit die Voraussetzungen für eine bilanzielle Berücksichtigung gegeben waren, im Rahmen des Jahresabschlusses Vorsorge getroffen.

6. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die über die normale Geschäftstätigkeit hinausgehen, sind nicht hervorzuheben.

7. Aktuelle Entwicklungen und Ausblick

Die Redner auf dem Jahresempfang der IHK Frankfurt, der im Januar 2013 wieder mit knapp 2.000 Gästen ausgerichtet wurde, stellten die Metropolregion und den Finanzplatz in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Während seiner Festrede plädierte EZB-Präsident Mario Draghi dafür, dass neben der Aufgabe der Stabilitätswahrung die Finanzunion den nächsten und dringlichsten Integrationsschritt seit dem Vertrag von Maastricht darstellt. Dabei betonte er besonders die Notwendigkeit weiterer Reformen der europäischen Partner, aber auch die allgemeine Würdigung Frankfurts als anerkanntes Finanzzentrum durch die Übertragung der gemeinsamen Bankenaufsicht im Euroraum auf die Europäische Zentralbank.

Für die Wirtschaft ist die Sicherung der Infrastruktur eine zentrale Herausforderung, um auf den internationalen Märkten zukünftig bestehen zu können. Deshalb hat die IHK-Organisation für 2013 „Infrastruktur – Wege für morgen" zum Schwerpunktthema benannt. Der Infrastrukturausbau sorgt für die notwendige Mobilität. Allerdings wendet sich die Öffentlichkeit immer häufiger gegen Großbauvorhaben. Der Ausbau von Verkehrswegen und Energievorhaben ist deshalb eine große, gemeinsame Herausforderung nicht nur für Bund und Länder, Städte und Gemeinden, sondern auch für die Wirt-

schaft und die Bürger. Dafür wird es notwendig sein, die Vorhaben zukünftig nachhaltiger zu erklären, die Veränderungen für Natur und Landschaft zu verdeutlichen und die Belastungen für die Anlieger zu minimieren. Für eine erfolgreiche Umsetzung wird eine wesentliche Herausforderung sein, den Aus- und Umbau der Infrastruktur mit den richtigen Maßnahmen so zu gestalten, dass dieser für den Standort Deutschland nicht zum Nachteil gerät.

Die IHK Frankfurt wird gemeinsam mit der Deutsch-Griechischen Industrie- und Handelskammer, dem Goethe-Institut Athen sowie der Stiftung DBGR Duale Berufsschule Griechenland den Aufbau eines dualen Ausbildungssystems im Bereich Tourismus in Griechenland unterstützen. Eine Delegation, u. a. mit dem griechischen Innenminister Evripidis Stylianidis, dem Parlamentarischen Staatssekretär und Griechenland-Beauftragten der Bundesregierung Hans Joachim Fuchtel sowie Verbands- und Unternehmensvertretern, wird sich in Frankfurt zu Jahresbeginn über das duale Ausbildungssystem bei Betrieben und Schulen in der Region informieren.

Unter der Voraussetzung, dass die Weltwirtschaft ihre konjunkturelle Schwäche überwindet und dass größere negative Überraschungen auf dem amerikanischen Finanzmarkt und in Europa ausbleiben, sollte Vertrauen wiederhergestellt werden können und die Nachfrage zumindest aus Europa nicht weiter zurückgehen. Nach den Wachstumszahlen des Jahres 2012 geht die IHK Frankfurt davon aus, dass sich die Konjunktur in der Metropolregion FrankfurtRheinMain auch in 2013 auf ähnlichem Niveau entwickeln kann. Die Wirtschaft in der Region blickt nach der Konjunkturumfrage zum Jahresbeginn optimistisch ins neue Jahr und erwartet einen Anstieg der Beschäftigung von 0,2 Prozent bzw. von 5.000 neuen Stellen. Positive Impulse werden vor allem aus dem asiatischen Raum erwartet und sollten besonders dem exportorientierten Mittelstand eine gute Geschäftsentwicklung bescheren. Während der DIHK für Deutschland ein Wirtschaftswachstum von 0,7 Prozent erwartet, wird die Zunahme in der Metropolregion FrankfurtRheinMain mit voraussichtlich 1,0 Prozent zuversichtlicher eingeschätzt.

Die IHK Frankfurt hat im Dezember 2012 durch die Vollversammlung eine Erfolgsplanung verabschiedet, die für 2013, unter Beibehaltung der reduzierten Grundbeiträge und dem abgesenkten Umlagesatz, weiterhin das positive Ergebnis der letzten Jahre an die beitragszahlenden Mitgliedsunternehmen sukzessive zurückführen wird.

Dr. Mathias Müller
Präsident

Matthias Gräßle
Hauptgeschäftsführer

Frankfurt am Main, den 14. Januar 2013

Bilanz zum 31. Dezember 2012

AKTIVA

	31.12.12 in T€	31.12.11 in T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	207	260
II. Sachanlagen	42.030	42.102
III. Finanzanlagen	91.831	88.817
	134.068	**131.180**
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	1.309	1.151
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.945	3.920
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	12.701	16.107
	17.955	**21.179**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**547**	**638**
	152.570	**152.997**

Anlagenspiegel 2012

	Entwicklung der Anschaffungskosten in T€				
	Stand 01.01.12	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31.12.12
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
	2.078	**67**	**0**	**7**	**2.138**
II. Sachanlagen					
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	44.642	0	0	0	44.642
Technische Anlagen und Maschinen	239	2	0	0	240
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.920	869	0	127	5.662
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0	0
	49.801	**870**	**0**	**127**	**50.544**
	51.879	**937**	**0**	**134**	**52.682**

PASSIVA

	31.12.12 in T€	31.12.11 in T€
A. Eigenkapital		
I. Nettoposition	28.000	28.000
II. Ausgleichsrücklage	16.450	16.450
III. Liquiditätsrücklage	14.500	14.500
IV. Andere Rücklagen	7.372	8.134
V. Ergebnis	7.746	10.011
	74.067	**77.095**
B. Rückstellungen	**75.733**	**73.582**
C. Verbindlichkeiten	**2.749**	**2.245**
D. Rechnungsabgrenzungsposten	**21**	**75**
	152.570	**152.997**

	Entwicklung der Abschreibungen in T€						Buchwerte in T€	
	Stand 01.01.12	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Stand 31.12.12		Stand 31.12.12	Stand 31.12.11
	1.818	**120**	**0**	**7**	**1.931**		**207**	**260**
	3.954	511	0	0	4.465		40.176	40.688
	172	21	0	0	193		47	67
	3.573	410	0	127	3.856		1.806	1.348
	0	0	0	0	0		0	0
	7.699	**943**	**0**	**127**	**8.515**		**42.030**	**42.102**
	9.517	**1.063**	**0**	**134**	**10.446**		**42.237**	**42.362**

Erfolgsrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	2012 in T€	2011 in T€
1. Beiträge	24.115	28.141
2. Gebühren	3.353	3.174
3. Erträge aus Entgelten	1.934	1.712
4. Bestandsveränderungen	181	444
5. Sonstige betriebliche Erträge	5.059	5.381
davon aus Erstattungen	1.939	1.953
davon aus öffentlichen Zuwendungen	56	115
Betriebserträge	**34.642**	**38.851**
6. Materialaufwand	2.883	2.755
7. Personalaufwand	16.480	15.197
8. Abschreibungen	1.063	921
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.885	15.253
Betriebsaufwand	**36.311**	**34.127**
Betriebsergebnis	**-1.670**	**4.724**
10. Finanzergebnis	-1.162	-885
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-2.832**	**3.839**
11. Außerordentliches Ergebnis	0	-5.443
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag, sonstige Steuern	196	195
Jahresergebnis	**-3.027**	**-1.799**
13. Ergebnisvortrag	10.011	11.868
14. Rücklagenveränderung	762	-58
Ergebnis	**7.746**	**10.011**

Finanzrechnung 2012

	T€ 2012	T€ 2011
Jahresergebnis ohne außerordentlichen Posten	-3.027	3.644
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	524	6.487
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-3.931	-5.163
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	12.701	16.107

Anhang

I. Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung

Die IHK Frankfurt ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Nach § 3 Absatz 7a IHKG sind die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des Handelsgesetzbuches in der jeweils geltenden Fassung für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss anzuwenden. Das Finanzstatut der IHK Frankfurt am Main in Verbindung mit der Genehmigung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 4. Oktober 2005 ist rechtliche Grundlage für die Erstellung des Jahresabschlusses nach diesen kaufmännischen Grundsätzen (§§ 238 bis 256 HGB). Für den Ansatz und die Bewertung der Vermögensgegenstände sind diese durch die Vollversammlung am 8. Dezember 2005 beschlossenen Regelungen und Ausführungen des Finanzstatuts und die dazu von Präsident und Hauptgeschäftsführer erlassenen Richtlinien unter Beachtung der Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts maßgeblich.

Die durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) vom 25. Mai 2009 bedingten rechnungslegungsbezogenen Änderungen des Handelsgesetzbuches wendet die IHK Frankfurt am Main seit dem Geschäftsjahr 2010 an.

Abschlussstichtag ist der 31. Dezember.

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige kumulierte Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen werden linear vorgenommen. Dabei werden grundsätzlich die steuerlich anerkannten Abschreibungstabellen zugrunde gelegt, die der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer entsprechen. Danach ist die Nutzungsdauer bei immateriellen Vermögensgegenständen mit 3 oder 5 Jahren, bei Einbauten mit

7 bis 11 Jahren, bei technischen Anlagen und Maschinen sowie bei anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen 3 und 13 Jahren bzw. im Einzelfall mit 23 Jahren angesetzt. **Grundstücke und Gebäude** wurden in der Eröffnungsbilanz mit dem Zeitwert (Verkehrswertermittlung) bilanziert. Das Gebäude wird über die im Gutachten festgelegte Restnutzungsdauer von 30 Jahren ab 2003 linear abgeschrieben. Seit 2010 werden **Geringwertige Vermögensgegenstände**, deren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zwischen 150 € und 410 € netto liegen, im Jahr der Anschaffung wieder vollständig abgeschrieben. Die in den Jahren davor gebildeten Sammelposten für Geringwertige Wirtschaftsgüter zwischen 150 € und 1.000 € netto werden bis zum Ablauf der Restnutzungsdauer fortgeführt.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Zuschreibungen erfolgen insoweit, als die Gründe für eine in früheren Geschäftsjahren vorgenommene Abschreibung nicht mehr bestehen. Die **sonstigen Ausleihungen** werden, soweit sie nicht mit dem Aktivwert anzusetzen sind, zum Nennwert bilanziert.

Die **Vorräte** enthalten Bestände der Druckerei, des Büromateriallagers sowie Getränke und Waren, die zum Weiterverkauf bestimmt sind. Sie werden zu den letzten Einstandspreisen bewertet. Bei den **Unfertigen Leistungen** handelt es sich um anteilige Abgrenzungen von Ausbildungsgebühren, die seit Mitte 2009 erst bei Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben werden. Die Bewertung erfolgt anhand der in der Gebührenordnung festgesetzten Gebührentarife. Die **Forderungen aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten** sowie die **sonstigen Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert oder dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Den im Forderungsbestand liegenden erkennbaren Risiken wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Bei den Forderungen aus Beiträgen werden Wertberichtigungen auf Basis festgelegter Abwertungssätze anhand von Erfahrungswerten der Vergangenheit im Rahmen einer Altersstruktur-Analyse vorgenommen. Darüber hinaus wird eine Pauschalwertberichtigung für Forderungen aus Gebühren und Entgelten in Höhe von 3 % auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand vorgenommen.

Bankguthaben und Kassenbestände sind zum Nominalwert bilanziert.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden Ausgaben vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Rückstellungen für **Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Für die Abzinsung wird nach § 253 Absatz 2 Satz 2 HGB der von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte und bekanntgegebene durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre bei einer restlichen Laufzeit von 15 Jahren angewendet.

Steuerrückstellungen werden für noch nicht veranlagte Körperschaft- und Gewerbesteuer der Betriebe gewerblicher Art der IHK Frankfurt sowie für sonstige Steuern gebildet.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und alle sonstigen erkennbaren Risiken werden **sonstige Rückstellungen** in Höhe des Betrages der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Langfristige Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag bilanziert, soweit der Zinseffekt nicht von untergeordneter Bedeutung ist. Der Erfüllungsbetrag umfasst auch die am Bilanz-

stichtag zu berücksichtigenden Kostensteigerungen. Für wesentliche Rückstellungen werden Bewertungsgutachten bzw. Berechnungen von sachverständigen Dritten eingeholt.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** umfasst alle bis zum Bilanzstichtag getätigten Einnahmen, soweit sie Erträge künftiger Perioden darstellen.

II. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens der IHK Frankfurt während des Geschäftsjahres 2012 ist aus dem Bruttoanlagenspiegel ersichtlich, welcher Anlage zum Anhang ist.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Zugänge von 67 T€ betreffen im Wesentlichen ein Programm zur Raumverwaltung sowie eine Veranstaltungsdatenbankapplikation. Darüber hinaus beinhalten die Anschaffungen kleinere Lizenzen von Standard- und Individualsoftware zur Steuerung administrativer und operativer Prozesse.

Sachanlagen

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betragen insgesamt 870 T€ und wurden ganz überwiegend im Bereich der DV- und Kommunikationsanlagen getätigt. Enthalten sind hier insbesondere die Anschaffung einer neuen zentralen Speichereinheit sowie der Einbau neuer Etagenswitche. Darüber hinaus wurden weitere Monitore und eine neue Hardwareeinheit für das Backupsystem der IHK Frankfurt angeschafft. Ferner wurde in 2012 die Kantinenausstattung komplett erneuert, und es waren verschiedene Ersatzbeschaffungen von Betriebs- und Geschäftsausstattung zu tätigen.

Finanzanlagen

Unter den **Beteiligungen** werden die Anteile der IHK Frankfurt an der FIZ GmbH ausgewiesen, die unter den sonstigen Angaben erläutert werden.

Die **Wertpapieranlagen** dienen der finanziellen Rückdeckung der pflichtmäßigen und zweckgebundenen Rücklagen und sind in festverzinslichen Papieren mit besten Bonitätseinstufungen angelegt. Unter diesen ist auch ein zur Absicherung der Altersversorgungsverpflichtungen dotierter geschlossener Fonds ausgewiesen, dessen Verwaltung einem externen Fondsmanagement unterliegt. Die ordentlichen Nettoerträge dieser Vermögensanlage werden grundsätzlich ausgeschüttet und dem Fonds anschließend durch Zukauf neuer Anteile wieder zugeführt. Der Buchwert des Fondsvermögens beträgt zum Stichtag 47.861 T€ und liegt damit unter dem Kurswert zum Jahresende von 51.471 T€.

Die **sonstigen Ausleihungen** enthalten Darlehen, sonstige Anteile, Rückdeckungsversicherungen und Festgelder. Letztere dienen zusammen mit den Wertpapieren der finanziellen Absicherung einzelner Rücklagen- und Rückstellungspositionen. Langfristige verzinste Darlehen wurden an die MBG Hessen mbH (Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen, 90 T€) und an die Bürgschaftsbank Hessen (54 T€) vergeben. Außerdem hält die IHK Frankfurt direkt oder indirekt Anteile an der

MBG Hessen mbH (5,65 %), der Frankfurt RheinMainMarketing GmbH (3,43 %), der Bürgschaftsbank Hessen GmbH (3,38 %) sowie der IHK-GfI GmbH (2,23 %).

Die MBG Hessen mbH hat in 2012 ihr Stammkapital auf Euro umgestellt und gleichzeitig aus Gesellschaftsmitteln erhöht. Die Glättung der Anteile erfolgte durch Bareinlagen der Gesellschafter. Von den Glättungsbeträgen entfielen 32,28 € auf die IHK Frankfurt.

Der Anstieg bei den Finanzanlagen resultiert insbesondere aus der Werterhöhung der Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen, aus Zuführungen im Geschäftsjahr ausgezahlter Versicherungsleistungen sowie aus der Wiederanlage der ausgeschütteten ordentlichen Erträge des Hermes-Fonds.

T€	31.12.2012	31.12.2011
Beteiligungen	20	20
Wertpapiere des Anlagevermögens	55.501	54.093
Sonstige Ausleihungen	36.311	34.704
	91.832	**88.817**

Umlaufvermögen

Vorräte

Die Vorräte von 1.309 T€ (Vorjahr 1.151 T€) enthalten im Wesentlichen die abgegrenzten unfertigen Leistungen für Ausbildungsgebühren (1.259 T€), die erst zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben werden.

Forderungen aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten

Die Forderungen liegen über Vorjahresniveau. Von den Forderungen aus Beiträgen entfallen 95 % auf das Beitragsjahr 2012.

T€	31.12.2012	31.12.2011
Beiträge	2.787	2.406
davon Handelsregisterunternehmen	2.385	2.125
davon Kleingewerbetreibende	402	281
Gebühren und Entgelte	572	456
	3.359	**2.862**

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände umfassen, neben Zinsabgrenzungen von 212 T€, vor allem die Verrechnungskonten für die Sondereinrichtungen der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern.

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks

Die Zahlungsmittel schließen Barmittel, Geldkonten und kurzfristige Geldanlagen bei Kreditinstituten zur Sicherung der laufenden Liquidität ein.

T€	31.12.2012	31.12.2011
Kurzfristige Termingelder	12.256	15.358
Sonstige	445	749
	12.701	**16.107**

Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurde im Wesentlichen gebildet für die im Voraus zu zahlenden Versorgungsleistungen an Pensionäre sowie für übliche Vorauszahlungen überwiegend im Rahmen von Dauerschuldverhältnissen (Miet- und Wartungsverträge etc.).

Eigenkapital

Die Nettoposition wurde bei Erstellung der Eröffnungsbilanz auf 28.000 T€ festgesetzt und beträgt bezogen auf die Bilanzsumme 18,4 % (Vj. 18,3 %).

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben werden pflichtmäßige und auf Beschluss der Vollversammlung zweckgebundene Rücklagen gebildet. Das Finanzstatut erlaubt eine Aufstockung der satzungsgemäßen Ausgleichs- und der Liquiditätsrücklage auf bis zu jeweils 50 % bezogen auf die geplanten betrieblichen Aufwendungen. Die Ausgleichsrücklage dient dem Ausgleich konjunkturell bedingter Schwankungen im Beitragsaufkommen. Die Liquiditätsrücklage hingegen wird zur Überbrückung unterjähriger finanzieller Engpässe vorgehalten. Derzeit sind bezogen auf die geplanten Betriebs- und Zinsaufwendungen 2012 rund 41 % für die Ausgleichsrücklage und rund 36 % für die Liquiditätsrücklage dotiert. Bei der Position „Andere Rücklagen" handelt es sich um von der Vollversammlung beschlossene zweckgebundene Rücklagen.

Die Beschlussfassung der Vollversammlung über die Vorschau 2012 vom 5. Dezember 2012 sieht Entnahmen aus den anderen Rücklagen von insgesamt 762 T€ vor. Die Entnahmen betreffen die Rücklage „Region FrankfurtRheinMain" mit 448 T€, die Rücklage für Bürokommunikation mit 202 T€ sowie die Rücklage berufliche Bildung mit 112 T€. Die Entnahmen wurden im Ermächtigungsrahmen getätigt.

Darüber hinaus soll das planmäßig negative Jahresergebnis mit dem positiven Ergebnisvortrag verrechnet werden. Die Erfolgsrechnung 2012 schließt, nach Ausgleich des negativen Jahresergebnisses sowie nach Rücklagenveränderungen, mit einem Ergebnis von 7.746 T€. Es wird dem Beschluss der Vollversammlung entsprechend auf neue Rechnung vorgetragen und soll in künftigen Jahren weiterhin für die Beibehaltung der gesenkten Grundbeiträge und des Umlagesatzes und somit zur Entlastung der Mitgliedsunternehmen zur Verfügung stehen.

Rückstellungen

Seit Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes, erstmals in 2010, werden die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode) unter Verwendung der Richttafeln 2005 G bewertet. Als Rechnungszins gilt der in der Rückstellungsabzinsungsverordnung genannte und der zum 31.10.2012 veröffentlichte Zinssatz von 5,06 %. Erwartete Gehaltssteigerungen sind mit 2,5 %, Rentensteigerungen mit 2,0 % und eine Fluktuationsquote für verschiedene Altersstufen mit Werten von 0,0 % bis 12,9 % berücksichtigt. Die Pensionsrückstellungen enthalten auch Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern und ehemaligen Mitarbeitern der

Deutschen Börse AG, für die eine Übernahme erklärt wurde. Diese Vermögenswerte (8.646 T€) stellen Planvermögen dar und werden seit 2010 mit den entsprechenden Pensionsverpflichtungen verrechnet.

Steuerrückstellungen für laufende oder voraussichtliche Steuernachzahlungen sind nicht anzusetzen.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen alle erkennbaren Risiken und gegenwärtigen Verpflichtungen gegenüber Dritten. Diese betreffen u. a. Rechts- und Beratungskosten, Jahresabschlussprüfungskosten, ausstehende Rechnungen sowie alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten sowie Personalkosten aus Jubiläumszuwendungen, Altersteilzeit, Beihilfen, rückständigen Urlaubstagen und ähnlichen Verpflichtungen, deren Wertansatz, sofern erforderlich, versicherungsmathematische Gutachten zugrunde liegen. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag gemäß § 253 HGB ausgewiesen. Dabei werden ein Zinssatz von 5,06 % sowie Gehalts- (2,0 %) und, sofern erforderlich, Rententrends (2,0 %) berücksichtigt. Der Anteil dieser Verpflichtungen, für den die Deutsche Börse AG vertraglich einsteht, wurde mit den Vermögenswerten als Planvermögen in Höhe von 710 T€ verrechnet. Ansonsten sind die Rückstellungen in Höhe des zu erwartenden Erfüllungsbetrages angesetzt.

Bei der Berechnung der Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten wurden eine Gehaltsdynamik von 2,5 % sowie der zum 31.12.2012 veröffentlichte und der durchschnittlichen Restlaufzeit der Verpflichtungen entsprechende Abzinsungssatz von 4,47 % zugrunde gelegt.

T€	31.12.2012	31.12.2011
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	66.481	64.129
Steuerrückstellungen	0	0
Sonstige Rückstellungen	9.252	9.453
	75.733	**73.582**

Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

T€	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.627	1.224
Sonstige Verbindlichkeiten	1.122	1.021
	2.749	**2.245**

III. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Die IHK Frankfurt unterliegt als Körperschaft des öffentlichen Rechts dem öffentlichen Haushaltsrecht. Inhalt und Umfang ihrer Tätigkeiten ergeben sich aus den gesetzlichen Grundlagen – insbesondere dem Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) – und durch die Beschlüsse der Vollversammlung, der gewählten Vertretung der IHK-Mitglieder. Die Finanzierung der Körperschaft des öffentlichen Rechts erfolgt über die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, Gebühren sowie Entgelten für einzelne Dienstleistungen. Der jährliche Wirtschaftsplan ist in einen Erfolgs- und einen Finanzplan gegliedert. In der Erfolgsplanung werden sämtliche Erträge und Aufwendungen aufgeführt. Die Finanzplanung gibt Informationen über die Investitions- und Finanzierungstätigkeiten. Die jährliche Planung folgt den Grundsätzen zweckmäßiger und auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bedachter Wirtschaftsführung. Der Wirtschaftsplan und der Jahresabschluss werden von den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und des Präsidiums beraten und von der Vollversammlung beschlossen.

1. Beiträge

Die Veranlagung zu Beiträgen erfolgt bei allen Gewerbetreibenden, die im Bezirk der IHK Frankfurt eine Niederlassung oder eine Betriebsstätte unterhalten und die eine gewerbesteuerpflichtige Tätigkeit ausführen. Entscheidend ist die Festsetzung durch die Finanzbehörden.

Die Beiträge setzen sich zusammen aus Grundbeiträgen und Umlagen. Die IHK Frankfurt wendet die Gegenwartsveranlagung an, die dem Verfahren der Gewerbesteuer entspricht. Für das laufende Geschäftsjahr wird eine Vorauszahlung von Grundbeiträgen und Umlagen nach dem zuletzt bekannten Gewerbeertrag bzw. dem Gewinn aus Gewerbebetrieb erhoben. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst, wenn der IHK Frankfurt die endgültige Bemessungsgrundlage durch die zuständige Finanzbehörde bekanntgegeben wird.

Deshalb werden die Erträge aus Beiträgen getrennt nach den Veranlagungen des laufenden Jahres (vorläufig) und denen der Vorjahre (endgültig) ausgewiesen. Weiterhin werden sie nach den Umlagen und den Grundbeiträgen gegliedert. Gewerbesteuerpflichtige Unternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind und deren Gewinn oder Gewerbeertrag 5.200 Euro im Geschäftsjahr nicht übersteigt, sind von diesen Beiträgen freigestellt. Existenzgründer sind von der Beitragspflicht unter bestimmten Bedingungen ebenfalls befreit. Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften besteht die Besonderheit, dass die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Umlage um einen Freibetrag zu kürzen ist.

T€	Ist 2012	Ist 2011
Beiträge	**24.115**	**28.141**
davon		
Grundbeiträge laufendes Jahr	8.626	8.362
Umlagen laufendes Jahr	8.802	9.543
Grundbeiträge Vorjahre	712	507
Umlagen Vorjahre	5.975	9.729

Insgesamt liegen die Beiträge um 4.026 T€ unter dem Vorjahresergebnis sowie um 285 T€ unter den Erwartungen. Sie verringerten sich insbesondere wegen korrigierter Bemessungsgrundlagen für Vorjahre und spiegeln die geplante Entlastung der Mitgliedsunternehmen durch die in Vorjahren realisierten Beitragssenkungen wider.

Mitte Dezember 2012 wurde anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, jedoch noch nicht beschiedenen, Bemessungsgrundlagen eine Berechnung der sich daraus für das laufende Jahr und die Vorjahre ergebenden Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Diese werden erst im Folgejahr abgerechnet bzw. gutgeschrieben und sind nicht im Ergebnis enthalten.

per 31.12.2012 in T€	Beitragsansprüche	Erstattungsverpflichtungen	Gesamt
davon laufendes Jahr	0	0	0
davon Vorjahre	2	-4	-2
	2	-4	-2

2. Gebühren

Für die hoheitlichen Tätigkeiten werden Gebühren erhoben, die sich in Ausbildungs-, Fortbildungs- und sonstige Gebühren gliedern:

T€	Ist 2012	Ist 2011
Gebühren	**3.353**	**3.174**
davon		
Eintragungs- und Prüfungsgebühren	1.444	1.172
Fortbildungsgebühren	943	953
Sonstige Gebühren	966	1.049

Die Gebühren liegen unter Berücksichtigung der Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen (siehe Posten 4 der Erfolgsrechnung) insgesamt innerhalb der Erwartungen. Durch die Anstrengungen der Ausbildungsberater und eine öffentlichkeitswirksame Bewerbung der IHK-Ausbildungsbörse, dem Internetmarktplatz für zu besetzende Ausbildungsplätze, konnten zum Jahresende 5.862 neu eingetragene Ausbildungsverhältnisse im IHK-Bezirk Frankfurt registriert werden. Von den Fortbildungsgebühren entfallen 204 T€ auf Ausbilderprüfungsgebühren. Bei den Sonstigen Gebühren sind insbesondere die Unterrichtungsverfahren für das Bewachungsgewerbe (322 T€), die Sachkundeprüfungen (229 T€), die Gebühren für Ursprungszeugnisse (141 T€) sowie für Bescheinigungen und Zweitschriften (72 T€), die Gefahrgutschulungen (44 T€) und die Gebühren für die Registrierung der Versicherungsvermittler (26 T€) maßgeblich.

3. Entgelte

Die Entgelte bilden den Service- und Dienstleistungsbereich ab, in dem die IHK Frankfurt mit Betrieben gewerblicher Art unternehmerisch tätig und ertrags- und umsatzsteuerpflichtig ist.

T€	Ist 2012	Ist 2011
Entgelte	**1.934**	**1.712**
davon		
Verkaufserlöse	155	192
Bildungszentrum, Seminare und Kurse	1.761	1.503
Sonstige Entgelte	18	17

Die Verkaufserlöse liegen unter Vorjahresniveau, während die Nachfrage nach Kursen im Bildungszentrum (1.546 T€) sowie nach entgeltpflichtigen Seminaren und Kursen (215 T€) gestiegen ist.

4. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen

Die Bestandserhöhung an unfertigen Leistungen von 181 T€ ist durch die Umstellung der Erhebung der Ausbildungsgebühren, die seit Mitte des Jahres 2009 erst zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben werden, bedingt. Diese Bestandsveränderung ist in die Betrachtung der Erträge aus Gebühren einzubeziehen.

5. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten insbesondere Erstattungen an die IHK Frankfurt. Davon trägt die Deutsche Börse AG aufgrund vertraglicher Vereinbarungen zur Kostenübernahme für sonstige betriebliche Aufwendungen und Personalaufwendungen 1.669 T€. In den sonstigen Erlösen sind die Erträge aus Werterhöhungen des Anlagevermögens sowie aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen mit 2.185 T€ enthalten. Bei den Nebenerlösen werden die Erträge aus den Vermietungen von Sälen, Laden- und Büroflächen ausgewiesen. Öffentliche Zuwendungen erhält die IHK Frankfurt aus der Förderung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung für das Projekt „IUBA – Internationale Unternehmen bilden aus".

T€	Ist 2012	Ist 2011
Sonstige betriebliche Erträge	**5.059**	**5.381**
davon		
Erstattungen	1.939	1.953
Sonstige Erträge	2.394	2.624
Nebenerlöse	670	689
Öffentliche Zuwendungen	56	115

6. Materialaufwand

Unter den Aufwendungen für bezogene Leistungen werden die Entschädigungen für ehrenamtliche Prüfer in Aus- und Fortbildung (1.008 T€), die Aufwendungen für Prüfungsaufgaben und Prüfungsmaterialien (833 T€) sowie die Honorare für Dozenten im Bildungszentrum (537 T€) ausgewiesen. Der Anstieg der Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr korrespondiert mit den ebenfalls höheren Erlösen aus Seminaren des Bildungszentrums sowie den weiteren von der IHK Frankfurt angebotenen entgeltlichen Seminaren und Kursen.

T€	Ist 2012	Ist 2011
Materialaufwand	**2.883**	**2.755**
davon		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	80	67
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.803	2.688
davon für		
Ausbildung	1.225	1.230
Fortbildung	622	559
Bildungszentrum	682	666
Sonstige Leistungen	281	242
Skonti, Boni, Rabatte	-7	-9

7. Personalaufwand

Der Personalaufwand liegt um 1.284 T€ über dem Vorjahresniveau. Hier kamen neben höheren laufenden Aufwendungen insbesondere die Mehrbelastungen aus Rückstellungsveränderungen (1.351 T€) zum Tragen.

T€	Ist 2012	Ist 2011
Personalaufwand	**16.481**	**15.197**
davon		
Gehälter	10.736	10.805
Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	5.745	4.392

8. Abschreibungen

Die Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sie basieren auf steuerlich anerkannten Nutzungsdauern, die der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer entsprechen. Abschreibungen auf Gegenstände des Umlaufvermögens und außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

T€	Ist 2012	Ist 2011
Abschreibungen	**1.063**	**921**
davon auf		
Immaterielle Vermögensgegenstände	120	123
Gebäude- und Gebäudeeinrichtungen	511	511
Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	344	235
Geringwertige Wirtschaftsgüter	88	52

9. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind die Aufwendungen für Grundstück und Gebäude enthalten, an denen sich die Deutsche Börse AG aufgrund eines vereinbarten Nutzungsschlüssels anteilig beteiligt. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen plangemäß um 632 T€ über dem Vorjahresniveau, was insbesondere die höheren Aufwendungen für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Einführung eines CRM, höhere Instandhaltungsaufwendungen sowie höhere Aufwendungen für Veranstaltungen widerspiegelt. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten auch jene Aufwendungen in Höhe von insgesamt 762 T€, welche über die Entnahmen aus den entsprechend zweckgebundenen Rücklagen kompensiert werden. Dies sind, neben den Aufwendungen für die Entwicklung der Metropolregion, in 2012 die Aufwendungen für die Implementierung einer neuen Bürokommunikationsanlage sowie der Finanzierungsanteil der IHK Frankfurt am öffentlich-rechtlichen Zusammenschluss der Industrie- und Handelskammern zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen, IHK FOSA (Foreign Skills Approval), in Nürnberg.

T€	Ist 2012	Ist 2011
Sonstige betriebliche Aufwendungen	**15.885**	**15.253**
davon		
Sonstige Personalaufwendungen	1.445	1.429
Mieten und Pachten, Leasing	662	724
Gebühren	85	81
Aufwendungen für Fremdleistung	2.356	1.892
Rechts- und Beratungskosten	1.584	1.313
Büro-, Reise-, Kommunikationskosten	1.451	1.561
Marketing, Öffentlichkeits- und Veranstaltungsbereich	2.195	2.228
Mitgliedschaften, Versicherungen	2.710	2.624
Aufwendungen für Grundstück und Gebäude	2.221	2.080
Andere betriebliche Aufwendungen	1.176	1.321

10. Finanzergebnis

Maßgeblich für die Finanzerträge sind die Erträge aus den festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens, die sich im Rahmen der für die Industrie- und Handelskammern geltenden konservativen Anlagerichtlinien ergeben, sowie die Erträge aus Termingeldanlagen. Im Finanzergebnis sind auch die nach den Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ermittelten Erträge aus der Abzinsung gesondert unter dem Posten „Zinsen und ähnliche Erträge" und die Aufwendungen aus der Aufzinsung gesondert unter dem Posten „Zinsen und ähnliche Aufwendungen" gemäß § 277 Abs. 5 HGB n.F. ausgewiesen.

T€	Ist 2012	Ist 2011
Finanzergebnis	**-1.162**	**-885**
davon		
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Anlagevermögens	2.259	2.254
Zinsen und ähnliche Erträge	151	337
davon aus Erträgen aus der Abzinsung	0	134
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.572	3.475
davon aus Aufwendungen aus der Aufzinsung	3.572	3.475

11. Außerordentliches Ergebnis

Bei der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ergab sich aufgrund der Bewertungsänderung der langfristigen Personalverpflichtungen ein Unterschiedsbetrag in Höhe von insgesamt 5.832 T€. Hiervon wurden auf Grundlage der Beschlüsse der Vollversammlung und gemäß des bestehenden Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB den Rückstellungen im Jahr 2010 1/15 (389 T€) und der verbleibende Unterschiedsbetrag von 5.443 T€ in 2011 zugeführt. Im Jahr 2012 waren somit keine weiteren außerordentlichen Erträge oder Aufwendungen zu verzeichnen.

12. Steuern

Die Steuerabgaben beinhalten insbesondere die Grundsteuer mit 194 T€.

14. Rücklagenveränderung

Die Vollversammlung hat am 5. Dezember 2012 im Rahmen des festzustellenden Wirtschaftsplans über die Rücklagenveränderung entschieden. Dieser Beschluss sieht eine Entnahme aus der Rücklage „Region FrankfurtRheinMain" vor. Dazu gehört insbesondere auch der von der IHK Frankfurt angeregte moderierte Prozess bei der Neuordnung der Wirtschaftsförderaktivitäten in der Region. Die verbleibenden Mittel für die Entwicklung der Metropolregion werden weiter vorgehalten und stehen insbesondere für Maßnahmen der selektiven Unterstützung von Projekten in Folgejahren zur Verfügung, die dazu geeignet sind, den Zusammenhalt in der Region zu fördern.

Darüber hinaus wurden beschlusskonform Entnahmen aus den zweckgebundenen anderen Rücklagen für Bürokommunikation zur Implementierung einer neuen Bürokommunikationsanlage sowie aus der Rücklage für Projekte der beruflichen Bildung für den Finanzierungsanteil der IHK Frankfurt am öffentlich-rechtlichen Zusammenschluss IHK FOSA entnommen. Die zum Stichtag verbleibenden Mittel stehen den genannten Zwecken weiterhin zur Verfügung.

Ergebnis

Die Erfolgsrechnung des Jahres 2012 schließt – nach Rücklagenveränderungen und unter Einbeziehung des Ergebnisvortrags – mit 7.746 T€. Das negative Jahresergebnis von 3.027 T€ liegt aufgrund der höheren Erträge aus Entgelten und sonstigen betrieblichen Leistungen sowie durch die Einsparungen bei nahezu allen betrieblichen Aufwendungen über den Vorschauerwartungen. Gemäß Beschluss der Vollversammlung vom 5. Dezember 2012 wird das negative Ergebnis 2012 mit dem positiven Ergebnisvortrag aus Vorjahren verrechnet.

IV. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten

Das Jahresergebnis ist durch die in nahezu allen Aufwandsposten erzielten Einsparungen sowie durch etwas höhere sonstige Erträge und Erträge aus Entgelten beeinflusst.

T€	Ist 2012	Ist 2011
Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten	**-3.027**	**3.644**

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet das um die Veränderungen der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen von aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis.

T€	Ist 2012	Ist 2011
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	**524**	**6.487**

Cashflow aus der Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Ein- und Auszahlungen für Investitionen im Bereich des immateriellen Anlagevermögens, des Sachanlage- und des Finanzanlagevermögens. Im Vorjahresvergleich ergibt sich ein um 1.232 T€ geringerer Mittelabfluss. Hier stehen höhere Auszahlungen für Investitionen in das Sach- und immaterielle Vermögen geringeren Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen gegenüber. In das immaterielle Vermögen wurden in 2012 67 T€, in das Sachanlagevermögen wurden 870 T€ investiert. Maßgeblich ist die Investitionstätigkeit bei den Fi-

nanzanlagen mit einem Saldo von Ein- und Auszahlungen von 2.994 T€, die im Wesentlichen die Dispositionen des Fonds, der Festgelder und der Wertpapierbestände sowie die Werterhöhungen bei den Aktivwerten von Rückdeckungsversicherungen beinhaltet.

T€	Ist 2012	Ist 2011
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-3.931	-5.163

Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit

Die IHK Frankfurt nimmt keine Darlehen in Anspruch.

T€	Ist 2012	Ist 2011
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0

Finanzmittelbestand am Ende der Periode

Der Finanzmittelbestand verringert sich aufgrund des negativen Cashflows gegenüber dem Vorjahr um 3.407 T€ und beträgt somit zum Bilanzstichtag 12.701 T€.

V. Sonstige Angaben

Mitglieder des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung der IHK Frankfurt am Main im Geschäftsjahr 2012:

PRÄSIDENT DER IHK FRANKFURT AM MAIN

Dr. Mathias Müller
IWB Dr. Müller Immobilienwirtschaftliche Beratung GmbH

STELLVERTRETENDE PRÄSIDENTEN

Karen Hoyndorf
Fusiona e.K.

Prof. Dr. Wolfram Wrabetz
HELVETIA INTERNATIONAL Versicherungs-AG

VIZEPRÄSIDENTEN

Horst-Günter Döll (bis 30.06.2012)
Döll Raumgestaltung GmbH

Dr. Roland Gerschermann
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Stefan Messer
MESSER Group GmbH

Horst Platz
Horst Platz Elektro-Industrievertretungen e.K.

Dr. Lutz Raettig
Morgan Stanley Bank International Ltd.

Thomas Reichert (ab 26.09.2012)
Haxen-Reichert Metzgerei-, Gaststätten- und Partyservice-Betriebsgesellschaft mbH

Susanne Freifrau von Verschuer (seit 22.03.2012)
Internationale Spedition H. & C. Fermont GmbH & Co. KG

Prof. Dr. Martin Wentz
Wentz Concept Projektstrategie GmbH

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER
Matthias Gräßle

Die Mitarbeiterzahlen zum 31. Dezember 2012

Mitarbeitergruppe	31.12.2012 Kopfzahlen	Kapazität	31.12.2011 Kopfzahlen	Kapazität
Geschäftsführung	1	1,0	1	1,0
Angestellte	195	181,9	188	177,4
davon Teilzeit	38		34	
davon Altersteilzeit	9		9	
Technisches Personal	10	10,0	10	10,0
davon Altersteilzeit	0		0	
Summe IHK-Mitarbeiter	**206**	**192,9**	**199**	**188,4**
Auszubildende	9		9	
Mitarbeiter in Elternzeit	10		8	
Sondereinrichtungen*	12		12	
davon DB AG	1		1	
	237		**228**	

* Von der IHK Frankfurt betreute Sondereinrichtungen und -abrechnungen sind die Arbeitsgemeinschaft der hessischen Industrie- und Handelskammern, die IHK-Innovationsberatung Hessen, das Technologie-TransferNetzwerk Hessen, das Beratungs- und Informationszentrum Elektronischer Geschäftsverkehr sowie die Aufgabenstellen und die Deutsche Börse AG.

Finanzielle Verpflichtungen

Die IHK Frankfurt hat jährliche finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen in Höhe von 1.085 T€.

Beteiligungen

Die IHK Frankfurt hält folgende Beteiligung:

Unternehmen	Sitz	Anteil €	%	Stammkapital
FIZ (Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH)	Frankfurt	20.000,00 €	20 %	100.000,00 €

Treuhandverhältnisse zum 31. Dezember 2012

Die IHK Frankfurt hält für neun hessische Industrie- und Handelskammern Gesellschaftsbeteiligungen (Sonstige Anteile) als Treuhandvermögen in Höhe von 261 T€, davon für die MBG Hessen GmbH 111 T€ und die Bürgschaftsbank Hessen 150 T€ und des Weiteren treuhänderisch gehaltene Darlehensanteile in Höhe von 238 T€, davon für die MGB Hessen GmbH 155 T€ und die Bürgschaftsbank Hessen 83 T€.

Die MBG Hessen mbH hat in 2012 ihr Stammkapital auf Euro umgestellt und gleichzeitig aus Gesellschaftsmitteln erhöht. Von den zur Glättung der Anteile zu leistenden Bareinlagen entfielen 60,72 € auf die von der IHK Frankfurt treuhänderisch für die hessischen IHKs gehaltenen Anteile.

Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Die IHK Frankfurt ist Rechtsträger des Stiftungsvermögens der Jubiläumsstiftung. Bei dieser Stiftung handelt es sich um eine unselbstständige Stiftung ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die aus Anlass des 100-jährigen Bestehens der IHK Frankfurt 1908 errichtet wurde. Zweck der Stiftung ist die berufliche Förderung jüngerer Nachwuchskräfte. Das Vermögen wird in einem selbstständigen Buchungskreis verwaltet. Das Gesamtvermögen der Stiftung beträgt zum Jahresende 150 T€ (Vorjahr 149 T€).

Dr. Mathias Müller	Matthias Gräßle
Präsident	Hauptgeschäftsführer

Frankfurt am Main, den 14. Januar 2013

Bestätigungsvermerk 2012

Bei dem vorstehenden Jahresabschluss nebst Anhang handelt es sich um eine verkürzte Fassung. Zu dem vollständigen Jahresabschluss nebst Anhang sowie Lagebericht und der Wirtschaftsführung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 wurde der folgende uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Erfolgs- und Finanzrechnung – nebst Anhang unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht sowie die Ordnungsmäßigkeit der Wirtschaftsführung einschließlich der Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nebst Anhang und des Lageberichts sowie die Wirtschaftsführung nach den Regelungen des Finanzstatuts, den Grundsätzen des öffentlichen Haushaltsrechts und den übrigen für die IHK geltenden Rechtsvorschriften liegen in der Verantwortung des Präsidenten, des Hauptgeschäftsführers und der Beauftragten für die Wirtschaftsführung der IHK. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss nebst Anhang unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Wirtschaftsführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen im Sinne der Prüfungsrichtlinien und § 17 FS vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss nebst Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne der Regelungen des Finanzstatuts der IHK wesentlich auswirken sowie sich gegen die Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts und die übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Bestimmungen richten, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der IHK sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss nebst Anhang und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Präsidenten, des Hauptgeschäftsführers und der Beauftragten für die Wirtschaftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses nebst Anhang, des Lageberichts und des Plan-Ist-Vergleichs. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nebst Anhang den Regelungen des Finanzstatuts und den übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Rechtsvorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne der Regelungen des Finanzstatuts der IHK. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss nebst Anhang, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der IHK und stellt die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Der Wirtschaftsplan ist ordnungsgemäß aufgestellt und vollzogen worden.

Die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, hat die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes beachtet und die ihr im Rahmen des Erfolgs- und des Finanzplanes zur Verfügung stehenden Mittel nach diesen Grundsätzen verwendet.

Die Bestimmungen des Finanzstatuts und die Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts sowie die Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts und die übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Rechtsvorschriften sind eingehalten worden."

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den „Richtlinien für die Prüfung der Jahresrechnungen der Industrie- und Handelskammern in Hessen" des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 4. Juni 2004 (Az.: III 2-2-41b-04-01-04).

Bielefeld, 8. Februar 2013

gez. Dipl.-Kfm. Peter Spengler
Wirtschaftsprüfer / Steuerberater
Vorsitzender der Geschäftsführung

gez. Dipl.-Kfm. Oliver Meintrup
Prüfer

IHK Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
Börsenplatz 4
60313 Frankfurt am Main

IHK-Service-Center
Schillerstraße 11
60313 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 21 97-0
Telefax: +49 69 21 97-14 24
info@frankfurt-main.ihk.de

IHK-Geschäftsstelle Bad Homburg
Louisenstraße 105
61348 Bad Homburg
Telefon: +49 6172 12 10-0
Telefax: +49 6172 2 26 12
homburg@frankfurt-main.ihk.de

IHK-Geschäftsstelle Hofheim
Kirschgartenstraße 6
65719 Hofheim
Telefon: +49 6192 96 47-0
Telefax: +49 6192 2 88 94
hofheim@frankfurt-main.ihk.de

www.frankfurt-main.ihk.de